REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 476 · 19.9.2003

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 42 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Tango meets Transgender. Das 3. Internationale Queer Tango Festival lädt zum Spiel mit den Geschlechterrollen - Tina Fritsche
2. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit
3. Ha, Ha, Ha, Gerechtigkeit! Berliner Definitionsakrobatik - mehr als nur Sommertheater - dk
4. Radeln ohne Licht mit schwerwiegenden Folgen. Der Baske Paulo Elkoro soll an Spanien ausgeliefert werden - Ariane Müller
5. Klassen-Gewitter. Nachrichten für Drinnen und Draußen
6. Das Symbol geht, die Politik bleibt. Der Hamburger Rechtssenat macht ohne Schill weiter wie gehabt - dk
7. Distomo-Urteil: Bedauern, aber kein Geld. Den Überlebenden des SS-Massakers wird eine Entschädigung verwehrt - Anke Schwarzer
8. Auf zur nächsten Runde ... im November sollen die Castoren wieder rollen - Jochen Stay
9. Eifel ab sofort "Großraumflugzeugtauglich" - Thomas Klein
10. Top-Down für Frauen? Gender Mainstreaming zur Diskussion gestellt - Stefanie Graefe
11. gender troubles aktuell
12. Grenzcamp erreicht kritische Masse. Einkesselung zur Einschüchterung - mb.
13. Kindeswohl auf hanseatisch. Hamburg schiebt Kinder in Waisenhäuser ab - Miriam Edding
14. Linkspopulismus vs. Konterrevolution. Eine Analyse der politischen Konfrontationen in Venezuela - Albert Sterr
15. "Vor der Umsetzung in konkrete Politik hat man Angst." Interview mit Roland Denis, Ex-Vizeplanungsminister
16. Soziale und Menschenrechte in Venezuela
17. Reportage aus Caracas über den Anarchismus des "bolivarianischen Prozesses" - Raul Zelik
18. Den Terror bezwingen. Ariel Dorfmanns neues Buch über "den langen Schatten General Pinochets" - Thomas Ebermann
19. Arbeitsdienst für Studierende, Knast für die Presse. Eritrea zwei Jahre nach der Verhaftungswelle gegen DissidentInnen
20. Les filles des cités. Frauen gegen Männergewalt in Frankreichs Trabantenstädten - Bernhard Schmid
21. Krieg um Rohstoffe. Der geopolitische Einsatz transnationaler Bergwerkskonzerne im Kongo - Pierre Baracyetse
22. Eine bessere Welt, somewhere. Mexiko: EZLN meldet sich zurück - live und im Äther - Dario Azzellini
23. Im Schatten der Maquilas. Die autonome Siedlung Maclovio Rojas in Tijuana - Christopf Twickel
24. Für eine Ökonomie des Glücks: Theorie und/oder Kampf? Bourdieu ist tot, es lebe Bourdieu. Eine Rezension - st
25. KO durch Konsens. Attac Frankfurt distanziert sich mühsam von Rechtskonservativen - Martin Brust
26. "Liberty-Gangster". Anti-Amerikanismus und konkret-Cover - Markus Mohr/Klaus Viehmann
27. "Indeterminate!" Kommunismus, Determinismen zerlegen, Unmögliches fordern, Geschichte gefährden
28. Weltordnungskriege verstehen. "Kriegsunternehmen" und "sozialer Weltkrieg" - Bücher zu neuen Kriegen - Dirk Hauer
29. Linke und "Antizionismus". Anti-israelische Gewaltfantasien und andere Dummheiten - Js.
30. Die Nation und der Kosmopolitismus. Thomas Haury über Antisemitismus von links - Js.
31. Mehr Dichterin als Sängerin: Anne Clark. Neues Album "From Heart - Live in Bratislava" - DSe
32. Ohren-Propaganda
33. Aus der Hölle der "politischen Kunst". Die 50. Kunstbiennale in Venedig bietet eine ungeheure Warensammlung - Peter Birke
34. Italien im Sommer 1943. Geschichtspolitische Kontroversen um das Ende des Faschismus - Js.
35. Juden am Ball. Ein fast vergessenes Kapitel der europäischen Sportgeschichte - Js.

36. Anschläge im Stadtraum II
37. AUFGEBLÄTTERT
38. LESERBRIEF
39. KALENDER
40. EDITORIAL
41. Quelldatei sw_venez.htm
42. SEHTEST: Fit for Sozialstaat - Stufe 1

1. Tango meets Transgender. Das 3. Internationale Queer Tango Festival lädt zum Spiel mit den Geschlechterrollen

Autor: Tina Fritsche · Rubrik: Kultur; Musik; Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:35

Erotik! Machismo! Aggression! Kaum ein Paartanz ist mit solch' heftigen, emotionalen Bildern verknüpft wie der Tango Argentino. Schweift die Assoziation ungezügelt, tauchen Bilder auf von rauchgeschwängerten, dämmrigen Spelunken, in denen knapp berockte Frauen und glattgegelte Männer lasziv umschlungen über die Tanzfläche gleiten. In scheinbar unberechenbarer Vielfalt umzirkeln, drängen, umgarnen sich die Körper, versunken im Vierachteltakt der Musik. Er gibt raumgreifend Richtung und Rhythmus vor, sie folgt ihm, glänzt hier und da mit einer kunstvollen Verzierung oder aber unterbricht den Fluss mit einer plötzlichen, verblüffenden Drehung, einem überraschenden Stopp. Der Tango Argentino als gleichermaßen empfundenes und inszeniertes Duell der Geschlechter changiert zwischen zärtlicher Verführung und dem kraftvollen Ausverhandeln von Dominanz und Unterordnung.

Die Legende berichtet von europäischen EinwanderInnen und kreolischen Landflüchtlingen, die im Argentinien des ausgehenden 19. Jahrhunderts in den Hafenvierteln und im arrabal, dem Stadtrand von Buenos Aires, lebten und im Tango ihre Ausdrucksmöglichkeit für ihre Heimatlosigkeit, ihre Sehnsucht und ihr Verlangen fanden. Die Geschichte erzählt von Bordellen, in denen sich Zuhälter, Freier und Prostituierte tanzend die Zeit vertrieben. In Lunfardo, einer Mischung aus Spanisch, Gaunerjargon und den verschiedenen Sprachen der MigrantInnen, beweinte der Tango wehmütig die Liebe, das verlorene Glück, besang Schmerz und Armut. Seitdem gilt der Tango als trauriger Gedanke, der getanzt werden kann. Als Protestlied verstand sich Tango trotz subtil eingewobener Sozialkritik nie und blieb wohl auch deshalb von den politischen Machthabern weitestgehend unbehelligt, bis auf ein kurzlebiges Verbot von Lunfardo-Ausdrücken in den vierziger Jahren und der Zensur einiger Tangotexte während der Militärdiktatur 1976 bis 1983.

Von jeher haftete dem argentinischen Tango der Geruch des Sexuellen und Randständigen, des Verruchten und Verrufenen an. In den wohlhabenden Quartieren von Buenos Aires als verderbt verschmäht, spülte die Musik der Gestrandeten und Vertriebenen mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts hinüber auf den "alten" Kontinent. In den edlen Tanzhallen der europäischen Metropolen Paris, London und Berlin brach ein wahres Tangofieber aus, Orchester brillierten in den Konzertsälen der Großstädte, das Blasebalginstrument Bandoneon wurde zum Symbol der Tangomusik, der wohl berühmteste Tangosänger, Carlos Gardel, erhob sich zum Popstar zwischen Hollywood und Paris. 1920 versuchte der europäische Tanzlehrerverband, den intimen Tanz in das enge Korsett der Standardisierung zu pressen: Der europäische Tango entstand, ein verstümmeltes Produkt, das der als anrüchig geltenden Haken und Verzierungen (cortes y quebradas) beraubt war und entsprechend steif und einfallslos wirkte. Der ursprüngliche, argentinische Tango indes lebt, davon unangefochten, weiter - und mit ihm der Mythos von Macht und Melancholie. Die Einflüsse des Jazz oder die eigenwilligen Kompositionen von Astor Piazolla, dem Erfinder des Tango Nuevo, formten und verfeinerten den Tango; im Kern aber blieb die Wehmut, die Melodramatik und die Eindeutigkeit, mit der die Rollen im klassischen Tango Argentino festgeschrieben sind: Der Mann führt, die Frau folgt.

Umso bemerkenswerter ist die Euphorie, mit der Tanzbegeisterte vor allem in den europäischen Zentren der Emanzipationsbewegungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Tango Argentino nicht nur als Zeitvertreib, sondern als Lebensstil goutierten. Frauen und Männer aus dem bürgerlichen, großstädtischen Milieu begannen auf und neben dem Parkett gesellschaftliche Konventionen zu pflegen, die andernorts als längst überholt galten. Im Tango Argentino ließen sich traditionelle Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeiten par excellence zelebrieren Wo sonst konnten der bewegte Mann und die moderne Frau Machismo und Hingabe so unsanktioniert ausleben? Mit dem Ende der Militärdiktatur kehrte der Tango Argentino in den Instrumentenkoffern der heimkehrenden Exilanten zurück nach Buenos Aires. Spätestens seitdem gilt die argentinische Hafenstadt den europäischen Tangueras und Tangueros als Wallfahrtsort, an dem Mythos und Vorbild des ursprünglichen Tangos zu finden sind.

Wo der leidenschaftliche Zweikampf von Mann und Frau zum Klischee gerinnt, wächst der Reiz, vermeintliche Eindeutigkeiten zu demontieren. So verwundert es nur auf den ersten Blick, dass seit Mitte der achtziger Jahre

Lesben und Schwule, vor allem in Deutschland, den argentinischen Tango für sich entdecken, obwohl sich ihr individueller Lebensausdruck kaum mit dem im Tango überhöhten heterosexuellen Beziehungsmodell in Übereinstimmung bringen lässt. Das Manifest der heterosexuellen Norm gerät ins Wanken, wenn Frauen führen und Männer folgen - das gilt für jeden standardisierten Paartanz; die Kraft der Dekonstruktion wird jedoch im extrem bipolar konstruierten Tango besonders augenfällig. Tanzen Paare in gleichgeschlechtlicher Konstellation, kippt das vermeintlich natürliche Bild des traditionellen Geschlechterverhältnisses.

In Buenos Aires ist es an einigen Tango-Orten auch heute noch verboten, in gleichgeschlechtlicher Konstellation zu tanzen. Die traditionelle Geschichtsschreibung erwähnt zwar, dass sich Männer bereits in den Frühzeiten des Tango trafen, um gemeinsam die komplizierten Schrittfolgen einzuüben und dass auch Frauen öffentlich miteinander tanzten, eine homoerotische Konnotation wird dabei allerdings weitestgehend ausgeblendet bzw. negiert. Häufig wird in diesem Zusammenhang das Argument bemüht, der eklatante Frauenmangel in männerdominierten MigrantInnenkreisen sei Grund gewesen für gleichgeschlechtliche Tanzpaare. Auch heute noch ist es keine Selbstverständlichkeit für Queer Tangotanzende, in den Tanzsälen der europäischen Tangoszene, den Milongas, einen Platz zu finden und willkommen geheißen zu werden. Die Palette der Reaktionen auf gleichgeschlechtliche Paare reicht von Missbilligung und Ächtung bis hin zur Duldung oder Akzeptanz. Und auch wer sich hier zu Lande als (heterosexueller) Mann von einer Frau führen lässt, kann sich zumindest amüsierter, wenn nicht gar verächtlicher Blicke sicher sein.

Als dreitägige Heimat für alle anders, sprich queer Tanzenden, wollen deshalb die VeranstalterInnen Marga Nagel, Ute Walter und Felix Feyerabend ihr Queer Tango Festival verstanden wissen. Tangobegeisterte Experimentierfreudige können - gleich welcher Geschlechteridentität oder sexueller Präferenz - am ersten Oktoberwochenende in Hamburg nach Lust und Laune mit präzise gesetzten Schritten, Haken, Schlenkern, Stopps und Kicks an den Geschlechtergrenzen rütteln. Zum dritten Mal in Folge findet das internationale Festival statt, mit wachsendem Andrang. Offensichtlich, so berichtet das engagierte Dreierteam, entdecken auch immer mehr Hetero- und Bisexuelle den Reiz, Geschlecht und Begehren nicht als Eindeutigkeit zu erfahren, sondern im Rollentausch neue Dimensionen der eigenen Identität zu entdecken.

"Tango heißt eindeutiges Führen und klares Folgen, aber eben auch Dialog beider Rollen," betont Marga Nagel. Gemeinsam mit Ute Walter gilt sie als Geburtshelferin der lesbischen Tangoszene in Hamburg. Seit Jahren tanzt sie beide Rollen, im Gegensatz zu Ute Walter, die sich, "weil es besser zu mir passt", auf die führende Rolle festgelegt hat. "Tango bietet die Möglichkeit, die eigene Geschlechterrolle zu betonen oder aber zu verlassen und etwas Neues auszuprobieren, sich anders zu erleben", erklärt die routinierte Tangolehrerin Marga Nagel. Bei Bedarf wechselt sie die Rolle - und die Schuhe. "Um die Rolle empfinden zu können, ziehe ich das Passende an. Wenn ich auf Stöckeln führe, ist das ganz anderer Tango," sagt sie und meint damit: ein nicht so schöner. Führen ist nicht schlicht das Spiegelbild des Folgens, das Wechseln will gelernt sein. Rollen- und Machtspiele sind Thema in allen Beziehungen, davon sind die Queer-Tango-Expertinnen überzeugt. Aber weil Tanzen unvorbelasteter sei als manch' anderer Lebensbereich, ließe sich hier unproblematischer ausprobieren, wie es sich anfühlt, eine Rolle anzunehmen, ihr gewachsen zu sein, sie auszuleben - und sie eventuell wieder abzustreifen und zu wechseln.

Die queere Person, gleich welcher geschlechtlichen Identität und sexuellen Präferenz, die sich latent von der Umwelt in ihrer körperlichen und persönlichen Integrität in Frage gestellt sieht, kann sich beim Tangotanzen über die Grenzen der biologischen oder sozialen Geschlechterrollenzuschreibung hinwegsetzen. Queer Tango gerät so zum Ausdruck für die Abkehr von der vermeintlichen Heimat Körper und Identität, für die Suche nach neuen Formen. Vielleicht liegt hier der verbindende Faden zwischen dem Ursprung des Tango und seiner modifizierten Lesart: Einstmals rebellierten am Rio de la Plata sozial Deklassierte gegen gesellschaftliche Konventionen, indem sie mit sinnlicher Selbstsicherheit Tango tanzten und sich so, abseits von materiellem Besitz und sozialem Status, ihre Würde, ihren Stolz wahrten. Wo Migration und Heimatlosigkeit das Leben bestimmten, wurden der Körper, der Tanz, die Musik in all ihrer Unstetigkeit und Flüchtigkeit zur Bastion. Und heute? Die Einsicht, dass sich geschlechtliche Identitäten jeder Normierung und Eindeutigkeit verweigern, ist der erste Schritt in die Unsicherheit. Queer Tango bietet dabei einen geeigneten Ort, an dem das Grenzüberschreitende eine neue Heimat findet und von dem aus tradierte heterosexuelle (Körper-) Normen subversiv unterwandert werden können.

Tina Fritsche

Literaturhinweise:

Essays von Dr. Paula-Irene Villa: * Exotic gender (e)motion: Körper und Leib im Argentinischen Tango. In: Hahn/Meuser (Hg.): Körperrepräsentationen. Konstanz 2002; * Tanz die Leidenschaft! Argentinischer Tango zwischen Phantasma,

Anrufung und Herzklopfen. In: Berliner Debatte Initial, 13 (2002); * Mit dem Ernst des Körpers spielen. Körper, Diskurse und Emotionen im argentinischen Tango. In: Alkemeyer/Boschert/Schmidt/Gebauer (Hg): Aufs Spiel gesetzte Körper. Konstanz 2003;

Horacio Salas: Der Tango. Stuttgart 2001. Abrozosbooks/Schmetterling Verlag;

Magali Saikin: Tango y generi (auf spanisch/deutsch); erscheint im Oktober 2003 bei abrazosbooks/Schmetterling Verlag, Stuttgart

du - Die Zeitschrift der Kultur, Heft Nr. 11/1997 (Tango - Eine Art Sehnsucht)

2. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:37

Scho Weihnacht'n

Mobileload.com ist angeblich der "z.Z. größte grenzüberschreitende Anbieter von Games fürs Handy." Mit einer dubiosen Mail-Kampagne widmet sich diese Firma "ab sofort" "Deutschlands Arbeitslosen". Weil das nämlich so arme Schlucker sind, die aber offensichtlich dennoch über massenhaft Handies verfügen, dürfen sie sich bis Ende September ein Spiel "aus drei super Games" kostenlos auf ihr Handy runterladen. Zur Auswahl stehen so spannende Angelegenheiten wie Game Ace, Revs, Bomb Jack, Zyklopen, Gem Jam oder Nedim. Die Spiele laufen angeblich auf jedem Handy-Typ, aber es werde schon geprüft, ob jemand auch wirklich erwerbslos "und somit zum Bezug berechtigt ist".

"Einzigartig" sei auch das Angebot an kostenlosen Demo-Versionen von Handy-Spielen. Wenn's gefällt, wird dann die Vollversion hinterhergeschickt - dann allerdings gegen Bares. Offensichtlich gelten Erwerbslose nicht nur als FaulenzerInnen, sondern auch noch als ein bisschen blöde. So blöd, dass man ihnen jetzt auch durch die Privatwirtschaft die letzten Cents aus der Tasche zocken will.

Motzen und Nörgeln

Die Windkraft soll's richten. Eine junge Wachstumsbranche, die - ökologisch pc - nachhaltiges Wirtschaftswachstum und damit Arbeitsplätze sichern soll, jedenfalls wenn man den Hochglanzbroschüren des Öko-Kapitals und seinen politischen PR-Abteilungen in den grünen Parlamentsfraktionen glauben soll. Dass auch in Rezessionszeiten der Rubel rollt, dafür sorgen Gestalten wie Stefan Klebert, 38, der die schlingernde Nordex AG sanieren soll.

Wie das geht, hat Klebert vor drei Jahren beim Fahrstuhlproduzenten Haushahn demonstriert: "Motzer und Nörgler wurden heimgeschickt. Nur wer gern arbeiten wollte und ein Interesse hatte, die Firma nach vorne zu bringen, durfte bleiben." Bei der Nordex teilt Klebert dem Betriebsrat per Videokonferenz auf Zuruf mit, wer von den Beschäftigten bleiben kann, sich in der Warteschleife befindet und wer sofort entlassen wird. "Wo Stefan Klebert auftaucht, wird gehobelt - und es fallen auch eine Menge Späne" schreibt die Financial Times Deutschland mit bewunderndem Unterton.

Eine regelrechte Abneigung gegen die Arbeit gebe es in Deutschland, meint Klebert und sieht in den Gewerkschaften und Betriebsräten die Schuldigen: "Am Wochenende engagieren sich die Leute im Kleintierzüchterverein oder stehen stundenlang in sengender Hitze am Schwenkgrill, und dieselben Leute sitzen einem dann montags als Betriebsrat gegenüber und verlangen mehr Geld dafür, dass sie nach 17 Uhr noch arbeiten. Das ist doch absurd!" Spricht's und versucht gezielt, die in der IG Metall organisierten "Motzer" zu kündigen. Bisher erfolglos, zwei Kündigungsschutzklagen gegen gewerkschaftliche Vertrauensleute hat die Nordex-Geschäftsführung verloren.

(FTD)

global unsozial

Besonders Clevere (und Reiche) finanzieren ihre eigenen Gegner. So etwa der VW-Konzern, in dessen "Automobilforum" Unter den Linden in Berlin zur Zeit die sozialkritische Ausstellung "More than Reality" von Duane Hanson läuft. Der Dreck, den der Auto-Multi selbst am Stecken hat, ist dabei weniger Thema. Geändert hat sich das am 9. September, als das VW-Automobilforum und die Ausstellung im Rahmen eines "WTO-Aktionstages" besetzt wurde. Die Antifaschistische Linke Berlin, FelS und andere Gruppen demonstrierten mit der Besetzung nicht nur gegen die WTO-Tagung im mexikanischen Cancún. So wurde VW massiv dafür kritisiert, dass der Konzern im August die Besetzung eines ihm gehörenden Geländes in der Nähe von São Paulo, Brasilien, hatte räumen lassen.

Am 19. Juli hatten 200 Familien aus der Bewegung der Obdachlosen (MTST) ein leer stehendes Gelände in São Bernardo (eine Trabantenstadt im Industriegürtel von São Paulo) besetzt. Innerhalb weniger Tage stieg

ihre Zahl auf 2.000 Familien an. Die errichtete Zeltstadt erhielt den Namen "Santo Dias" - nach einem Aktivistin und Weggefährten des jetzigen Präsidenten Lula, der 1979 während eines Streiks von der Polizei erschossen worden war. Schon am zweiten Tag der Besetzung funktionierten Küche und Toiletten, Kindergarten und medizinische Versorgung folgten. Die Aktion wurde von verschiedenen Organisationen und Einzelpersonen unterstützt, so vom Betriebsrat von VW São Paulo oder von SprecherInnen der schwullesbischen Szene in São Bernardo.

Das Gelände hatte VW einstmals von der brasilianischen Militärdiktatur geschenkt bekommen. Früher wurden hier LKWs produziert, jetzt existierte nur noch ein Sicherungszaun. Der Umstand, dass dieser bei der Besetzung überstiegen wurde, war für VW Anlass genug, von einer "illegalen" Besetzung zu sprechen und die Räumung anzuordnen - ohne jede Verhandlungsbereitschaft. Der Konzern plant, das Gelände gewinnträchtig zu verkaufen, anstatt das Land den Obdachlosen zu überlassen. So viel zur "sozialen Verantwortung" eines "Global Players".

(www.labournet.de)

Tote Gleise

RangierlokführerIn in drei Monaten - so lautete ein Umschulungsangebot des Arbeitsamtes im Ruhrgebiet. Nicht etwa, dass jetzt im Zuge von Hartz und Agenda 2010 Kindheitsträume wahrgemacht werden sollen. Vielmehr geht es darum, dass ausgegliederte und privatisierte Teile der Bahn als billige Subcontracter in deren Kerngeschäft einsteigen wollen. Die "BereitstellungslokführerInnen" (normale Ausbildungszeit: ein Jahr) sollen bei der Bahnreinigungsgesellschaft, inzwischen zu DB Services AG mutiert, beschäftigt werden. Diese hat der DB Regio AG den gesamten Rangierbetrieb angeboten. Bisher haben das die StreckenlokführerInnen (Ausbildungszeit: eineinhalb bis dreieinhalb Jahre) der Bahn selbst gemacht - nach Tarif, mit Sonderzahlungen und Freifahrtscheinen. Die neuen "BereitstellungslokführerInnen" sind da viel billiger, und zwar nicht nur, weil das Arbeitsamt, d.h. die öffentliche Hand, die Ausbildungskosten übernimmt. Während des Arbeitsamt-Kurse wird lediglich das Arbeitslosengeld weitergezahlt, Nacht- und Wochenendschichten inklusive. Anschließend gibt es einen Brutto lohn von 2.000 Euro im Monat ohne irgendwelche Zusatzleistungen. Unterm Strich sind das 9,66 Euro brutto in der Stunde.

Angesichts solcher Bedingungen kam es durchaus auch zu Widerstandsaktionen unter den UmschülerInnen. So kam es vor, dass der Bremssand einer Lokomotive im Tankstutzen landete oder dass die angesetzte 40-Stunden-Woche eigenmächtig auf 15 Stunden verkürzt wurde. Keiner der Beteiligten wurde dabei von den regulären LokführerInnen verpetzt. DB Services braucht die neuen Billig-LokführerInnen offenbar so dringend, dass sogar 400 Euro als Prämie für die bestandene Prüfung angeboten wurden.

(www.labournet.de)

Lebensgefährlich

Weltweit werden jährlich 270 Millionen lohnabhängig Beschäftigte Opfer eines Arbeitsunfalls. 160 Millionen ziehen sich eine Berufskrankheit zu, und mehr als zwei Millionen sterben an ihrer Arbeit. Dies sind hochoffizielle Zahlen, veröffentlicht von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf. Jeden Tag kostet die kapitalistische Arbeitswelt 5.000 Todesopfer, "und diese Zahlen erfassen nur einen Teil der Wirklichkeit". Angesichts der auch in Frankreich tobenden Debatte um die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters bricht Ignacio Ramonet die ILO-Zahlen auf französische Verhältnisse herunter: Nach Angaben der gesetzlichen Krankenkassen sind es hier im Jahr 780 Menschen, die von der Arbeit getötet werden. Und laut Statistik gibt es 1,35 Millionen Arbeitsunfälle, d.h. acht Verletzte pro Minute während eines normalen Achtstundentages.

Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass die bundesdeutschen Verhältnisse weniger unfallträchtig und lebensgefährlich wären. Vor diesem Hintergrund bekommt die Drohung des SPD-Generalsekretärs Olaf Scholz eine ganz neue Dimension, wenn er verspricht, die SPD werde "sämtliche Register ziehen, um die Erwerbsquote zu erhöhen". Bei Licht betrachtet handelt es sich hierbei um eine massive Morddrohung.

(Le Monde diplomatique)

Arbeit ohne Vermittlung

Wer heutzutage immer noch meint, den Arbeitsämtern gehe es um Arbeitsvermittlung, dem ist einfach nicht mehr zu helfen. Florian Gerster, gerne und euphemistisch "oberster Arbeitsvermittler" genannt, hat den Ämtern einen drakonischen Sparkurs verordnet, und der wird so umgesetzt, dass man Erwerbslose per Schikane loszuwerden versucht. Im ZDF-Magazin "Frontal 21" berichtet Monika Radke aus Leipzig, wie das Arbeitsamt ihr jeden Antrag auf eine Weiterbildung abgelehnt hat. Dabei hatte sie es schriftlich selbst vom Amt, dass sie als Altenpflegerin sehr gute Berufschancen habe. Doch das war vor einem Jahr. Inzwischen ist die Finanzierung einer Weiterbildungsmaßnahme für Frau Radke aus der Sicht des Amtes eine Fehlinvestition. Mit 47 gilt sie als zu alt, da erscheint die Frühverrentung und das Abdrängen in irgendwelche Minijobs billiger. In einer Dienstanweisung wird klar gemacht, dass BezieherInnen von Arbeitslosenhilfe generell von Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen ausgeschlossen bleiben.

Dabei spricht die große Agenda 2010-Koalition einhellig davon, die Lebensalterszeit zu erhöhen. "Angleichung der tatsächlichen Lebensarbeitszeit an das gesetzliche Rentenalter" oder "Abschaffung der Frühverrentung" heißt das, und ganz Forsche bringen auch schon mal die Ausweitung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre ins Spiel. Die Erfahrung von Monika Radke zeigt, dass es dabei offenbar nicht um einigermaßen sinnvolle und bezahlte reguläre Jobs geht; für die ist man ab 35 schon zu alt. Tütenpacken im Supermarkt und Parkfegen bis 70 scheint da eher die Perspektive zu sein.

(www.labournet.de)

3. Ha, Ha, Ha, Gerechtigkeit! Berliner Definitionsakrobatik - mehr als nur Sommertheater

Autor: dk · Rubrik: Sozialpolitik; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:21

Nur Hohn und Spott hatte Anfang der 1980er Jahre die Hamburger Punk-Band Slime für die herrschende Version von Gerechtigkeit übrig. 20 Jahre später sorgt die Agenda 2010 für einen wahren "Gerechtigkeitsboom": Von den Grünen bis zur CDU, von der "Generationengerechtigkeit" über die "Gerechtigkeitslücke" bis zur "sozialen Gerechtigkeit" - von allen Seiten hagelt es "Gerechtigkeit". Wenn jedoch ein Wort so exzessiv in den medialen Umlauf gebracht wird, geht es meistens um seine Neudefinition.

Philipp Mißfelder war 21, da hat er ein Buch geschrieben. "Money, Money, Money" heißt das Werk, mit dem sich "auch Jugendliche ab zwölf Jahren in der Welt des Geldes zurecht (-finden)" (Klappentext des Verlages). Vor allem zeigen Missfelder und sein Ko-Autor, "wie aus den eigenen Euros mehr werden". Zwei Jahre später ist Mißfelder Bundesvorsitzender der Jungen Union und mausert sich in einem Interview mit dem Berliner Tagesspiegel (13.8.2003) zum Rudi Völler der Politik: Die Sozialversicherungssysteme seien "nicht dafür zuständig, dass jeder Senior fit für einen Rentner-Adventure-Urlaub ist." Mißfelder propagiert die radikale Eigenvorsorge, alles andere sei schlicht "Generationenverrat" und ungerecht, weil unsolidarisches Abzocken der gesellschaftlichen "Leistungsträger". Zahnersatz auf Krankenschein? "Sozialistisches Ausbeutungssystem auf Kosten meiner Generation", so Mißfelder. Kein Geld, keine Zähne; stattdessen Privatvorsorge und Prophylaxe. "Je häufiger man selbst zur Zahnbürste greift, desto seltener droht der Bohrer", weiß der oberste Jung-Unionist, und weiter: "Ich halte nichts davon, wenn 85-jährige noch künstliche Hüftgelenke auf Kosten der Solidargemeinschaft bekommen. Früher sind die Leute auch auf Krücken gelaufen."

Erstmal ist Mißfelder für derlei Sommerloch-Äußerungen heftig abgewatscht worden. Doch auf den zweiten Blick ist die moralische Entrüstung nicht mehr so eindeutig. Der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf, CDU, fand die Nachwuchskrakelerei "richtig und mutig" (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 10.8.2003). 25 jüngere Bundestagsabgeordnete (unter 40 Jahren) von CDU, FDP und Grünen haben jetzt ein gemeinsames Manifest vorgestellt. Titel: "Deutschland 2020 - für mehr Gerechtigkeit". Die VerfasserInnen warnen vor den "hinterlassenen Lasten vorangehender Generationen", die die gegenwärtig "Aktiven" "überfordern" und ihre Potenziale "blockieren". Die Konsequenz ist klar: "Die Sozialpolitik darf sich deshalb nicht vorrangig an den Wünschen der Bezieher von Sozialleistungen orientieren, sondern muss zunächst die Frage beantworten, welcher Umfang ... finanzierbar ist."

Dass arbeitslose "FaulenzerInnen" der "Solidargemeinschaft" auf der Tasche liegen, wissen wir, der Sozialdemokrat und Bundeskanzler Gerhard Schröder hat es dem Wahlvolk vor zwei Jahren in der "Faulenzerdebatte" noch mal nachdrücklich aufs Butterbrot geschmiert. Jetzt sind die Bezieherinnen von Sozialleistungen generell und die RentnerInnen im besonderen die "Sozialschmarotzer", die die Früchte "der Aktiven" verfrühstücken. Jedem und jeder nach seiner/ihrer Leistung, lautet die daraus abgeleitete politische Forderung. Gerecht ist, was den "Aktiven" nützt, ungerecht, was deren "Potenziale" blockiert. Das geht weit über Privatisierung sozialer Risiken in Gestalt der querbeet vorgetragenen Forderung nach mehr "Eigeninitiative" und "Eigenvorsorge" hinaus. Die Debatte um "Generationengerechtigkeit" transportiert kaum verhüllt einen massiven ökonomischen Utilitarismus in der Sozialpolitik. Das Wohl und Wehe der gesellschaftlichen "Leistungsträger" wird zum neuen Gerechtigkeitsmaßstab. Leistungsunfähige, Leistungsgeminderte und erst recht Leistungsunwillige sind somit in erster Linie Kostenfaktoren. Die Ausfälle von Philipp "Money" Mißfelder lauten also im Kern: "Ihr Alten kostet zu viel. Wir wollen euch nicht mehr mit durchfüttern. Das lohnt sich nicht und schwächt unsere Wirtschaftskraft."

Diese Botschaft wird zwar von den "Jungen Wilden" der Berliner Bundestagsszenerie am vehementesten artikuliert, ist aber der Mainstream-Text, der sämtliche Äußerungen zur Agenda 2010 durchzieht. Der Bundeskanzler höchstpersönlich plädiert für einen "neuen Generationenvertrag". Nur so sei ein "gerechter Ausgleich zwischen den Generationen" möglich, und "die Lasten dürfen nicht allein den jungen Familien aufgebürdet werden" (Pressemitteilung der Bundesregierung vom 4.9.2003). Angelika Beer, grüne Bundesvorsitzende, lehnt zwar einen "Generationenkrieg" ab, will aber die Interessen "insbesondere der zukünftigen Generation" stärker gewahrt wissen. Sie stößt damit ins selbe Horn wie Ministerin Ulla Schmidt und die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, Krista Sager. Die hatte schon im Mai, beim

Perspektivkongress der Grünen in Düsseldorf, beklagt, dass die "Altersquote" zu hoch sei: "Wir investieren immer mehr Geld in die Vergangenheit als in die Zukunft." Ausgaben für die gleichberechtigte und gleichwertige soziale Sicherheit aller werden so im Rahmen der Agenda 2010 zur reinen "Fehlinvestitionen". Soziale Rechtsansprüche werden nicht nur abgebaut und wegdefiniert; sie gelten zunehmend auch als "ungerecht". "Soziale Gerechtigkeit", so der Inhalt des momentan von allen Teilen der Politischen Klasse vorgetragenen ideologischen Angriffs, ist das, was als Investition in die Produktivität der Ware Arbeitskraft ökonomisch nützlich ist.

Sozialschmarotzer ab 65

Der alte (sozialdemokratische) Wohlfahrtsstaat sei zu einer "Fessel für die offene Ökonomie" geworden, konstatiert Thomas Meyer, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission. (FR, 19.8.2003). Die Agenda 2010 ist somit u.a. auch die Keimform eines "neuen Sozialstaates", der kapitalistisches Wirtschaften nicht mehr behindert, sondern aktiv fördert: "Der Sozialstaat muss so umgestaltet werden, dass er wirtschaftliche Dynamik nicht erschwert," so SPD-Generalsekretär Olaf Scholz. (Frankfurter Rundschau, 7.8.2003). Wenn Scholz den Begriff des "demokratischen Sozialismus" aus dem SPD-Grundsatzprogramm tilgen möchte, so keineswegs deswegen, weil die Floskel vom "Sozialismus" dort oder in der faktischen SPD-Politik irgendeine besondere Rolle spielen würde. Nein, diese innersozialdemokratische Symbolpolitik ist deswegen wichtig, weil der Begriff "Sozialismus" soziale Ansprüche und Gerechtigkeitsvorstellungen transportiert, die über die real existierende Ökonomie hinausweisen. Im Alltagsbewusstsein vieler SozialdemokratInnen manifestiert sich das eben in einer Sozialstaatsidee, die in der Tat der Ökonomie Grenzen setzt. Scholz hingegen geht es um einen Sozialstaat, der in erster Linie die marktwirtschaftliche ökonomische Dynamik antreiben und befördern soll.

Scholz will keineswegs einen Abschied vom Sozialstaat oder vom Begriff der Sozialen Gerechtigkeit (dies ist genau das, was er - polemisch, aber fälschlich - der Union und der FDP vorwirft). Es geht ihm vielmehr um eine Umdeutung. "Soziale Gerechtigkeit" als sozialdemokratisches Identifikationssymbol soll erhalten bleiben, während insbesondere sein egalitärer und kollektiv-solidarischer Gehalt liquidiert werden soll.

Von Nützlichen und weniger Nützlichen

Das beginnt mit einem plumpen Rückgriff auf den traditionell-bürgerlichen Begriff von Freiheit. Eigenverantwortung und Eigeninitiative seien die Kernelemente einer gerechten Gesellschaft und müssen daher die Richtschnur sozialstaatlichen Handelns sein. Unter den momentan tonangebenden sozialdemokratischen VordenkerInnen heißt das "Chancengerechtigkeit statt Verteilungsgerechtigkeit". "Präventive Sozial- und Bildungspolitik" habe gleiche Chancen zu gewährleisten, doch dann zähle nur noch die individuelle Leistungsbereitschaft und Eigeninitiative. Jede und jeder ist ihres und seines Glückes Schmied. Ungleichheiten, die aus diesem Prozess resultieren, müssen nicht nur als effizient akzeptiert, sondern als "gerecht" ausdrücklich begrüßt werden. "Gerechte Ungleichheiten" heißt das bei Thomas Meyer, oder: "Gerechtigkeit ist nicht Gleichheit, sondern die Schaffung fairer Chancen für die Freiheit aller." (FR, 19.8.2003). Die FAZ hatte schon anlässlich der Eröffnungssitzung der SPD-Grundwertekommission die Annährung der Clements und Scharpings an die Gerechtigkeitsideologie marktradikaler Liberaler wie Friedrich A. Hayek lautstark begrüßt (vgl. ak 439).

In der Agenda 2010, in der Zerschlagung der paritätischen Sozialversicherungssysteme, manifestiert sich dieser "neue Sozialstaat": Quer durch alle Parteien und in allen Feldern der sozialen Sicherungssysteme schält sich eine Art staatlich organisierter und steuerfinanzierter Not- und Grundversorgung heraus. "Versorgung mit dem Nötigsten" heißt das bei Mißfelder, "gleiche, einheitliche Grundsicherung" bei Thomas Meyer. Jede soziale Absicherung und jede gesellschaftliche Teilhabe, die diesen Namen wirklich verdient, ist dann eine Frage der "Eigenverantwortung" bzw. der Größe des individuellen Portemonnaies. Der "neue Sozialstaat" beruht auf einem radikalisierten Subsidiaritätsprinzip, wonach Vorsorge vor sozialen Risiken grundsätzlich eine Privatangelegenheit ist. Soziale Rechte als individuelle Ansprüche sind genauso abgeschafft wie der Gedanke an eine kollektive, gesellschaftliche Solidarität.

Die Gerechtigkeit der Agenda 2010 ist eine Gerechtigkeit der Verwertbarkeit und eine, in der Nicht-Verwertbarkeit tendenziell unter Delinquenzverdacht gestellt wird. So ist es wenig verwunderlich, dass "Bildung und Arbeit" (Olaf Scholz) zu den Kernelementen des neuen Sozialstaates gemacht werden - beides

wesentliche Faktoren für "produktives Humankapital". Scholz beschwört Inklusion statt Ausgrenzung, aber Inklusion über In-Wertsetzung - entweder als individuelle SelbstverwerterInnen oder über staatlichen Zwang. Die "vordringlichste Aufgabe" der Sozialdemokratie sei es, "sämtliche Register zu ziehen, um die Erwerbsquote zu erhöhen", so Scholz. Mit Arbeit um jeden Preis widerfährt Erwerbslosen genauso Gerechtigkeit wie den Älteren mit der Ausweitung der Lebensarbeitszeit. Umgekehrt ist es aber auch gerecht, von den Betroffenen bedingungslosen Arbeitseinsatz zu verlangen. Noch wird eine derartige Flexibilität hauptsächlich von Erwerbslosen gefordert. Doch die Debatte um die kostenträchtigen Alten zeigt, dass hier schon an der nächsten Gruppe derjenigen gebastelt wird, die sich unproduktiv und daher ungerecht in der sozialen Hängematte ausruhen. Die Gerechtigkeit der Olaf Scholzens, Thomas Meyers, Philipp Mißfelders, Gerhard Schröders und Krista Sagers ist die Gerechtigkeit des voll flexibilisierten Individuums, des radikalen homo öconomicus der markt-liberalen Theorie. Für alle anderen, real existierenden Menschen heißt diese Gerechtigkeit Verarmung und staatlicher Zwang.

Wenn sich also die SPD vom "demokratischen Sozialismus" verabschiedet, so bastelt sie an einer ideologischen Fundierung der Agenda 2010. Die Umdeutung sozialer Gerechtigkeit, ohne den Begriff selber aufzugeben, ist der Kern dieses Unterfangens. "Wenn ich ein Wort gebrauche", sagte Goggelmoggel in recht hochmütigem Ton, "dann heißt es genau, was ich für richtig halte - nicht mehr und nicht weniger." "Es fragt sich nur", sagte Alice, "ob man Wörter einfach etwas anderes bedeuten lassen kann." "Es fragt sich nur", sagte Goggelmoggel, "wer der Stärkere ist, weiter nichts" (Lewis Carroll, Alice hinter den Spiegeln).

Dirk Hauer

4. Radeln ohne Licht mit schwerwiegenden Folgen. Der Baske Paulo Elkoro soll an Spanien ausgeliefert werden

Autor: Ariane Müller · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Klassenjustiz, Repressionen; Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:03

Weil er ohne Licht und bekifft durch die Stadt gefahren war, zog Paulo Elkoro in Nürnberg die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich. Kurz darauf fand er sich im Knast wieder - unter verschärften Haftbedingungen. Seit dem 1. September ist Paulo Elkoro im Hungerstreik. Zuvor hatte am 4. August der Strafsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Nürnberg entschieden, dass der Baske an den Folterstaat Spanien ausgeliefert werden kann.

Am 21. Januar diesen Jahres wurde Paulo Elkoro in Nürnberg verhaftet. Nachdem er erkennungsdienstlich behandelt worden war, ergab ein Abgleich der Daten, dass der 29-Jährige von den spanischen Behörden gesucht wurde. Seitdem sitzt der Baske in München-Stadelheim in Auslieferungshaft. Hintergrund sind zwei von den spanischen Behörden gestellte Auslieferungsgesuche. Darin wird ihm Unterstützung und Mitgliedschaft in der ETA vorgeworfen. So soll Paulo Elkoro u.a. ein Fahrzeug gesteuert haben, das bei einem Sprengstoffanschlag eines Kommandos der ETA auf eine spanische Militärbasis im Mai 1997 zum Einsatz kam.

Vorwürfe beruhen auf Folter

Die Vorwürfe stützen sich auf unter Folter in der spanischen Polizeihaft erpresste und später vor Gericht widerrufene Aussagen. Vor dem Untersuchungsrichter der Audencia Nacional in Madrid haben zwei Mitbeschuldigten erklärt, dass sie von der Guardia Civil misshandelt, gefoltert und gezwungen wurden, gegen Paulo Elkoro auszusagen. U.a. seien ihnen in der Haft Elektroden an die Hoden und unter den Achseinhöhlen angelegt worden und es sei zur so genannten Tüte gekommen - einer Foltermethode, bei der eine Plastiktüte über den Kopf gestülpt und am Hals fest gebunden wird, bis Erstickung droht.

Paulo Elkoro streitet die Vorwürfe gegen ihn ab. Als Mitglied der mittlerweile verbotenen, baskischen Jugendorganisation Jarrai war er 1998 inhaftiert und gefoltert worden. Aus Angst vor erneuter Verhaftung und Folter ist er danach in die Illegalität gegangen, erklärte Paulo Elkoro bei der Verhandlung vor dem OLG Nürnberg. Auch sein Vater war als Mitglied der Führung von Herri Batasuna in Haft, sein Bruder wurde ebenfalls der Mitgliedschaft in ETA verdächtigt. Iñgo Elkoro, Rechtsanwalt im Baskenland und Sprecher der TAT (Torturaren Aurkako Taldea, Arbeitsgruppe gegen Folter), berichtete auf einer Informationsveranstaltung in Nürnberg Ende April, dass es pro Jahr ca. 500 Folteropfer in Spanien gebe. Er sprach von einem System der Komplizenschaft, in das Polizei, Justiz, Politiker und Medien verwickelt seien. Dabei hätten die Richter keine Skrupel, auf Grund erpresster Aussagen durch Folter Urteile zu fällen, so der Brüuder von Paulo Elkoro.

Spanien wird regelmäßig wegen Folter in spanischen Gefängnissen von der UN-Menschenrechtskommission und von amnesty international verurteilt. (vgl. u.a. ak 474) Auch ein Bericht des Antifolterkomitees des Europarates sagt aus, dass der gesetzliche Rahmen keinen ausreichenden Schutz der Inhaftierten vor Misshandlungen bietet. Diese Klage bezieht sich vor allem auf die fünftägige Incommunicado-Haft, in der die Festgenommenen ohne Kontakte nach außen festgehalten werden können.

Im Auslieferungsverfahren gegen Paulo Elkoro haben die spanischen Behörden dem OLG Nürnberg die Hintergründe über die Beweismittelbeschaffung bewusst verschwiegen und sogar behauptet, dass die Beweise gegen ihn rechtmäßig erhoben worden seien. Auch das OLG Nürnberg fühlte sich nicht verpflichtet, die Rechtmäßigkeit des Zustandekommens der Beweiserhebung zu hinterfragen. In ihrer Entscheidung bezogen sich die Nürnberger Richter zwar auf einen Bericht des UN-Ausschusses gegen Folter, in dem festgestellt wird, dass in Spanien "Folter und Misshandlungen durch einen Teil der Sicherheitskräfte des Staates" fortdauern. Das bedeute aber nicht, so das OLG Nürnberg, dass in Spanien eine "ständige Praxis grober oder massenhafter Verletzungen der Menschenrechte" herrsche. Das OLG konnte dem Bericht nur entnehmen, "dass möglicherweise mehr als sehr vereinzelte Misshandlungen vorkommen". Und immerhin sei Spanien "Mitglied der Europäischen Union und bekenne sich zu deren grundlegenden Wertvorstellungen",

erklärten die Richter. Es könne nicht Sache eines deutschen Gerichts sein, sich als Richter über ein anderes Gericht der EU aufzuschwingen.

Erste §129b-Ermittlungen

Elkoros Verteidiger, der Münchner Rechtsanwalt Wolfgang Bendler, bezeichnete die Entscheidung der Nürnberger Richter als Rechtsmissbrauch. Dabei verwies er auf die Antifolterkonvention der UN, die ein Beweisverwertungsverbot bei Folter vorsieht. In einem vergleichbaren Gerichtsverfahren in Frankreich vor dem Cour d'Appel in Pau im Mai 2003 wurde genau aus diesen Gründen das Auslieferungsersuchen der spanischen Regierung zurückgewiesen und die Auslieferung von mutmaßlich sieben ETA-Aktivisten an Spanien abgelehnt.

Gegen die Auslieferungsentscheidung des Strafsenats des OLG Nürnberg hat der Rechtsanwalt Bendler im Namen seines Mandaten Verfassungsbeschwerde eingelegt. Das Bundesverfassungsgericht wird demnächst also entscheiden, ob sich die BRD auch unter Bruch geltender internationaler Rechtsstandards der spanischen Variante des "Kampfes gegen den Terrorismus" anschließt. Paulo Elkoro hat nach seiner Festnahme in Nürnberg politisches Asyl beantragt. Eine Entscheidung über seinen Asylantrag steht noch aus.

Seit seiner Festnahme läuft gegen Paulo Elkoro zudem ein Ermittlungsverfahren nach Paragraf 129b StGB - "Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland". Damit ist Paulo Elkoro die erste Person in der BRD, gegen die dieser neue Paragraf zur Anwendung kommt. Diese Ergänzung des Ermittlungsparagrafen 129a war im Zuge der Anti-Terror-Gesetzespakete nach dem 11. September 2001 durch das Parlament gepeitscht worden. Die §129b-Ermittlungen dienen nun als Vorwand, mit den weit reichenden Befugnissen, die dieser Paragraf bietet, das soziale und politische Umfeld von Paulo Elkoro in Nürnberg auszuspionieren.

Ariane Müller

Weitere Informationen: www.intsol.de/paulo

5. Klassen-Gewitter. Nachrichten für Drinnen und Draußen

Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:15

RZ-Prozess: Teilerfolg - für die Revision

Im Streit um die vollständige Herausgabe von Gesprächsprotokollen des Verfassungsschutzes mit dem Kronzeugen im Berliner RZ-Prozess, Tarek Mousli, hat das Bundesinnenministerium (BMI) eine Niederlage erlitten. Das Berliner Verwaltungsgericht erklärte eine Sperrerklärung des BMI, die im Juli 2002 zum "Wohl des Bundes" abgegeben wurde, als rechtswidrig, da die Sperrerklärung über geschwärzte Passagen dieser Protokolle nicht ausreichend begründet sei und in ihr nur unzureichend Abwägungen zwischen verschiedenen Rechtsgütern vorgenommen würden.

Schon in den ungeschwärzten Passagen konnten Hinweise gefunden werden, dass Mousli gegenüber dem Bundeskriminalamt (BKA) nach den Gesprächen mit dem VS Informationen wiedergeben hat, an die er sich zuvor nicht "erinnern" konnte. Das Verwaltungsgericht sah das genau so. Es "könne nicht bestritten werden, dass dem Zeugen bei seiner Befragung Hilfestellungen für sein Erinnerungsvermögen gegeben, ihm etwa Fotos und Namen anderer Personen vorgehalten worden seien". Obwohl die Unterlagen den Prozessbeteiligten immer noch nicht vorliegen, lehnte das Kammergericht Berlin eine Aussetzung des Strafprozesses ab.

www.freilassung.de

Magdeburg: 129a-Anklage wackelt

Für Aufsehen sorgt das Oberlandesgericht (OLG) Nauenburg mit seiner Haftentscheidung zu den drei Magdeburgern, die unter §129a-Vorwurf in Haft sitzen. Nach Ansicht des Gerichts ist nach dem Fund einer schriftlichen Erklärung davon auszugehen, dass sich die fragliche militante Gruppe, der vier Brandanschläge zugeschrieben werden, im Frühjahr 2002 selbst aufgelöst habe - also ein halbes Jahr, bevor die Bundesanwaltschaft zum großen Schlag ausholte. Zwar geht auch das OLG davon aus, dass eine "terroristische Vereinigung" zwischen August 2001 und Mai 2002 bestanden habe. Mit der "gleichen Wahrscheinlichkeit" sieht es allerdings einen "persönlichen Strafaufhebungsgrund" nach §129a Abs. 5 in Verbindung mit §129 Abs. 6 gegeben. Danach darf der §129a bei einer Verurteilung nicht mehr zur Anwendung kommen, wenn die Mitglieder einer solchen Vereinigung sich bemühen, deren Weiterbestehen zu verhindern, indem sie sich z.B. auflöst und nicht mehr in Erscheinung tritt. Die BAW hat Beschwerde gegen diesen Beschluss eingelegt. Bis zu einer Entscheidung des 3. Strafsenats des Bundesgerichtshof bleiben die drei Beschuldigten in Haft.

www.soligruppe.de

Ermittlungen eingestellt

Die Ermittlungen gegen den viele Jahre lang als mutmaßliche RAF-Mitglied gesuchten Christoph Seidler sind eingestellt. "Trotz erheblicher Verdachtsmomente konnte der für eine Anklageerhebung erforderliche hinreichende Tatverdacht nicht festgestellt werden", so die Bundesanwaltschaft. "Nach gegenwärtigen Erkenntnissen", wie sie allerdings hinzufügte und damit klar machte, dass Ermittlungen jederzeit wieder aufgenommen werden können.

Der heute 45-jährige Seidler war gut zehn Jahre lang gesucht worden. Im November 1996 stellte er sich den deutschen Behörden. Die gegen ihn erhobenen Vorwürfe wies er zurück. Zur Tatzeit habe er in Libanon gelebt. Er sei nie RAF-Mitglied gewesen. Der Bundesgerichtshof (BGH) hatte den Haftbefehl kurz darauf aufgehoben. Der gegen Seidler erlassene Haftbefehl stützte sich auf die Aussage des Ex-V-Mannes des hessischen Verfassungsschutzes, Siegfried Nonne, an dessen Glaubwürdigkeit der BGH erhebliche Zweifel hatte. Die Ermittlungen gingen jedoch bis heute weiter: ZeugInnen wurden vernommen, Telefongespräche abgehört, Haarproben verglichen.

Residenzpflicht

Der dritte Verhandlungstag im Prozess gegen Cornelius Yufanyi sorgte nochmals für sehr viele BesucherInnen im Worbiser Amtsgericht, für Musik aus Lautsprechern und Trommeln auf dem Hof und eine Demonstration mit zwei Kundgebungen in der Innenstadt. Seit Oktober 2000 wird gegen den The-Voice-Aktivist verhandelt, weil er 1999 den von ihm mitorganisierten Flüchtlingskongress in Jena besucht hatte, ohne eine Erlaubnis der Eichsfelder Ausländerbehörde zum Verlassen des Landkreises erhalten zu haben. Deshalb sollte er 600 DM Strafe zahlen.

Um Abschluss des Verfahrens bemüht, unterstellte die Amtrichterin am 4. September drei Beweisanträge der Verteidigung als wahr: Fehlverhalten der Ausländerbehörde, unwürdige Lebensumstände im abgelegenen AsylbewerberInnenheim Weilrode sowie die psychische Notwendigkeit eines Aufenthaltes Yufanyis außerhalb des Landkreises. Das Verfahren könne aber nicht ohne Schuldspruch beendet werden, schloss sie sich dem Staatsanwalt an, der für eine geringe Geldstrafe plädierte: 15 Tagessätze zu je zehn Euro oder 15 Tage Haft und darauf verwies. Yufanyi will weiterhin keine Strafe zahlen. Die Anwälte kündigten Berufung an. Vermutlich geht es am Landgericht weiter. Ihr Ziel: der Europäische Gerichtshof.

www.nadir.org

Verwertungsverbot

Erst Ende Mai war Metin Kaplan aus der Auslieferungshaft entlassen worden, nachdem das Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf seine Auslieferung an Ankara für unzulässig erklärt hatte. Es bestünden ernstliche Gründe für die Annahme, dass Kaplan im Falle seiner Auslieferung "einem Verfahren ausgesetzt werde, das dem völkerrechtlich verbindlichen Verbot einer Verwertung polizeilich erpresster Aussagen widerspreche". Wie die Düsseldorfer Richter begründet nun auch das Verwaltungsgericht (VG) Köln Ende August sein Nein zu Kaplans Abschiebung. Es bestehe "die konkrete Gefahr", dass im Prozess durch Folter erzwungene Aussagen verwendet würden, so das Gericht.

Das Bundesinnenministerium sieht das anders und will die Ausweisung weiter vorantreiben. Bereits im Mai hatte Innenminister Otto Schily (SPD) trotzig verkündet, die Ausführungen des OLG Düsseldorf stünden "einer Ausweisung und Abschiebung nicht entgegen, zumal die Erklärungen der türkischen Regierung in ausreichender Form sicherstellen, dass Kaplan nach seiner Abschiebung in der Türkei keiner rechtsstaatswidrigen Behandlung ausgesetzt werden wird". Er irrte - noch. Der Umgang deutscher Gerichte bei Auslieferungsgesuchen aus Spanien zeigt, dass bei geänderten politischen Rahmenbedingungen trotz Folter die Entscheidungen ganz anders ausfallen.

6. Das Symbol geht, die Politik bleibt. Der Hamburger Rechtssenat macht ohne Schill weiter wie gehabt

Autor: dk · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; CDU/CSU; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:07

Nachdem Hamburgs Erster Bürgermeister Ole von Beust (CDU) am Morgen des 19. August die Entlassung des Innensenators Ronald Schill und dessen Staatsrates Walter Wellinghausen verkündet hatte, knallte in der Hansestadt so mancher Sektkorken. Eine spätabendliche Jubel-Straßenparty vor der Roten Flora wurde jedoch von der Polizei unter massivem Knüppel- und Wasserwerfereinsatz buchstäblich zerschlagen. Ein symbolträchtiger Hinweis darauf, dass der Personenwechsel mitnichten einen Politikwechsel an der Elbe eingeläutet hat.

Ronald Barnabas Schill, Begründer der gleichnamigen Partei, Shooting Star der Hamburger Politik und populistischer Scharfmacher, hat den Ersten Bürgermeister erpressen wollen: "Wenn du mir meinen Staatsrat entlässt, oute ich dein Schwulsein". Daraufhin habe von Beust seinem Innensenator spontan und voller Empörung die rote Karte gezeigt. So wird der Eklat im Hamburger Rathaus vom 19.8.2001 gerne kolportiert - mit mächtigen Seitenhieben auf den "Amokläufer" Schill und viel Bewunderung für die beherzte und aufrichtige Haltung des Bürgermeisters. Richtig daran ist, dass der Rechtspopulist Schill nicht über seine politischen Inhalte gestolpert ist, sondern über seine krankhafte Egozentrik. Die Absicht des Ersten Bürgermeisters, mit dem Ex-Sozialdemokraten Wellinghausen Schills rechte Hand zu entlassen, konnte dieser offensichtlich nur als Angriff auf seine Person werten. Dass Schill dementsprechend ausflippen würde, war angesichts seiner Persönlichkeitsstruktur eigentlich nicht verwunderlich, möglicherweise sogar kalkuliert.

Inszenierung eines Königsmordes

Vieles deutet darauf hin, dass Schill ins offene Messer gelaufen ist. Nach Insiderinformationen soll von Beust die Entlassungsurkunden für Wellinghausen und Schill bereits einen Tag vor Schills angeblichem Erpressungsversuch unterschrieben haben. Auch soll von Beust bereits vorgewarnt worden sein, dass Schill ihm im Falle einer Entlassung Wellinghausens sein (angebliches) Verhältnis mit dem Justizsenator und die daraus resultierende Günstlingswirtschaft vorhalten würde. Demnach wäre von Beusts Empörung über Schills Erpressungsversuch und der Eklat über sein erzwungenes Outing vor allem eine meisterhafte Inszenierung, um Schill loszuwerden.

Auf jeden Fall aber ist die Entlassung Schills ein Lehrstück darüber, wie Politiker aufgebaut, benutzt und ggf. auch wieder abserviert werden. Der Senat ist inzwischen - auch auf Grund einer desolaten Opposition - gefestigt. Die Umfrageergebnisse der CDU und ihres Spitzenmannes von Beust sind glänzend, Schill wird nicht mehr gebraucht, und im Juni startete die Pressekampagne des Hamburger Abendblattes (Springer) gegen Schills Staatsrat Walter Wellinghausen. Nacheinander wurden dessen unerlaubte Nebentätigkeiten für eine Radiologenpraxis, für eine Münchener Privatklinik (dieselbe Klinik, in der Schill im Zuge des Kokainverdachts gegen ihn seine Haarprobe untersuchen ließ) sowie seine Intervention in ein laufendes Disziplinarverfahren zu Gunsten eines Ex-Mandanten skandalisiert. Angesichts der engen Verbindung zwischen Schill und Wellinghausen war klar, dass diese Angriffe auch dem Innensenator galten.

Ronald Schill ist in erster Linie ein Medienprodukt. Als "Richter Gnadenlos" ist er im Vorfeld der letzten Bürgerschaftswahl vor allem von der Springer-Presse systematisch in die Rolle des politischen "jungen Wilden" hineingeschrieben worden: exzentrisch, unbekümmert, einer der sagt, wie es ist. Unmittelbar nach der Wahl hat sich das Abendblatt für eine Koalition zwischen CDU, FDP und Schill-Partei stark gemacht und sich in einem Kommentar des Chefredakteurs definitiv hinter den neuen Senat gestellt. Wenn eben dieser Chef-Redakteur heute davon spricht, Schill sei ein "Nichtdemokrat", als "Politiker unbrauchbar, als Hüter von Recht und Ordnung unvorstellbar" und seine Rolle in der Hamburger Politik solle "sich auf null reduzieren", so ist das so richtig wie zynisch und heuchlerisch.

Während Ole von Beust immer als der besonnene Landesvater dargestellt wurde, gab Schill sehr früh die Skandalnudel. Insbesondere die Affären um den neuen schwarzen Filz in der Stadt schienen sich immer um ihn und seine Partei zu ranken: Bausenator Mario Mettbach versuchte, seine Lebensgefährtin zur persönlichen Referentin zu machen; im Handstreich setzte Schill seinen Partei-Vize Dirk Nockemann als Büroleiter in der

Innenbehörde durch und hievte unter Umgehung des Personalrates seinen Wunschkandidaten auf den Posten des Behördensprechers. Da ist es fast untergegangen, dass Justizsenator Roger Kusch, CDU, die missliebige Generalstaatsanwältin gefeuert und jemanden zur Leiterin des Justizamtes gemacht hat, deren einzige Qualifikation darin besteht, die Gattin des CDU-nahen Rathausjournalisten der Bild-Zeitung zu sein. Es entbehrt somit nicht eines gewissen Wahrheitsgehaltes, wenn Schill dem CDU-Bürgermeister in Sachen Filz und Vetternwirtschaft zweierlei Maßstäbe vorwirft.

Im Anschluss an Schills Entlassung und an seine Verbalinjurien entpuppte sich seine Fraktion in der Bürgerschaft als das, was sie ist - eine Ansammlung von Kleingartenspießern und Stammtischfiguren. Es hat faktisch keine 24 Stunden gedauert, bis Mettbach und Konsorten ihren großen Zampano in die Wüste geschickt hatten. Wohl wissend, dass bei vorgezogenen Neuwahlen die erneute Regierungsbeteiligung durchaus unsicher ist, zeigten sich die SchillianerInnen in erster Linie als machtgeil. Einmal an der Macht und an deren Fleischtrögen geschnuppert, fiel ihnen der Königsmord nicht schwer. Inzwischen gilt es als sicher, dass Schill im besten Falle sein Abgeordnetenmandat behalten darf, eine führende Rolle in der Fraktion wird er nicht mehr spielen.

Das ist auch nicht notwendig, denn mit seinem Nachfolger Dirk Nockemann wird ein Apparatschik Innensenator, der zwar nicht das schillernde Charisma seines Vorgängers, wohl aber dessen politisches Gedankengut besitzt. Früher mal Sozialdemokrat, war Nockemann lange Jahre Leiter des Landesamtes für Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten in Mecklenburg-Vorpommern und in dieser Eigenschaft oberster Abschiebebürokrat. Die Law-and-Order-Linie in der Sicherheitspolitik will er genauso fortsetzen wie den ungehemmten Abschiebewillen seines Vorgängers.

So wie der neue Innensenator für Kontinuität in der Repression gegen Flüchtlinge, Jugendliche, DrogenkonsumentInnen, linke DemonstrantInnen etc. sorgt, so gilt generell, dass der Schillsche Abgang zu keinerlei Veränderungen in den politischen Inhalten des Senats führen wird. Über die Person Schill ist allzu schnell vergessen worden, dass zentrale Ressorts von CDU- und FDP-Personen verantwortet werden: Roger Kusch lässt einen Megaknast bauen, schafft die Spritzenautomaten in den Gefängnissen ab, verbietet Gefangenen das Telefonieren und will die JugendrichterInnen politisch disziplinieren. Birgit Schnieber-Jastram, CDU, führt als Sozialsenatorin den gemeinnützigen Arbeitszwang für SozialhilfeempfängerInnen und die geschlossene Heimunterbringung für Kinder und Jugendliche ein. Sie erklärt MigrantInnen- und Frauenprojekte für überflüssig und fährt das soziale Hilfesystem gegen die Wand. Rudolf Lange, FDP, Ex-Admiral und Bildungssenator, zerschlägt Gesamtschulen und Kindertagesplätze, will die Berufsschulen privatisieren und bastelt an einem Schulgesetz, das u.a. Schuleschwänzen bestrafen und die Lehrmittelfreiheit abschaffen soll. Gunnar Uldall, CDU, ist Wirtschaftssenator, fördert die Deutsche Airbus, den Ausbau der afen-City und zerlegt die Hamburger Arbeitsmarktpolitik. Jörg Dräger, parteilos, führt als Wissenschaftssenator Studiengebühren ein, setzt auf Eliteförderung und Hochschulprivatisierung. Autonomierechte der Hochschulen und der Studierenden streicht er aus dem Hochschulgesetz.

Rechtspopulistischer Normalzustand

Sie alle haben mit Schill ihre Politik umgesetzt und werden das auch ohne ihn tun. Allerdings können sie sich jetzt nicht mehr hinter der Egozentrik und der medienwirksamen Selbstinszenierung des politischen Laiendarstellers Schill verstecken. Wie gut die ebenso symbolträchtige wie falsche Personifizierung der Senatspolitik in der Gestalt des ehemaligen Innensenators funktioniert hat, belegen die massiven Demonstrationen des letzten Herbstes: Sämtliche großen oder kleinen Sauereien der Hamburger Politik sind auf der Straße auf "Rechtspopulismus" und Schill fokussiert worden: "Schill muss weg!" war folgerichtig die zentrale Parole. Wie falsch bzw. hoffnungslos verkürzt dieser Slogan war, zeigt sich jetzt.

Mit Schills Absturz verliert seine Partei sicherlich ihre zentrale und charismatische Führungsfigur, und in der Tat sind solche Figuren ein entscheidendes Charakteristikum rechtspopulistischer Bewegungen und Formationen. Schill gab den Scharfmacher und gleichzeitig den Rebell gegen Establishment und Filz. Gerade auf Grund seiner Exzentrik war er dazu in der Lage, und niemand seiner blassen Parteifreunde kann glaubhaft in die Rolle des Volkstribuns schlüpfen. Doch jetzt von einem "Ende des Rechtspopulismus" (taz, 20.8.2003) zu sprechen, vernachlässigt mindestens dreierlei:

Umfrageergebnisse sehen die Schill-Partei z.Z. bei fünf bis sechs Prozent. Das ist genug, um als politischer Faktor ernst genommen zu werden. Zum ersten muss also davon ausgegangen werden, dass nach wie vor ein erhebliches rechtspopulistisches Potenzial existiert. Zum zweiten spricht einiges dafür, dass dies auch auf Dauer so bleiben wird. Schill ist vor zwei Jahren von Leuten gewählt worden, die sich durch die herrschende Politik massiv sozial bedroht gesehen haben und für die die Mischung aus "Systemkritik" (Stichwort Filz), Sicherheit und Ausgrenzung von "Unnormalen" eine glaubwürdige Antwort dargestellt hat. Schill hat nicht zuletzt für eine obrigkeitsstaatliche, ausgrenzende Variante von sozialer Sicherheit gestanden: Soziale Gerechtigkeit ja, aber nur für die fleißigen und ordentlichen Deutschen. Es ist daher durchaus symptomatisch, dass er sich z.B. sehr vehement gegen die Abschaffung der Lehrmittelfreiheit durch seinen Amtskollegen Lange gewehrt hat. Angesichts der "Agenda 2010", die von allen Parteien getragen wird, dürfte eine rechtspopulistische Interpretation der "sozialen Frage" eher an Attraktivität gewinnen.

Und drittens muss man feststellen, dass der Rechtspopulismus gewissermaßen politisch-inhaltlich auf breiter Front gesiegt hat. Das Primat von Law-and-Order in allen Politikbereichen, die Dominanz der Ordnungspolitik ist inzwischen politisches Allgemeingut, selbst bei der SPD und den Grünen. Als die Hamburger Sozialdemokratie im April diesen Jahres ihr neues sicherheitspolitisches Konzept vorlegte, musste sie sich von der Schill-Partei den Vorwurf gefallen lassen, dort abgekupfert zu haben. Wirklich dementiert wurde das auch nicht, lediglich "behutsamer" als Schill wolle man sein bei der zwangsweisen Vergabe von Brechmitteln, beim Aufmischen der offenen Drogenszenen, bei der Einknastung von Kindern und Jugendlichen. Und schon direkt nach der Wahl haben grüne Chefstrateginnen bei den Grünen eine "offene Flanke in der öffentlichen Sicherheit" ausgemacht, die es zu schließen gelte. Der Erfolg der Schill-Partei mit nahezu 20% der Wählerstimmen hat allen klar gemacht: Mit Sicherheit und Ordnung lassen sich Wahlen gewinnen; diese Botschaft haben alle verstanden. Man muss die Politik der rot-grünen Bundesregierung in Berlin oder die Politik des Hamburger Senats ohne Schill nicht unbedingt rechtspopulistisch nennen, inhaltlich ist sie es aber durchaus.

dk.

7. Distomo-Urteil: Bedauern, aber kein Geld. Den Überlebenden des SS-Massakers wird eine Entschädigung verwehrt

Autor: Anke Schwarzer · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Griechenland · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:06

Die Entschädigungsklage wegen des SS-Massakers 1944 in Distomo beschäftigen nicht nur griechische, sondern auch deutsche Gerichte in mehreren Instanzen. Seit 1995 kämpfen die Geschwister Sfoutouris, deren Eltern während des Massakers ermordet wurden, um eine Entschädigung. Jetzt haben sie Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht erhoben, weil deutsche Gerichte ihnen bislang einen individuellen Rechtsanspruch auf Entschädigung aberkannt haben.

Argyris Sfountouris und seine Schwestern Chryssoula Tzatha, Astero Liaskou und Kondylia Sfountouri sind Überlebende des Massakers der Waffen-SS am 10. Juni 1944 in der griechischen Ortschaft Distomo. Ende August haben sie Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht erhoben, die sich gegen den Entscheid des Bundesgerichtshofes vom 26. Juni dieses Jahres, in dem den Geschwistern ein individueller Rechtsanspruch auf Schadensersatz und Entschädigung aberkannt wurde, richtet. Die KlägerInnen wollen erreichen, dass die Entscheidung des Bundesgerichtshofes aufgehoben wird und sie endlich, nach fast 60 Jahren, entschädigt werden.

Dies ist aber keineswegs in Sicht. Seit 1995 klagen die Geschwister erfolglos gegen die Bundesrepublik Deutschland. Mit dem Abschluss des Zwei-plus-vier-Vertrages 1990 hatten Opfer des Nationalsozialismus erstmals nach 45 Jahren die Möglichkeit, ihre Forderungen an die Bundesrepublik zu stellen. Zuvor hatte das Londoner Schuldenabkommen von 1953 einen Aufschub aller Ansprüche bis zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages bewirkt. Zumindest war den Opfern der Weg zur Klage versperrt - dennoch hat das Abkommen der Bundesrepublik, als Nachfolgerin des Täterstaates, in keiner Weise verboten, von sich aus NS-Verbrechen aufzuarbeiten, zu verurteilen und die Opfer zu entschädigen. Aber selbst nach dem Abschluss des Zwei-plus-vier-Vertrages denkt die Bundesregierung nicht freiwillig an Entschädigung, zumal sie das Übereinkommen nicht als Friedensvertrag akzeptiert.

Im Fall Distomo wies das Landgericht Bonn 1997 die Klage der Geschwister Sfountouris ab, ebenso 1998 das Oberlandesgericht Köln. Beide Instanzen sahen die Forderungen nicht als individuell einklagbar an. Sie könnten nur als zwischenstaatliche Reparationen geltend gemacht werden, urteilten die RichterInnen. Immerhin stellte das Oberlandesgericht Köln fest, dass das Massaker der SS-Einheit ein eklatanter Verstoß gegen das Kriegsvölkerrecht gewesen sei und die Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches grundsätzlich für diese Taten hafte.

Warten auf Entschädigung

Während der deutschen Besatzung Griechenlands verübten die Wehrmacht und die SS schwerste Kriegsverbrechen. Standrechtrechtliche Erschießungen, Massaker - sogenannte "Sühnemaßnahmen" für Partisanenangriffe -, Raub und das Schänden von Frauenleichen zählten zu ihren Taten. Allein wegen des "Bandenbekämpfungsbefehls" Adolf Hitlers vom 16. Dezember 1942 wurden mindestens 30.000 ZivilistInnen bei sogenannten "Sühnemaßnahmen" ermordet. Im Epirusgebiet unterstützte die 1. Gebirgsdivision der Wehrmacht außerdem die Geheime Feldpolizei bei der Deportation griechischer Juden und Jüdinnen in Joannina. Am 10. Juni 1944 massakrierte eine SS-Einheit in der Ortschaft Distomo 218 DorfbewohnerInnen, darunter Säuglinge und alte Menschen. Die Nazis setzten viele Häuser in Brand, so auch das Haus und den Laden der Eltern der Geschwister Sfountouri: Vater, Mutter und weitere Verwandte starben.

Argyris Sfountouris, der als kleiner Junge das SS-Massaker überlebte, mahnte auf einem Hearing im bayrischen Mittenwald (vgl. ak 474) nicht nur die Bestrafung der Täter an, sondern auch die öffentliche Verurteilung der Verbrechen und die Entschädigung der Opfer. "Es schmerzt das Schweigen hier, es schmerzt das kalte Herz", sagt Sfountouris. Die Trauer der Täter und ihrer Familien, nicht nur für die eigenen Opfer, sei der erste Schritt zur Reue. "Es ist auch nach 60 Jahren nicht zu spät, sondern notwendig", so Sfountouris. Mit dem Verschweigen der Untaten und der Flucht in Unglauben werde auch die Würde der Hinterbliebenen

zerstört. Eine "ethische Prophylaxe" sei nötig, zu der es beispielsweise auch gehöre, in Schulen "die moralische Pflicht zur Desertion" zu unterrichten. Er und eine seiner Schwestern seien noch am Leben, erzählt Sfountouris, weil sich an jenem Juniabend in Distomo bei einem Soldaten eine "ur-menschliche Regung" erhalten und er zwei fliehenden Kindern in ein Versteck gewunken hatte.

Im Juni nun erklärte der Rechtsanwalt Achim Krämer im Namen der Bundesregierung, die Regierung "bedauert die große Zahl von Schäden an Leben, Gesundheit, Freiheit und Vermögen zutiefst." Und dennoch: Der Bundesgerichtshof bestätigte das Bonner und das Kölner Urteil und verwehrte den Geschwistern Sfountouris ein weiteres Mal eine Entschädigung. Zu Unrecht habe der Bundesgerichtshof angenommen, diese Entschädigung könne nur der griechische Staat im Rahmen der Reparationspflicht, nicht aber die Opfer selbst als individuellen Schadensersatzanspruch geltend machen, so der Rechtsanwalt der KlägerInnen, Martin Klingner aus Hamburg. Diese Annahme widerspreche der Haager Landkriegsordnung, die gerade den Schutz der Individuen in den Vordergrund stelle und einen Ausschluss ihrer Rechte einschließlich der Klagemöglichkeit verbiete.

Besonders skandalös ist die Begründung des Gerichts dafür, dass die deutschen Regelungen zur Amtshaftung im Kriegsfall keine Anwendung finden: Der Bundesgerichtshof berufe sich darin "auf die Rechtslage zu der Zeit, als die hier in Rede stehende Tat begangen wurde (1944)", also auf den nationalsozialistischen Rechtsstandpunkt, so Klingner. Danach sei es ausgeschlossen, dass das nationalsozialistische Deutsche Reich durch völkerrechtswidrige Kriegshandlungen verletzten ausländischen Personen individuelle Schadensersatzansprüche habe einräumen wollen. Folgte man dieser Prämisse, so hätten die TäterInnen von damals auch heute noch über die Ansprüche der Opfer zu entscheiden.

Zudem geht das Urteil hinter die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur NS-Zwangsarbeiterentschädigung vom 13. Mai 1996 zurück. Darin wurde von einer Parallelität zwischenstaatlicher Ansprüche einerseits und Ansprüche Einzelner aus nationalem Recht andererseits ausgegangen.

"Sollte dieses Urteil mit dieser Begründung Bestand haben, wäre ein Tiefpunkt bundesdeutscher Rechtskultur erreicht", sagt der Rechtsanwalt Martin Klingner. Ob das Bundesverfassungsgericht die Beschwerde annimmt, entscheide sich in den nächsten sechs Monaten, eine mögliche Korrektur des Urteils könne sich allerdings laut Klingner noch Jahre hinziehen.

Anke Schwarzer

8. Auf zur nächsten Runde ... im November sollen die Castoren wieder rollen

Autor: Jochen Stay · Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:34

Es kommt erneut Bewegung in den wendländischen Widerstand. Mit der Besetzung des Salzstocks in Gorleben wurde ein deutliches Zeichen gesetzt, mit spektakulären Aktionen gegen die Gewöhnung, gegen ein Aussitzen der Probleme. Zumal für die zweite November-Woche der siebte Castor-Transport angesetzt ist - und die Atomlobby wieder öffentlich von neuen AKWs träumt.

Angemeldet als ganz normale BesucherInnengruppe waren 13 Leute ausgerüstet mit Helmen, Grubenlampen und einem Sauerstoffgerät für Notfälle in das Bergwerk gefahren. Als die Führung sich zum Ende neigte, weigerten sich die AktivistInnen, zurück ans Tageslicht zu fahren. "Der Widerstand geht in den Untergrund" witzelten manche. Aber der Hintergrund der Besetzung des Salzstocks Gorleben in 840 Meter Tiefe ist mehr als ernst: Zwar gibt es seit drei Jahren ein so genanntes Moratorium beim Endlagerbau - es wird also nicht weiter gegraben - aber hinter den Kulissen werden die Festlegungen auf den Standort Gorleben nicht in Frage gestellt. Schon gibt es Überlegungen bei SPD und CDU, im Bergwerk ein Unter-Tage-Labor zur weiteren Erforschung der Atommüll-Lagerung im Salz einzurichten.

Nun ist es nicht Anliegen der Anti-Atom-Bewegung, dringend andere Endlager-Standorte zu suchen, die vielleicht ein wenig weniger schlecht geeignet sind als Gorleben. Nach wie vor ist die unlösbare Entsorgungsfrage ein Hauptargument gegen den Weiterbetrieb der AKWs. Zu-mal bekannt wurde, dass sich die Menge der von den 1960er Jahren bis heute in den Reaktoren entstandenen radioaktiven Abfälle noch verdreifachen wird, wenn die Kraftwerkslaufzeiten aus dem "Atomkonsens" eingehalten werden. Dennoch kann es den Initiativen nicht egal sein, dass sich in Sachen Endlager Gorleben so gar nichts tut. Der Verdacht drängt sich auf, dass Trittin das Problem aussitzen will. Da aber der grüne Umweltminister im Konsensvertrag unterschrieben hat, dass der Salzstock grundsätzlich geeignet sei, droht nach der früher oder später zu erwartenden Aufhebung des Moratoriums eine schnelle Fertigstellung des Projektes.

Ob die elfstündige Besetzungsaktion, die durch einen spektakulären Polizeieinsatz beendet wurde, in dieser Frage neuen Druck entwickeln konnte, wird die Diskussion der nächsten Wochen zeigen. Was die Salzstock-BesetzerInnen aber auf jeden Fall erreicht haben ist die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wieder auf das Wendland zu lenken. Das Signal - trotz Überwachung, Kriminalisierung und Abbau von Grundrechten, fällt uns immer etwas ein, um Staatsmacht und Atomikern ein Schnippchen zu schlagen - ist deutlich. Schließlich soll in der zweiten Novemberwoche der nächste Castor-Transport mit zwölf Behältern aus der französischen Plutoniumfabrik La Hague nach Gorleben rollen.

Eine neue Runde der energiepolitischen Debatte wurde mit dem so genannten Energiegipfel im August dieses Jahres losgetreten. Die vier Vorstandschefs der großen Stromkonzerne Eon, RWE, EnBW und Vattenfall (Ex-HEW) trafen sich beim Kanzler, um die Perspektiven zur Erneuerung ihres Kraftwerkparks in den nächsten 20 Jahren zu erörtern. Der ebenfalls mit am Tisch sitzende Schröder-Intimus und Vorsitzende der IG Bergbau Chemie Energie, Hubertus Schmoldt, träumte kurz darauf in der Financial Times Deutschland von AKW-Neubauten. Um die in diesem heißen Sommer aufgetretenen Kühlungsprobleme durch niedrige Flusspegel zu lösen, schlägt der Gewerkschaftsboss vor, neue Reaktoren an die Küsten von Nord- und Ostsee zu stellen.

Wenige Tage später meldete sich die CDU zu Wort. Angela Merkel forderte via Bild am Sonntag eine Zukunft mit Atomkraft und ihr Stellvertreter, der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff, konkretisierte: "Wir müssen den Konzernen wieder Möglichkeiten eröffnen, auch in Deutschland neue, weiterentwickelte Kernkraftwerksgenerationen in Betracht zu ziehen und zu beantragen." Abgerundet wurde diese Offensive von Klaus Rauscher, Vorstandschef von Vattenfall, der in der Berliner Zeitung klarstellte: "Wir können nicht für alle Zeiten sagen, dass die Option auf die Kernenergie tot ist."

Andere Stromkonzerne haben nach Rauschers Vorstoß erklärt, dass sie lieber am derzeitigen Deal festhalten. RWE-Chef Michael Rosen: "Wir sehen keinen Anlass, uns an Spekulationen über den Fortbestand der Kernenergie-Vereinbarung zu beteiligen." Die Vereinbarung mit der Bundesregierung sei "die beste aller

möglichen Alternativen", denn sie gewährleiste "den ungestörten Betrieb und die Entsorgung der Kernkraftwerke und damit die für die kommenden Jahre notwendige Planungssicherheit".

So müssen die Initiativen also einen Balanceakt in der Mobilisierung bewerkstelligen: Einerseits die Kritik an der rot-grünen Atompolitik aufrechterhalten, andererseits die Chance nutzen und auch diejenigen wieder ansprechen, die sich mit dem "Atomkonsens" schon zufrieden gegeben hatten und jetzt vielleicht befürchten, dass auch aus einem Ausstieg in 25 Jahren nichts wird. Die aktuelle energiepolitische Debatte stellt den Castor-Widerstand erneut in ein größeres Koordinatensystem. Im letzten Jahr schien politisch alles entschieden. Jetzt steht die Zukunft der Energieversorgung auf der politischen Agenda und alle AtomkraftgegnerInnen können im November in Gorleben einen mehr als deutlichen Beitrag zu dieser Debatte abgeben.

Die Ausgangsbedingungen für die Mobilisierung sind jedenfalls günstig. Der Transporttermin ist frühzeitig bekannt, so dass mehr Menschen den Tag X in ihre persönliche Zeit- und Urlaubsplanung einbauen können. Schon planen die unterschiedlichen Gruppen und Zusammenhänge der Bewegung konkrete Aktionen. Die große Auftaktdemonstration für die heiße Phase der Proteste wird am 8. November in Dannenberg stattfinden. Aktionsschwerpunkte gibt es in Lüneburg, in der Region Göhrde, in Hitzacker und auf der Straße zwischen Dannenberg und Gorleben. Von der angemeldeten Mahnwache und Kundgebungen außerhalb der Demoverbotszone über karnevaleske Inszenierungen bis zu Sitzblockaden, Ankettaktionen und anderen fantasievollen Eingriffen in den geregelten Ablauf reicht die Palette der Möglichkeiten.

Seit 26 Jahren kämpfen die WendländerInnen gemeinsam mit FreudInnen aus der ganzen Republik gegen die Atommafia. Der Kampf ist längst nicht entschieden, aber die nächste Runde steht jetzt bevor.

Jochen Stay

Weitere Informationen gibt es im Internet unter: www.castor.de, www.x1000malquer.de, www.widersetzen.de, www.festgesetzt.de, www.wirsindamzug.de, www.ligatomanlagen.de

9. Eifel ab sofort "Großraumflugzeugtauglich"

Zwangsenteignungen unter militär-strategischen Gesichtspunkten

Autor: Thomas Klein · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; NATO und NATO-Strategien · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:19

Die Erweiterung der US-Flughäfen in Ramstein und Spangdahlem, die zuletzt bei den NATO bzw. US-Kriegen gegen Jugoslawien 1999, Afghanistan 2001 und dem jüngsten Irak-Krieg eine wichtige Drehscheibenfunktion inne hatten, soll bis zum Jahr 2005 abgeschlossen sein. Ist der Ausbau einer neuen Start- und Landebahn auf der US-Airbase Spangdahlem inzwischen fertig, stellt sich die Situation in Ramstein noch etwas anders dar.

Am 2. September war die neue Start- und Landebahn nach rund sechsmonatiger Bauzeit offiziell für den Verkehr frei gegeben worden. Kurz zuvor endete die Einspruchsfrist gegen einen ebenfalls geplanten Ausbau des Militärflughafens Ramstein in der Westpfalz. Nach offiziellen Angaben liegen hier rund 1.000 Widersprüche gegen die Erweiterungspläne vor. Die Erweitungsvorhaben in Ramstein und Spangdahlem sind Teil einer Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland, den Ländern Hessen und Rheinland-Pfalz, der Frankfurter Flughafenbetreibergesellschaft Fraport und dem US-Militär. Nach der Räumung der Frankfurter Rhein-Main-Airbase will das US-Militär die beiden rheinland-pfälzischen Militärstützpunkte nach dem derzeit laufenden bzw. geplanten Ausbau mehr denn je als zentrale Drehkreuze der US-Luftstreitkräfte in Europa nutzen.

Möglich geworden ist der Ausbau des Luftwaffenstützpunktes Spangdahlem erst durch Zwangsmaßnahmen gegen BürgerInnen in der kleinen Airbase-Anrainergemeinde Binsfeld. Nachdem sich einige EigentümerInnen bis zuletzt geweigert hatten, ihre für den Ausbau benötigten Grundstücke zu verkaufen, verfügte das Bundesvermögensamt Trier, im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland, Ende Juli die Zwangsenteignung.

Hochnot peinliches vom Notar

Brisant daran: Ein Gutachten der Notarkammer Koblenz kommt zu dem Ergebnis, dass ein freiwilliger Landtausch unzulässig sei, "wenn Zweck des Verfahrens der Grundstückserwerb für die Flughafenerweiterung" wäre. Das entsprechende Schriftstück erhielt einer der Anwohner auf anonymem Weg zugespielt. Allerdings erst nachdem erheblicher Druck auf AnwohnerInnen ausgeübt worden war, sich besser mit einem Landtausch zufrieden zu geben, um keine finanziellen Abstriche hinnehmen zu müssen - und schließlich mit Zwangsenteignungen Fakten geschaffen wurden.

Reichlich kurios ist der behördliche Umgang mit dem Ergebnis des Gutachtens: Als ein von Zwangsenteignung Betroffener sich kürzlich um Rat und Hilfe suchend an die Notarkammer wand, schneite ihm Ende August ein Brief der Kammer ins Haus. Darin heißt es, man sei nicht befugt, "für einzelne Personen Rechtsberatungsleistungen zu erbringen". Bei dem auszugsweise zugesandten Aktenvermerk handele es sich um einen rein internen Vermerk. Und weiter: "Es entzieht sich unserer Kenntnis, wie er in Ihren Besitz gelangt sein könnte und bitten Sie, uns hierüber Auskunft zu erteilen."

Auch das rheinland-pfälzische Justizministerium mochte sich in der Sache nicht äußern, sondern verweist auf die zuständigen Aufsichtsbehörden. Das in das Verfahren eingeschaltete "Kulturamt Trier, Landentwicklung und ländliche Bodenordnung" räumte auf Anfrage ein, dass der in dem Aktenvermerk der Notarkammer Koblenz beleuchtete Sachverhalt "Gegenstand einer umfangreichen Erörterung u.a. auch mit dem Bundesministerium der Finanzen - Dienstsitz Bonn - dem Bundesministerium für Landwirtschaft und Forsten in Bonn und dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau in Mainz" war. Bei der Erweiterung des Flugplatzes, so das Amt weiter, sei in erheblichem Umfang in die bestehende Agrarstruktur eingegriffen worden. "Da Zweck der Verfahren die Verbesserung der Agrarstruktur war, sind die auf dieses Ziel gerichteten Maßnahmen rechtlich zulässig". Auf die nahe liegende Frage, in welcher Weise es der Verbesserung der Agrarstruktur dient, wenn Großraum-Militärmaschinen über die Häuser der BürgerInnen in den Airbase-Anrainergemeinden donnern, geht die Behörde nicht ein.

Ausbau dient der Landschaftspflege

Immerhin etwas zur Klärung der Frage, auf welcher Grundlage der für einen Ausbau notwendige Landerwerb, samt Zwangsenteignungen, über die Bühne gegangen ist, konnte das Bundesvermögensamt beitragen. In

dem Ende Juli den GrundstückseigentümerInnen zugegangen Beschluss macht die Behörde geltend, dass die Zwangsenteignungen notwendig seien, "um die Verpflichtungen des Bundes" zu erfüllen, die sich aus dem NATO-Truppenstatut und dem dazugehörigen Zusatzabkommen über die Stationierung von US-Streitkräften ergeben. Der Bund habe nachvollziehbar dargelegt, dass die Erweiterung der beiden US-Militärstützpunkte trotz der Beeinträchtigung privater Interessen unumgänglich sei.

Während in der Eifel bereits mit Hochdruck der Airbase-Ausbau vorangetrieben und die "militärischen Flugtransportmöglichkeiten" vergrößert werden, versuchen derzeit zwei Klägergemeinschaften den Ausbau des US-Militärflugplatzes Ramstein zu verhindern. Die Bauarbeiten für das Projekt sollen mit einem entsprechenden Antrag vor dem Verwaltungsgericht in Neustadt an der Weinstraße gestoppt werden.

Ist den örtlichen Friedensgruppen vor allem die geplante, noch anwachsende militärische Bedeutung der beiden Luftwaffenstützpunkte ein Dorn im Auge, verweisen einige Bürgerinitiativen auf die zu erwartende, drastische Zunahme des Fluglärms, der Umweltbelastungen und des Absturzrisikos. Und erinnern in diesem Zusammenhang an ein genau 15 Jahre zurückliegendes Ereignis: Am 28. August 1988 waren im Rahmen eines Tages der offenen Tür auf der US-Airbase Ramstein drei Flugzeuge einer italienischen Kunstflugstaffel ineinander gerast und abgestürzt. Dabei wurden 70 Menschen getötet und mehr als 400 verletzt.

Thomas Klein

10. Top-Down für Frauen? Gender Mainstreaming zur Diskussion gestellt

Autor: Stefanie Graefe · Rubrik: Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:33

In allen Politikbereichen und Arbeitsbereichen einer Organisation, eines Unternehmens, einer Regierung soll die Perspektive der Geschlechterverhältnisse einbezogen und alle Entscheidungsprozesse sollen für die Gleichstellung der Geschlechter nutzbar gemacht werden. So zumindest sieht es das noch nicht aus der Mode, wenngleich durchaus schon in die Jahre gekommene Konzept des so genannten Gender Mainstreaming (GM) vor. In der aktuellen Ausgabe der Schweizer Zeitschrift Widerspruch nehmen verschiedene Autorinnen GM kritisch unter die Lupe.

Gender Mainstreaming als Konzept, zumindest rhetorisch von Behörden, Unternehmen und Regierungen inzwischen gerne und oft bemüht, entstammt Forderungen aus dem entwicklungspolitischen Kontext der 80er Jahre, wie der Eingangsbeitrag von Stella Jegher herleitet, die angesichts der katastrophalen Auswirkungen so genannter "Strukturanpassungsmaßnahmen" in den Ländern des Südens gestellt wurden. GM als Politikkonzept wurde schließlich auf der UNO-Weltfrauenkonferenz von Bejing 1995 von den Regierungen aufgegriffen und in ihrer "Aktionsplattform" zum allgemeinen politischen Prinzip erhoben.

So allgemein die Definition, so unterschiedlich die Einsätze des Konzeptes. Mascha Madörin berichtet von einer Spielart des GM: der genderspezifischen Budgetanalyse und ihrer Anwendung u.a. in Australien. Dort hatte man seit Beginn der 80er Jahre auf Ebene der nationalen Regierung vorgeschrieben, dass bei allen neuen Gesetzesprojekten vorab geklärt werden müsse, welche Auswirkungen diese auf Frauen haben. Dabei stellte sich durchaus Interessantes heraus - z.B., dass deutlich weniger Regierungsgeld in Industrien mit überproportional hohem Beschäftigungsanteil von Frauen fließt als in solche mit hoher Männerquote. Doch auch wenn solche Erkenntnisse sicherlich nützlich sind - die Frage bleibt, so Madörin unter Bezugnahme auf die feministische Ökonomin Barbara Bergmann, "wozu solche Budget-Analysen gut sein sollen, wenn es ohnehin schon längstens klar ist, wofür der Staat Geld ausgeben soll und es nicht tut: für Kinderkrippen und Care-ökonomische Tätigkeiten generell". Überhaupt stellt sich die Frage, inwieweit ein "Top-Down-Ansatz" wie GM tatsächlich zur Beseitigung struktureller Ungleichheit taugt - oder ob er nicht eher konträre Effekte produziert, etwa dadurch, dass die Durchsetzung eines Gesetzes als Signal dafür verstanden wird, dass die politischen Auseinandersetzungen jetzt getrost abgeschlossen werden können. Wem nützt eine "Theorie von Femokratinnen und Karrieristinnen in Sachen Gleichstellung" (Madörin)?

In Deutschland ist GM auf allgemeiner Planungsebene Thema, wie die Analyse von Therese Wütrich verdeutlicht, aber nicht systematisch umgesetzt: Quantitative Zielvorgaben existieren, detaillierte Problemanalysen fehlen. Und bestimmte Bereiche sperren sich, wie es scheint, systematisch dagegen, "gemainstreamt" zu werden. So gibt es zwar unzählige Gleichstellungsinitiativen hierzulande, aber bisher kein einziges Abkommen zur Verbesserung von Frauenlöhnen - von Umverteilung in Sachen "Care-Ökonomie" (sprich: Reproduktionsarbeit) ganz zu schweigen.

GM ist, da sind sich die Beiträge einig, ein Projekt institutioneller Reorganisation zu Gunsten von Frauen, das historisch paradoxerweise mit einer neoliberalen Reorganisation von Gesellschaft zusammenläuft, die in der Konsequenz nach wie vor und vor allem zu Lasten von Frauen bzw. "weiblich kodierten Subjektpositionen" (Pühl) geht. Und zwischen beidem, GM und Neoliberalismus, gibt es nicht nur einen Widerspruch, sondern auch einen inneren Zusammenhang. Es ist kein Zufall, dass GM schon sprachlich so sehr nach "Newspeak moderner Management-Theorien" klingt, wie Jegher schreibt, denn GM basiert konzeptionell in der Tat, so Susanne Schunter-Kleeman, auf Management-Konzepten, die darauf abzielen, durch effektivere Verwendung des "Humankapitals" Profitchancen für Unternehmen zu erhöhen, genauer: durch "Managing Diversity" (MD). Geleitet von der Erkenntnis, dass Multikulturalität und Gender-Toleranz MitarbeiterInnen motivieren und somit Wettbewerbsvorteile bieten können, wird laut Konzept eine Situation möglich, von der alle etwas haben, Unternehmen und Beschäftigte. Voraussetzung dafür ist allerdings, Bestimmtes aus dem win-win-Szenario auszuklammern: "Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit gibt es in dieser Konzeption ebenso wenig wie verfestigte Verteilungsungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern", bilanziert Schunter-Kleeman.

Auch Barbara Nohrs Analyse rot-grüner Geschlechterpolitik belegt: Ehemalige FrauenförderInnen ziehen es inzwischen vor, statt von Diskriminierungsabbau und Gleichstellung von dem "ökonomischen Potenzial" von Frauen zu sprechen und davon, dass "Frauenförderung Wirtschaftsförderung ist". Das gilt erst recht für die Steigerung von GM und MD: das Total E-Quality-Management. "Total E-Quality" ist ein Verein in Deutschland, der ein Prädikat für Chancengleichheit in der Unternehmenskultur vergibt und bewusst, wie seine Vorsitzende Carola Busch es ausdrückt, keinen Förderansatz für Frauen vertritt, der sich aus "sozialen oder moralischen Erwägungen" herleitet.

Jegher vermutet, dass die vielfältigen Probleme, die GM produziert, im Grunde auf ein tiefer liegendes Problem verweisen, nämlich auf die Krise des Feminismus, die sich paradoxerweise nicht zuletzt auch aus den Erfolgen desselben, d.h., seiner effektiven Institutionalisierung ergibt; kombiniert mit einer problematisch gewordenen Selbstverortung der Akteurinnen, die sich nach der theoretischen Dekonstruktion der Zweigeschlechtlichkeit auf eine fixierte Geschlechtsidentität als kollektive Gruppe der Unterdrückten nicht mehr fraglos beziehen können. Ganz praktisch könnte sich diese Krise beispielsweise darin äußern, dass die Konzentration auf GM Behörden- und Unternehmensleitungen die Verantwortung für Gleichstellungspolitik übergibt und autonome Frauenstrukturen und -bewegungen damit von dieser Aufgabe "entlastet".

Anders gesagt: GM ist, wie Katharina Pühl feststellt, eine zeitgemäße Formulierung der gegenwärtigen Geschlechterkompromisse. Eine ursprünglich im feministisch-entwicklungspolitischen Kontext als Gegen-Wissen formulierte Erfahrung sei politisch enteignet und zu Gestaltungswissen umformuliert worden. Und insofern GM die Existenz stabiler Geschlechter voraussetzt, ist mit Pühl in der Tat danach zu fragen, ob es nicht letztlich wiederum zur Verfestigung von Zweigeschlechtlichkeit beiträgt. Angesichts dessen wäre, so Pühl, eine radikale Perspektive auf Geschlechterbeziehungen (und nicht auf das eine, angeblich problembeladene Geschlecht) einzunehmen, die die grundlegende Abhängigkeit aller von Geschlechterkonstruktionen sichtbar machen könnte.

Jedenfalls scheint es, so die Lektürebilanz, im Hinblick auf mehr Geschlechtergerechtigkeit sinnvoller, die Perspektive und Interessen toleranter "Wertschöpfungsstarker" (Schunter-Kleeman) nicht als Ausgangs-, sondern als (einen) Angriffspunkt zu setzen. Ob GM dafür ein taugliches Mittel ist, darf bezweifelt werden.

Stefanie Graefe

WIDERSPRUCH. Beiträge zu sozialistischer Politik, 23. Jg./1. Halbjahr 2003, 232 S., 16 Euro;
www.widerspruch.ch;

redaktion@widerspruch.ch; WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich

11. gender troubles aktuell

Rubrik: Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:17

Ein bisschen schwanger

Hieß es nicht eigentlich immer, ein bisschen schwanger gebe es nicht? Der "Schwangerschafts-Simulator" räumt mit diesem Gerücht jetzt auf. Er soll potenziellen jugendlichen Müttern "helfen", sich die negativen Seiten einer Schwangerschaft besser vorzustellen; idealerweise mit abschreckender Wirkung. Das Ding besteht aus einem Anzug, mit künstlichem, wassergefüllten Bauch und schweren Brüsten, heißt es. Der Simulator kann aber noch mehr, nämlich Beschwerden simulieren: Er bewirkt durch sein Gewicht Rückenschmerzen, kleine Bleikugeln drücken wie Fötus' Ärmchen und Beinchen gegen den Brustkorb und ein eigens eingearbeitetes Sandsäckchen auf die Blase. Entwickelt wurde das Ganze in den USA, ausprobiert wird es jetzt im Armenviertel Benchill in der nordenglischen Stadt Manchester. Dort liegt die Zahl der Minderjährigen-Schwangerschaften bei fast 50 von 1000 Jugendlichen und damit noch höher als der sowieso wohl schon recht hohe britische Durchschnitt. Das Gerät soll übrigens auch bei potenziellen minderjährigen Vätern Anwendung finden - die Erfahrung "am eigenen Leib", so die zuständige Sozialarbeiterin, würde den künftigen Vätern helfen, sich in die Lage ihrer Partnerinnen hineinzuversetzen.

www.diestandard.at

Hilfreiche Adresse

Unter www.femmigration.net findet sich im Internet eine Informationsplattform, die aktuell und präzise die tatsächliche und rechtliche Situation Betroffener von Menschenhandel und migrierten Sexarbeiterinnen darstellen will. Das Projekt wird u.a. von der Europäischen Kommission seit Januar 2001 finanziert und bislang in sieben EU-Ländern durchgeführt. Hauptkoordinierungsstelle ist die Amnesty-for-Women-Städtegruppe Hamburg e.V. in Deutschland. Die website informiert über die Themen Migration und Aufenthaltsrecht, Arbeitsrecht und Sexarbeit, Prostitution als Arbeit bzw. Straftatbestand, Prostituierte als Opfer, ordnungs- und gesundheitsrechtliche Fragen, medizinische Hilfe, Beratungsangebote und hilfreiche Adressen in den einzelnen Ländern. Bislang sind in dem Projekt Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich und Spanien vernetzt. Ab 2003 kommen Belgien, Griechenland und Großbritannien hinzu. Die Initiatorinnen wollen das Projekt im Sinne des Empowerment von Frauen verstanden wissen: Es soll helfen, Betroffene darin zu stärken, sich aus Gewalt- und Ausbeutungsverhältnissen zu befreien.

www.femmigration.net

465 Jahre später

Mit der Teilnahme an einem bisher nur Männern vorbehaltenen Gedenkumzug haben baskische Frauen ein reichlich altes Tabu gebrochen. Unter großem Polizeiaufgebot marschierten am 8. September erstmals 20 Frauen in der baskischen Stadt Hondarribia bei der "Jaizkibel"-Parade zu Ehren des Sieges der Basken über die französische Armee im Jahr 1638 mit. Das hatten sie in den Jahren zuvor zwar auch schon hin und wieder getan. Dabei war es aber immer wieder zu Ausschreitungen und Festnahmen protestierender Frauen gekommen, obwohl das Hohe Gericht des Baskenlandes den Frauen bereits 1998 die Teilnahme an dem historischen Umzug höchst offiziell erlaubt hatte. Mit einem Transparent mit der Aufschrift "Für einen nicht diskriminierenden Umzug. Frauen in der Parade!" würdigten einige der männlichen Teilnehmer den mutigen Schritt der Frauen. Aber die Toleranz hat gleichwohl immer noch ihre Grenzen: Nur die rund 4.000 teilnehmenden Männer durften sich als Soldaten verkleiden, die Frauen trugen das Kostüm einer Marketenderin. Und: Ein großer Teil der 15.000 EinwohnerInnen von Hondarribia will, wie es heißt, noch immer an der Männer-Parade festhalten.

www.diestandard.at

Schule aus

Über 80% aller Mädchen in Guatemala, die auf dem Land leben, brechen frühzeitig die Schule ab: Nur 17% der Mädchen beenden in ländlichen Regionen die Grundschule; 66% brechen bereits ab, bevor sie die vierte Klasse erreicht haben. In den Städten verlässt die Hälfte aller Mädchen die Schule ohne Abschluss. Dies

belegt eine Untersuchung des Programms zur Förderung der Demokratie der Organisation Amerikanischer Staaten (PVDGP-OEA). Der OAS-Studie zufolge sind Frauen in Guatemala systematisch von Aus- und Weiterbildungsprozessen ausgeschlossen. Dem guatemaltekischen Bildungswesen würden Programme und Inhalte fehlen, die auf die Bedürfnisse von Frauen zugeschnitten sind. Ihre Möglichkeiten, sich in das Wirtschafts- und Arbeitsleben einzugliedern, seien stark einschränkt und ihr Recht auf bessere Lebensqualität verletzt. Im Jahr 1998 wurde die Alfabetisierungsrate erwachsener Frauen auf 60% beziffert. Im letzten Jahr lag diese Zahl schon bei fast 68%.Unter den Indígenas sei diese Zahl noch bedeutend höher. Nach Angaben des guatemaltekischen Bildungsministeriums ist die Alfabetisierungsrate der männlichen Bevölkerung Guatemalas dagegen auf knapp 75% angestiegen.

www.npla.de/poonal/aktuell

Japanischer transgender-Erfolg

Einem Mann mit einer "geschlechtsabweichenden Identität" ist es erstmals erlaubt worden, als Frau in der Stadtverwaltung von Osaka, Japan, weiterzuarbeiten. Die Meldung, dass Osakas Beamte dem 43 Jahre alten Arbeiter, der nun unter dem weiblichen Namen Hikari Okuma lebt, ermöglicht haben, als Frau zu arbeiten und sich zu kleiden, hat Forest Kansai, eine Gruppe, die die Rechte der sexuellen Minderheiten stützt, auf einer Pressekonferenz bekannt gegeben. Es handele sich dabei um den ersten Fall in Japan, in dem einE BeamteR offiziell entgegen dem in seiner/ihrer Geburtsurkunde angegebenen Geschlecht arbeiten kann. Okuma arbeitet seit 1989 in der städtische Regierung, ließ sich aber vergangenes Jahr wegen Depressionen beurlauben. Inzwischen sei zwar das offizielle Geschlecht in Okumas Personalunterlagen nach wie vor männlich, aber man hätte ihr eine weibliche Uniform gegeben, einen separaten Umkleideraum zur Verfügung gestellt und sie tatsächlich "als Frau behandelt" (whatever that means). Okuma, die sich zur Presse-Konferenz mit langem Haar präsentierte, erklärte: "Ich bin dankbar, dass mir erlaubt worden ist, ohne Diskriminierung zu arbeiten. Ich hoffe, dass dieser Schritt es einfacher macht, eine Gesellschaft zu bilden, in der Leute mit geschlechtsabweichender Identität leichter leben können." Forest Kansai plant eine Kampagne mit der Forderung, Angaben zum Geschlecht aus offiziellen Urkunden zu streichen.

www.transgender.at

12. Grenzcamp erreicht kritische Masse. Einkesselung zur Einschüchterung

Autor: mb. · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Klassenjustiz, Repressionen; Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:29

Im sechsten Jahr bekamen die AntirassistInnen der sommerlichen Camp-Mobilisierung die staatliche Knute in einem für sie bis dahin unbekannten Ausmaß zu spüren. Das international mobilisierte 6. Antirassistische Grenzcamp wurde am 9. August von einem massiven Polizeiaufgebot eingekesselt und de facto aufgelöst - einen Tag vor dem offiziellen Ende.

Bereits am Morgen des 9. August, 6.41 Uhr, meldete der WDR: "Verkehrsbehinderungen in Köln-Poll erwartet. Grund ist eine Demonstration rechter Gruppen gegen das antirassistische Grenzcamp auf den Poller Wiesen. Die dem linken Spektrum angehörenden Aktivisten hatten vor einer Woche dort ihre Zelte aufgeschlagen, heute endet ihre Aktion. Die Polizei wird heute den Abbau des Camps mit rund 2.500 Beamten begleiten, mit Verkehrsbehinderungen wird bis zum Abend gerechnet."

Die angekündigten Verkehrsbehinderungen ließen nicht lange auf sich warten. Am Vormittag - zeitgleich zu der Nazi-Demonstration gegen das Camp - zogen Bullen in Kampfmontur auf und riegelten das Gebiet auf den Poller Wiesen ab. Wurde anfangs noch vermutet, durch den polizeilichen Aufzug sollten die Camp-TeilnehmerInnen daran gehindert werden, sich den Nazis in den Weg zu stellen, wurde mit der Zeit klar, dass der Polizeieinsatz ganz andere Ziele verfolgte. Wie hatte es der WDR ausgedrückt? "Heute endet ihre Aktion."

Nach sechs Jahren bekamen die AntirassistInnen die ganze Härte des bundesdeutschen Rechtsstaats zu spüren. Und das nicht in Hessen, wo das Camp am strategisch wichtigen Verkehrskontenpunkt Frankfurter Flughafen im Jahr 2001 stattfand, auch nicht in Brandenburg oder in Sachsen, wo das Camp die Jahre zuvor an unterschiedlichen Orten die Zelte aufgeschlagen hatte. Im rot-grün regierten Nordrhein-Westfalen fand der staatliche Massenzugriff auf die AktivistInnen statt. Während der gesamten Dauer des Camps waren mehr als 8.000 Bullen im Einsatz.

Trotz des gewaltigen Polizeiaufgebots konnten die antirassistischen CamperInnen in zahlreichen Aktionen den rassistischen Normalzustand in Verwaltung, Privatunternehmen und der Bevölkerung zum Thema machen: Im Visier der schwedische Möbelkonzern IKEA, der im Abschiebeknast Büren für einen Hungerlohn arbeiten lässt, oder die Hotel- und Dienstleistungsgruppe ACCOR, die illegalisierte MigrantInnen in ihren Hotels (z.B. Ibis, Dorint) als billige Putzkräfte beschäftigt, am Chipkarten- und Gutscheinsystem für Flüchtlinge beteiligt ist und deren Angebot von selbst betriebenen Abschiebeknästen bis zur Abschiebung reicht. Neben dem Ausländerzentralregister (AZR), in dem die Daten aller in der BRD lebenden MigrantInnen gespeichert sind, galten die Aktionen auch der Internationalen Organisation for Migration (IOM) in Bonn, die weltweit ihre Politik des "Migrationsmanagements" vorantreibt. (vgl. ak 473) Struktureller Rassismus und alltägliche Diskriminierung standen im Mittelpunkt der Aktionen vor einem Kölner Flüchtlingsschiff, der JAV Köln-Ossendrorf, dem Arbeitsamt oder beim Besuch des Flughafens Düsseldorf, wo auf die Rolle von Fluglinien wie Lufthansa oder LTU in der Abschiebepolitik der BRD hingewiesen wurde.

"Heute endet ihre Aktion"

Die CamperInnen besuchten auch Otto Wolf von Amerongen, der seit den 1950er Jahren lange Jahre dem "Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft" vorstand. Der ehemalige Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstags und Träger des Bundesverdienstkreuzes hatte als Inhaber der Firma Otto Wolff illegale Großtransaktionen während des Nationalsozialismus über ausländische Tarnfirmen in der Schweiz, Monaco, Spanien und Portugal getätigt. Wenig angetan zeigte sich der Nazi-Profiteur über die Verzierung seines Hauses mit "Nazi-Hehler" und "blutverschmierten" Amerongen-Aktien.

"Out of Control. Für globale Bewegungsfreiheit. Verwertungslogik und rassistische Ausgrenzung angreifen" - so das diesjährige Motto des Grenzcamps. Der eigene Anspruch sah sich von Anfang an während der zehn Tage durch den staatlichen Geltungsanspruch konterkariert: Das Camp stand die ganze Zeit über unter der Beobachtung von Hunderten von Bullen, inklusive Videoüberwachung des gesamten Camps, exzessives

Präsenzzeigen und sich steigender Provokationen, indem entgegen der Absprachen Bullen auf das Camp-Gelände eindrangen.

Peu à peu wurde so die entsprechende Stimmung für den brutalen Polizeieinsatz am Samstag geschaffen. Bereits vor 11 Uhr begannen rund 2.500 BeamtInnen, das Camp systematisch zu umstellen. Einsatzkräfte aus ganz NRW, Bayern und Hessen waren auf den Poller Wiesen zusammengezogen worden. Rund 400 CamperInnen saßen zwischen 10 Uhr morgens und 4 Uhr nachts - teilweise von der Außenwelt durch Kappung der Telefonleitung und bei über 40 °C von der Wasserzufuhr abgeschnitten - im Kessel fest. Per Lautsprecherdurchsagen wurden die CamperInnen aufgefordert, den Kessel einzeln zu verlassen. Sie sollten eine Art Schleuse passieren, wo sie erkennungsdienstlich behandelt wurden. Etwa 100 Leute leisteten der Aufforderung im Laufe des Abends Folge (darunter etliche Eltern mit ihren Kindern). Gleichzeitig bildeten zwischen 300-400 AktivistInnen Ketten um ein Zelt, um sich einer Räumung so lange wie möglich widersetzen zu können. Inzwischen rückten mehrere Hundert Bullen über den Zeltplatz vor und durchsuchten sämtliche Zelte und Busse. Gegen 22.30 Uhr wurden alle noch anwesenden AntirassistInnen offiziell "in Gewahrsam" genommen. Wasserwerfer richteten ihre Wasserkanonen auf die CamperInnen, Räumpanzer stießen auf das Gelände vor. Im Weg sitzende AktivistInnen wurden brutal weggeschleppt und auf den Boden geworfen. Per Knüppeleinsatz wurden die verbliebenen AktivistInnen in zwei Gruppen getrennt und danach einzeln abgeführt. Nach Brühl in die Gefangenensammelstelle verfrachtet, mussten sie sich dort einer erkennungsdienstlichen Behandlung unterziehen.

Camp vor dem Verbot?

Rund 60 Menschen wurden durch Tränengas- und Knüppeleinsätze verletzt. Nach Polizeiangaben wurdne über 500 TeilnehmerInnen erkennungsdienstlich behandelt. Noch während der Polizeieinsatz gegen das Camp lief, verteidigte der Kölner Polizeipräsident Klaus Steffenhagen das brutale Vorgehen: "Es wurden zu viele Straftaten begangen." Viele Teilnehmer hätten den mit Stadt und Polizei ausgehandelten Vertrag gebrochen. Die Polizeibilanz zu diesem Zeitpunkt: 84 Straftaten, unter anderem Landfriedensbruch, Widerstandsdelikte, Sachbeschädigungen und Verstöße gegen das Versammlungsgesetz. Unter den 36 Festgenommenen waren vier Franzosen, ein Italiener, ein Portugiese und ein Schweizer. "Die Bilanz eines einzigen Bundesliga-Wochenendes sieht vermutlich beeindruckender aus", kommentierte die Kölner Stadtrevue trocken. (12.9.2003)

Gleichwohl zeigte sich Steffenhagen "sehr zuversichtlich", dass das nächste Camp gerichtlich verboten werde. Seine Leute hätten in den vergangenen Tagen "eindeutiges Beweismaterial gesammelt". Die Äußerung des Kölner Polizeichefs macht deutlich, um was es bei der Zerschlagung des Camps ging: Die Einschüchterung und Kriminalisierung der antirassitischen AktivistInnen und die Erfassung der Daten der bislang meist polizeilich unbekannten CamperInnen. Ganz auf dieser Linie liegt dann auch, dass inzwischen landauf, landab CamperInnen, auch wenn sie am 9. August bereits nicht mehr in Köln waren, Schreiben erhalten haben, in denen ihnen "(schwerer) Landfriedensbruch, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, Körperverletzung am 9.8.03, Köln-Deutz, im Bereich der Südbrücke im Zusammenhang mit dem Grenzcamp" vorgeworfen wird. Davon sind auch Flüchtlinge betroffen, die unter Umgehung der Residenzpflicht nach Köln gekommen waren.

No Justice, No Peace - Fight the Police

Inwieweit die internationale Mobilisierung des Camps und seine Funktion als europäischer Verknüpfungspunkt antirassistischen Widerstands eine Rolle gespielt haben, lässt sich abschließend noch nicht klären. Wie dem auch sei, der Einschätzung der Camp-Pressegruppe ist nichts hinzuzufügen: "Den Polizeieinsatz verstehen wir als Angriff auf die antirassistische Bewegung in der BRD und deren internationale Vernetzung ... Menschen, die selber aktiv werden, um Institutionen und Orte von Verwertungspolitik und rassistischer Praxis herausstellen, werden mit polizeilichen Maßnahmen angegangen. Durch die erfahrene maßlose Machtdemonstration sollen die AktivistInnen eingeschüchtert und die Organisierungsprozesse behindert werden."

mb.

13. Kindeswohl auf hanseatisch. Hamburg schiebt Kinder in Waisenhäuser ab

Autor: Miriam Edding · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:24

In Hamburg wird seit Mitte des Jahres versucht, Kinder, die ohne gültige Visa zu ihren Müttern nach Hamburg gereist sind, abzuschieben und in ihrem Herkunftsland Ghana in Waisenhäusern unterbringen zu lassen. Das Oberverwaltungsgericht befand diese Praxis für zulässig. Diese inhumane Auslegung des Ausländerrechts ist selbst in Deutschland einzigartig.

Im Juni 2003 begann die Hamburger Ausländerbehörde, die Abschiebung von insgesamt vier Kindern aus Ghana vorzubereiten. Die 13 und 14 Jahre alten Schwestern Gifty und Sylvia Oppong und die ebenfalls 14-jährigen Barbara O. und Thomas A. sollen ausgewiesen werden, da sie ohne gültige Papiere von ihren Müttern nach Hamburg nachgeholt worden waren. Laut Auskunft der Ausländerbehörde sollen Ausweisungen weiterer, auch sehr viel jüngerer Kinder folgen.

Die Ausländerbehörde sieht sich durch das Ausländerrecht legitimiert: Die Kinder seien ohne gültige Papiere nach Deutschland gekommen. Das erfülle den Tatbestand einer "vorsätzlichen illegale Einreise" und damit sei klar, "die müssen wieder raus", so der Behördensprecher Norbert Smekal gegenüber der taz. Die Ausländerbehörde schritt also zur Tat, um sich nicht der "vorsätzlichen Rechtsbeugung" (Smekal) schuldig zu machen. In Amtshilfe organisierte die deutsche Botschaft in Ghana von den dortigen Behörden die Adressen von Waisenhäusern, die die Kinder aufnehmen sollten. Erst werden die Kinder also per Zwang - bei Nichterscheinen der Jugendlichen zu ihrem Abschiebetermin wurde mit Festnahmen gedroht - von ihren Müttern getrennt und dann will die Hamburger Abschiebebürokratie sie in Heime stecken.

Kinder sollen bleiben, wo der Pfeffer wächst

Im Falle der Schwestern Sylvia Oppong und Gifty lebt ihre Mutter, Frau Soder-Blom-Amankwaah, seit Jahren in Hamburg und ist inzwischen hier verheiratet. Vor zwei Jahren versuchte Frau Amankwaah, ihre beiden Töchter legal nach Hamburg zu holen. Die Deutsche Botschaft in Akkra weigerte sich jedoch, den Kindern die nötigen Visa auszustellen: Frau Amankwaah habe sich bisher auch nicht um ihre Kinder gekümmert. Das Verwaltungsgericht Berlin ging sogar noch weiter und behauptete, Kinder und Mutter hätten sich inzwischen einander entfremdet. Zum Wohle der Kinder sei es deshalb sinnvoller, wenn die Geschwister in Ghana blieben. Mütter, die durch Ausländerrecht und Behördenpraxis daran gehindert werden, ihre Kinder sofort nach Deutschland nachkommen zu lassen, werden anschließend von denselben Behörden zu "Rabenmüttern" erklärt, denen man besser nicht die eigenen Kinder anvertraut; ein Lehrstück in der Produktion von rassistischer Stigmatisierung durch die Institutionen der "Ersten Welt". Die Kinder gelangten schließlich Ende letzten Jahres ohne gültige Visa nach Hamburg. Seitdem gehen sie hier zur Schule. Sie gerieten ins Visier der Ausländerbehörde, als die Mutter nachträglich versuchte, ihren Aufenthalt zu legalisieren.

Um die Abschiebungen zu verhindern, gingen die AnwältInnen der betroffenen Familien erst vor das Verwaltungs- und dann vor das Oberverwaltungsgericht. Sie beriefen sich auf die UN-Kinderrechtskonvention, den Artikel 6 Grundgesetz, der die Familie unter besonderen Schutz stellt, und auf die Möglichkeit, in Härtefällen eine Duldung aus humanitären Gründen zu gewähren. Beide Gerichte entschieden zu Gunsten der Ausländerbehörde. Die Gesetzeslage sei eindeutig: Wer illegal einreist, muss abgeschoben werden und kann keine nachträgliche Gewährung eines Aufenthaltsstatus erlangen. Würde man davon abweichen, "so würde dies für den Ausländer einen zusätzlichen Anreiz bilden, sich über das Sichtvermerkverfahren hinwegzusetzen", stellte das Hamburger Verwaltungsgericht fest. Menschenrechte, das Grundgesetz, Schutz der Familie, Kinderrechte - all das gilt offensichtlich nur für Deutsche.

Zum Glück ist in dieser Geschichte für die bisher betroffenen Kinder das letzte Wort noch nicht gesprochen. Sie erschienen nicht zu den vorgesehenen Abschiebeterminen und ihr Anwalt hat eine Petition in der Hamburger Bürgerschaft eingereicht. Die Ausländerbehörde will nun abwarten, was der Petitionsausschuss empfiehlt. Die Berichterstattung in der taz Hamburg hat dazu geführt, dass dieses Thema auch in den anderen Medien Beachtung fand. Und die Hamburger Flüchtlingsorganisationen und antirassistischen Initiativen haben ausreichend politischen Druck erzeugt, um die Hamburger Ausländerbehörde erst einmal auszubremsen.

Schills Sozis fürs Grobe

Der Arbeitskreis Asyl und der Sozialalternative Wohlfahrtsverband (SOAL) haben zusammen mit der Mutter von Barbara O. gegen den Leiter der Ausländerbehörde, Ralf Bornhöft, Strafanzeige erstattet. Die Argumentation der Ausländerbehörde, laut geltendem Recht hätten sie keine andere Handlungsmöglichkeit gehabt, ohne sich selber der Rechtsbeugung schuldig zu machen, sei falsch. Die AnwältInnen wollen zudem prüfen lassen, ob sich die Behörde des Straftatbestandes des versuchten Kindesentzugs schuldig gemacht hat.

Die Ausländerbehörde in Hamburg wurde schon unter Rot-Grün zu einer Institution ausgebaut, die ihr Hauptziel in der Erreichung möglichst hoher Abschiebequoten sieht. Seit Jahren entwickelt sie immer perfiderer Methoden, um Menschen, die aus den Ländern kommen, die nicht für Greencard-tauglich befunden wurden, möglichst ungeniert abschieben zu können. "Schills Sozis fürs Grobe" werden die Abschiebebürokraten in flüchtlingspolitischen Zirkeln genannt: Die Leitung der Behörde ist sozialdemokratisch, kein/e einzige/r MitarbeiterIn wurde unter der neuen Koalition aus Schill-Partei, CDU und FDP ausgewechselt, die immer aggressiveren rassistischen Vorgaben der Politik werden reibungslos umgesetzt. Neu ist nur, dass die Behörde sehr viel ungehemmter und offener auch Verstöße gegen geltendes Recht in Kauf nimmt, um die erwünschten hohen Abschiebequoten zu erreichen. Bei der künstlichen Waisenproduktion könnte es sein, dass sie einen Schritt zu weit gegangen ist.

Miriam Edding

14. Linkspopulismus vs. Konterrevolution. Eine Analyse der politischen Konfrontationen in Venezuela

Autor: Albert Sterr · Rubrik: Venezuela · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:22

Die Debatte um die Einschätzung der Lage in Venezuela ist ähnlich polarisiert wie die politische Lage in dem südamerikanischen Land selbst. Der Meinungsstreit trägt auch hier zu Lande vielfach Züge eines Glaubenskampfes, der sich auf das Pro und Contra zu Präsident Hugo Chávez zuspitzt. Unstrittig ist, dass die alteingesessenen Eliten sowie ihre internationalen Verbündeten den mehrfach in Wahlen bestätigten Präsidenten so schnell wie möglich loswerden wollen. Ein Teil der Opposition ruft offen zu einem Putsch auf. Den Rückgriff auf die unselige Logik, wonach der Feind des Feindes ein Freund sei, sollten wir uns jedoch ebenso verkneifen wie einseitige und apologetische Stellungnahmen. Denn der ausgeprägte Autoritarismus etwa, der Chávez kennzeichnet, kann nicht unwidersprochen bleiben. Die autoritären und demagogischen Züge seines Regierungsstils sind keineswegs zufällige Randerscheinungen, sondern vielmehr Kernbestandteil seiner in sich widersprüchlichen politischen und ökonomischen Konzeption.

Hugo Chávez und seine Bewegung der fünften Republik (Movimento Quinta República, MVR) gelten in den meinungsbildenden Massenmedien als die Hauptverantwortlichen für die extreme politische Instabilität, die Venezuela seit seinem Machtantritt im Jahre 1998 prägt. Hier werden jedoch Ursache und Wirkung verwechselt. Denn das Emporkommen des Fallschirmjäger-Oberstleutnants zum neuen Hoffnungsträger für die verelendeten städtischen Massen war bereits die Folge eines vorher stattgefundenen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bruchs. Geringere Öleinnahmen und die hohe Auslandsverschuldung (2002: 33 Mrd. US-Dollar; Schuldendienst 4-6 Mrd. US-Dollar per anno; Exporte: 26 Mrd. US-Dollar) veranlassten die Regierung Ende der 1980er Jahre zur abrupten Abkehr von der bis dahin praktizierten umverteilungsorientierten Sozialpolitik.

Instabile Verhältnisse seit 1989

Gemäß den Vorgaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) sollte dadurch der Staatshaushalt saniert und die weitere Bedienung der Auslandsschulden gesichert werden. Das Umschwenken von einer ausgeprägt staatsinterventionistischen und auf sozialen Konsens orientierten hin zu einer neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik kostete das politische System die Glaubwürdigkeit. Sozialdemokraten (Acción Democrática, AD) und Christdemokraten (Comité de Organización Política Electoral del Pueblo Independiente, COPEI), die in einer Art Kohabitation das Land seit Ende der 1950er Jahre regiert hatten, wurden mit einem Mal als korrupte Mafia sich schamlos persönlich bereichernder Staatsbankrotteure wahrgenommen. Der Einschnitt ist exakt zu datieren: Es war der "Caracazo" vom Februar/März 1989; eine spontane, militante Massenbewegung gegen die vom damaligen sozialdemokratischen Präsidenten angekündigte neoliberale Schocktherapie, die gewaltsam niedergeschlagen wurde. Seither schliddert das Land von einer politischen Krise in die nächste.

In der von Staatsbetrieben dominierten Ökonomie wurde jeder ernsthafte Versuch einer Neuorientierung weg von der Ölabhängigkeit (2002: 80% der Exporte) aufgegeben. Ein erheblicher Teil der mit Ölgeldern finanzierten Industrien erwies sich als nicht weltmarkttauglich und ging nach Streichung der Staatszuschüsse bankrott. Die Wirtschaftsleistung schrumpfte. Es kam zu Massenentlassungen und zur Implosion der Reallöhne. Auf der anderen Seite explodierte die Armut in dem bis dahin von breiten städtischen Mittelschichten geprägten Land (90% der ca. 25 Mio. Einwohner leben in Städten). Ökonomischer Einbruch, zunehmende soziale Polarisierung und der Grabenkampf zwischen alten korrupten Eliten und deren Gegnern verwirrten sich zu immer neuen Zyklen der Instabilität. Zwar verstärkt die Regierung Chávez durch ihr sprunghaftes und in vielen Fragen inkonsistentes Handeln die Krisenhaftigkeit. Die Annahme bürgerlicher Kommentatoren, dass durch die Abwahl von Chávez mittels eines Referendums die politische Stabilität wieder herzustellen wäre, ist jedoch naiv. Unter den gegebenen Bedingungen ist Ruhe in Venezuela nur als Friedhofsruhe zu haben, mit einem entsprechend hohen Blutzoll.

Revolutionär oder Linkspopulist?

Hugo Chávez, der sich selbst in einer langen Tradition lateinamerikanischer Revolutionäre und Befreiungshelden sieht, kommt weder im engeren, noch im weiteren Sinne aus der Linken, vielmehr ist sein politische Werdegang jener des klassischen "Caudillos", der seine soziale Verantwortung herausstreicht. Als

Resonanzboden für seine Agitation gegen das alte System dient ihm eine nur lose strukturierte und ideologisch sehr heterogene Bewegung, die auf den "Lider" zugeschnitten ist. Die übrigen Führungspersonen wechseln häufig und erlangen/verlieren ihre Bedeutung durch ihre Beziehung zum "Caudillo". Eine wirkliche innerparteiliche bzw. strömungsinterne Demokratie fehlt.

Präsident Hugo Chávez kommuniziert direkt mit seiner Anhängerschaft via Ansprachen bzw. Mobilisierungen. Da es weder eine starke politische Organisation, noch im gesamtstaatlichen Rahmen handlungsfähige soziale Bewegungen gibt, die als Korrektiv wirken könnten, ist seine Machtposition im eigenen Lager unangefochten. Diese Mechanismen sind strukturell zutiefst autoritär. Sie sind überdies in höchstem Maße anfällig für Missbrauch.

Chávez' Denkweise kreist primär um die Nation bzw. die nationale Unabhängigkeit und nicht um gesellschaftliche Klassen und ihre Emanzipation. Sein Gedankengut ist eine zeitgemäße Spielart des sich revolutionär verstehenden Nationalismus, eine Strömung, die in Lateinamerika in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts weit verbreitet war. Er bezieht sich explizit auf den antikolonialistischen Befreier Simón Bolívar und aktualisiert ihn insofern, als er der nationalen Souveränität, dem Antiimperialismus, d.h. einem gehörigen Sicherheitsabstand zu den USA, sowie der Kritik an der neoliberalen Globalisierung einen wichtigen Rang einräumt. Das ist heute ungewöhnlich genug. Dass er gute Verbindungen zu Kuba, Libyen, dem Irak und der OPEC aufbaute, ließ in den USA die Alarmglocken läuten.

Ökonomisch hält Chávez an der Rolle von Staatsunternehmen fest und weigert sich, insbesondere strategische Ressourcen, also vor allem das Erdöl und die staatliche Ölgesellschaft PDVSA, zu privatisieren. Ansonsten verfolgte er nach seiner Amtsübernahme 1998 eine Wirtschaftspolitik, die sich anfänglich von derjenigen seiner Vorgänger nicht unterschied. Erst im Zuge der jüngsten Streiks in der Ölindustrie griff er verschiedentlich mit Zwangsmaßnahmen in das Wirtschaftsgeschehen ein, um den ökonomischen Stillstand zu verhindern. Chávez ist weder ein erklärter Antikapitalist, noch lehnt er Marktmechanismen ab. Er betont jedoch die soziale Verantwortung des Staates. Gregory Wilpert fasste in der New Left Review (Nr. 21/May-June 2003) zusammen, dass Chávez' Wirtschaftspolitik eher von "pragmatischem Durchwursteln und einem Mangel an Fantasie" gekennzeichnet sei als von "übertriebenem Radikalismus".

Kampf um Öl und Land

Diese Art einer staatskapitalistischen Wirtschaftspolitik, die für das nationale und internationale Privatkapital nur eine Rolle als Juniorpartner vorsieht, war typisch für den klassischen Populismus der 1940er bis 1960er Jahre. Typisch ist auch, dass sowohl die alten Eliten, als auch die internationalen Finanzinstitutionen die klassenkämpferischen Untertöne in der zum Teil radikal antioligarchischen Rhetorik fürchten und dagegen eine Strategie der "präventiven Konterrevolution" setzen. In seinem Diskurs geht Chávez von der Zweiteilung der Gesellschaft in "Volk" (pueblo) und Oligarchie aus. Als direkt aus dem Volks stammend, präsentiert er sich als Mittler zwischen den beiden Polen, der als einziger in der Lage sei, Gewaltausschreitungen und Chaos zu vereiteln. Dies, sowie die Betonung nationaler Gründungsmythen und die hervorgehobene Rolle, die er dem Staat in der Ökonomie und gegenüber der Gesellschaft einräumt, deckt sich ebenfalls mit Konzeptionen des klassischen Populismus.

Als qualitativ neue Elemente kommen hinzu die Bündnisbereitschaft gegenüber der Kommunistischen Partei und anderen organisierten linken Kräften sowie die Massenverankerung unter den außerhalb der formellen Ökonomie stehenden städtischen Marginalisierten, die seine eigentliche Massenbasis bilden. Auf Grund der letztgenannten Faktoren scheint es angemessen, Chávez Konzeption als Linkspopulismus zu definieren (vgl. Dieter Boris/Albert Sterr: Die Rückkehr der Caudillos, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/2003). Die konkrete Machtbasis bilden das Militär sowie die institutionelle Legitimität, die aus den gewonnenen Wahlen herrührt.

In den ersten zwei Amtsjahren befasste sich Chávez mit dem Umbau der staatlichen Institutionen, um seine Macht zu festigen. Er ließ eine neue Verfassung verabschieden, wollte die alten Systemparteien AD und COPEI endgültig ausbooten und unternahm Anstrengungen, um in den Gewerkschaften Fuß zu fassen. Als er aber versuchte, den staatlichen Ölkonzern PDVSA an die Kandare zu nehmen, kam es im Dezember 2001 zum ersten großen gesellschaftlichen Zusammenstoß, der die Fronten neu festlegte: auf der einen Seite die Regierung mit den von ihr kontrollierten staatlichen Institutionen, das Militär und der Großteil der Polizei sowie

die Marginalisierten vor allem im Großraum Caracas. Auf der anderen Seite die Leitung des Ölkonzerns, Privatunternehmer, Kirchenhierarchie, Privatmedien und Mittelschichten sowie Arbeiter und Angestellte in formellen Beschäftigungsverhältnissen, also vor allem Staatsangestellte. Die Unternehmervereinigung FEDECAMARAS rief zusammen mit der korrupten Gewerkschaftsbürokratie der CTV (Confederacion de Trabajadores de Venezuela) zum Generalstreik gegen die Gesetzesvorhaben auf, mit denen die Gewinnabführung des PDVSA an den Staat erhöht (diese fielen von 1981 71 Cent pro Dollar auf 2000 39 Cent pro Dollar Öleinnahmen) und die Rückkehr des Ölkonzern unter die Kontrolle des zuständigen Ministerium erreicht werden sollte.

Das Ansinnen von Chávez, ihm genehme Direktoren im staatlichen Ölkonzern zu platzieren, führte im April 2002 und um die Jahreswende 2002/2003 zur wochenlangen Blockade der Ölförderung. Zwar konnte sie mittlerweile wieder aufgenommen werden, die Machtsituation scheint jedoch weiter ungeklärt zu sein. Da der Reichtum des Landes und seine gesamte Ökonomie auf Öl gründen, ist der Kampf um die Kontrolle des Staatskonzerns PDVSA und seine Einnahmen der Hauptschauplatz des Klassenkampfes. Hier vor allem wären die Mittel für eine Sozial- und Wirtschaftspolitik zu beschaffen, die diesen Namen verdienen würde. Eine Transparenz der Ölpolitik und -einnahmen, die auch unter Chávez nicht gewährleistet ist, ist eine der wichtigsten emanzipatorischen Grundforderungen.

Der zweite Hauptschauplatz des Klassenkampfes ist die Landreform, die im November 2001 per Gesetzesdekret verkündet wurde. Sie sieht legale Obergrenzen für Landbesitz vor (je nach Produktivität zwischen 100 und 5.000 Hektar) und droht Großgrundbesitzern, die ihr Land nicht produktiv bewirtschaften, mit Enteignung - zu Marktpreisen. Auf der anderen Seite können Landlose Parzellen erhalten, die sie vererben, aber nicht verkaufen können. Das gesamte Gesetzespaket wird wegen seines Inhalts, aber auch wegen der Form seiner Verabschiedung äußerst kontrovers diskutiert. Bis April 2003 wurden lediglich 200.000 Hektar neu verteilt, wovon ganze 4.500 Familien profitierten. "Gesetze und Intentionen sind eine Sache, deren Implementierung und Resultate ein andere", fasst Wilpert in der New Left Review trocken zusammen. Nichtsdestotrotz verschärft die Angst der Großgrundbesitzer vor der angekündigten Umverteilung die sozialen Spannungen auf dem Land. Allein im vergangenen Jahr wurden über 50 Campesino-Führer ermordet. Die "spektakulärsten Episoden des Klassenkampfes fanden in den Städten statt, während die tödlichste Front des Klassenkampfes im Landesinnern verläuft", so Wilpert.

Putsch, Referendum, Putsch?

Der dritte Schauplatz sind die Elendsviertel der Großstädte. Dort geht es um eine Stadtreform, konkret um die Legalisierung der illegalen Bebauung, die von den Barrio-Versammlungen verlangt wird. Sie würde Rechtssicherheit geben und damit Anknüpfungspunkte für den Auf- und Ausbau öffentlicher Dienstleistungen. Chávez hatte eine Legalisierung ursprünglich auf seiner Agenda, tat jahrelang nichts und verabschiedete zwischen dem großen Streik vom Dezember 2001 und dem Putschversuch im April 2002 plötzlich entsprechende Gesetze - ein sicheres Mittel, um wieder an Popularität zu gewinnen. 2002 konnten jedoch nur 7.000 Familien Besitztitel erwerben. 2003 sollen es angeblich bis zu 500.000 sein. Da es sich bei den zu verteilenden Parzellen in den Städten in ein Drittel bis zwei Drittel aller Fälle ohnehin um Grundbesitz des Staates handelt, könnte die Legalisierung der illegalen Stadtrandsiedlungen sich in der Hauptsache als eine Privatisierung öffentlicher Immobilien darstellen.

Mit der gegenwärtigen Kontroverse um ein Referendum wird eine weitere Etappe des Ringens zwischen Chávez und seinen Gegnern eingeläutet. Meiner Ansicht nach sollte die Linke hier zu Lande zwar eindeutig gegen das undemokratische und putschistische Vorgehen der Opposition Stellung beziehen. Das bedeutet aber nicht, dass Chávez generell unterstützenswert wäre. Denn, so zitiert die von Regierung und Opposition unabhängige Menschenrechtsorganisation PROVEA den Soziologen Edgardo Lander, es gibt "ein radikales Auseinanderklaffen von revolutionärem Diskurs" und den bisher fehlenden "signifikanten Veränderungen der Lebensbedingungen bei den Ärmsten". Der politische Stil des Präsidenten, konfrontativ, verbalradikal, intolerant und ausschließend, habe die Unternehmen und Mittelklassen dazu gebracht, so zu reagieren, als ob in "Venezuela eine sozialistische Revolution stattfände, was jedoch nicht den Tatsachen entspricht". (Informe Anual Nr. 14, Caracas 2003)

Albert Sterr

15. "Vor der Umsetzung in konkrete Politik hat man Angst." Interview mit Roland Denis, Ex-Vizeplanungsminister

Interview mit Roland Denis, Ex-Vizeplanungsminister der Regierung Chávez

Rubrik: Venezuela · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:23

Roland Denis, bis März 2003 in der Regierung Chávez, gehört dem an den Stadtteilbewegungen orientierten Flügel des Bolivarianismus an. Raul Zelik unterhielt sich mit dem politischen Aktivisten der radikalen Basisbewegung Desobediencia Popular über die Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung und ihre Blockaden sowie über die Beweggründe der Beteiligung am bolivarianischen Prozess.

ak: Planungsminister Felipe Pérez und Sie sind vor kurzem aus dem Ministerium abberufen worden. Sie standen für eine Politik, die Entwicklung vor allem als sozialen Prozess betrachtet und haben in diesem Sinne Lokalmacht und Selbstverwaltung zu stärken versucht. Ministerwechsel sind unter Chávez zwar nicht ungewöhnlich - selten ist ein Minister länger als zehn Monate im Amt -, aber die Frage stellt sich natürlich trotzdem: Bedeutet Ihre Abberufung einen Richtungswechsel?

Roland Denis: Weniger ein Richtungswechsel als das Fehlen einer Richtung. Es gibt ein paar allgemein gültige Prinzipien der bolivarianischen Revolution: partizipative Demokratie, Kampf für eine multipolare Welt, Widerstand gegen die Wirtschaftsimperien, Förderung einer alternativen Wirtschaft. Felipe Pérez und ich haben eine radikale Umsetzung der Leitlinien verfolgt. Wir haben uns darum bemüht, die soziale Kontrolle zu vergrößern, den Communities also jene Macht in die Hand zu geben, die nötig ist, um neue Beziehungen zum Staat zu entwickeln, wenn man so will, Beziehungen von Ko-Regierung und Ko-Verwaltung.

Diese Ansätze haben den Widerstand bestehender Institutionen provoziert, d. h. jenes "alten" Staats, der trotz der Veränderung in Venezuela fortbesteht. Es gibt kein konkretes Konzept der Regierung Chávez, wie man die bürokratischen und wirtschaftlichen Interessen im existierenden Staat entmachten könnte.

Wie muss man sich die Auseinandersetzungen im venezolanischen Staat vorstellen? Ist es so, wie die Opposition behauptet, dass Chávez willkürlich ein- und absetzt, gibt es politische Konflikte zwischen der Linken und der Rechten oder handelt es sich einfach um Kämpfe zwischen Seilschaften, die sich Ämter streitig machen wollen?

Staaten sind immer Schauplätze von Hegemoniekämpfen. Die gesellschaftlichen Kräfte versuchen permanent ihre Interessen geltend zu machen.

Der venezolanische Staat befindet sich seit dem rechten Putschversuch vom 11. April 2002 in einer Art Blockade. Während sich die revolutionäre Bewegung in jenen Tagen unglaublich weiterentwickelt haben - es waren ja die Basisorganisationen, die die 24-Stunden-Diktatur von Unternehmerverbandschef Pedro Carmona besiegten -, hat der Staat eine eher konservative Haltung eingenommen. Chávez hat, was ich für einen seiner größten Fehler halte, im April 2002 den Dialog mit der putschistischen Opposition gesucht und Zugeständnisse gemacht. Im Dezember 2002, als die Opposition mit Aussperrungen und Sabotage zum zweiten Mal die Industrie lahm legte, musste sich die Regierung erneut radikalisieren. Allerdings nicht auf Grund einer politischen Entscheidung, denn auch dieser Umsturzversuch wurde von den Basisorganisationen und nicht vom Staat niedergeschlagen.

Der Staat kommt aus dieser Blockade nicht heraus. Es gibt keine konkreten Konzepte für Landwirtschaft, internationale Beziehungen, Entwicklung, Industrialisierung. Man hantiert mit Allgemeinplätzen: Man spricht von endogener Entwicklung und bekennt sich zum Kooperativwesen. Doch vor der Umsetzung dieser Ideen in konkrete Politik hat man Angst, denn man weiß, dass die Förderung einer anderen Wirtschaftspolitik die Gesellschaft grundlegend verändern wird.

Von außen tut man sich mit der Beurteilung der politischen Verhältnisse in Venezuela schwer. In Kolumbien gibt es klare historische Referenzpunkte - die Guerillaorganisationen haben nach wie vor großen Einfluss auf die sozialen Bewegungen. In Venezuela scheint es hingegen keine organische Struktur der Linken zu geben?

Venezuela kann man in dieser Hinsicht tatsächlich nicht mit Kolumbien vergleichen. Hier haben sich die traditionellen politischen Organisationen völlig aufgelöst, und zwar sowohl auf der Linken als auch auf der Rechten. Die Guerillagruppen der 1960er und 1970er Jahren wurden aufgerieben. Auf der anderen Seite sind auch die Referenzpunkte der politischen Rechten zerfallen.

In allen anderen lateinamerikanischen Ländern ist der Staat ein Instrument der Besitzenden, um die Kapitalakkumulation sicher zu stellen. In Venezuela wurde der Staat selbst zum Ort privatkapitalistischer Akkumulation, denn die einzige echte Einkommensquelle des Landes ist die Erdölrente. Alle Strukturen, die sich im Staat bewegten - Gewerkschaften, politische Parteien der Rechten, die reformistische Linke -, sind daran kaputtgegangen. Sie wurden zu einem Bestandteil des Akkumulationsmechanismus.

Wir haben in den 1970er Jahren über neue Wege der Transformation zu diskutieren begonnen. Wir haben uns von den Konzepten bewaffneter Avantgarden verabschiedet und der einzig gangbare Ausweg schien uns ein massiver Aufstand, der allerdings von jenen Teilen im System mitgetragen werden musste, die die Kräftekorrelation grundlegend verändern konnten. Das waren die Militärs. Wir haben ein Bündnis mit Akteuren innerhalb des Staates aufgebaut, die diesen Staat zerschlagen wollten. Dieses Konzept ist schließlich mit dem spontanen, gegen das Sparpaket der Pérez-Regierung gerichteten Aufstand im Februar 1989 und den beiden Umsturzversuchen progressiver Militärs im Februar und November 1992 Realität geworden.

Die in dieser Phase entstandenen Subjekte haben nichts mit dem gemein, was man in westlichen Gesellschaften als politische Akteure kennt: keine Parteien, Organisationen oder Gewerkschaften. Wir nennen das Proceso Popular Constituyente, den von der Bevölkerung getragenen Verfassungsprozess. Wir haben uns nicht darauf konzentriert, Organisationen aufzubauen, sondern auf die Gründung eines neuen Staats hingearbeitet. Man kann den venezolanischen Prozess mit klassischen politischen Kategorien, die von organisierten, um die Macht kämpfenden Minderheiten der Linken und der Rechten ausgehen, kaum beschreiben.

Die Parteien der Regierungskoalition Patriotischer Pol, also MVR (Bewegung 5. Republik), PPT (Vaterland für alle und Podemos (Wir können) spielen also keine Rolle?

Als mobilisierende Apparate vielleicht. Aber das Fehlen einer inhaltlichen Linie dieser Parteien ist wesentlich für das Dilemma der Regierung verantwortlich. Diese Gruppen repräsentieren nicht in erster Linie politische Projekte. Chávez hat versucht, die Kernforderungen der Massenrevolte aufzugreifen und gleichzeitig die realen Verhältnisse im Staat zu berücksichtigen. In diesem Sinne muss man ihm applaudieren, denn er hätte sich auch von den Basisbewegungen entfernen können. Aber trotzdem muss man darauf hinweisen, dass der venezolanische Staat nach wie vor der alte ist. Ein Ort privater Akkumulation, wo die politischen Parteien nicht um ideologische Hegemonie, sondern um Posten kämpfen. Die Parteien des Patriotischen Pols spielen dieses Spiel nach wie vor mit - was natürlich im Widerspruch zu den Grundaussagen des revolutionären Projekts steht. Es gibt hier drei parallele Welten. Es gibt einen revolutionären Prozess, der nicht unbedingt von der Regierung repräsentiert wird. Es gibt eine Regierung, die oft nicht eindeutig Position bezieht. Und schließlich gibt es die rechte Opposition der Kapitalbesitzer und der von ihnen ideologisch kontrollierten Mittelschichten.

Gibt es dennoch einen tief greifenden Transformationsprozess?

Auf jeden Fall. Es gibt einen Prozess von Basisorganisierung, der in dieser Form in der Welt noch nicht zu beobachten war. Es zeichnen sich wichtige Ansätze für eine Kooperativ- und Solidarökonomie ab. An den verschiedensten Orten bilden sich Räume partizipativer Demokratie heraus. All das hat es in anderen Revolutionen und Reformprozessen so noch nicht gegeben. Die Regierung ist nicht Avantgarde des Projekts und deswegen reicht der Prozess auch über die Chávez-Regierung hinaus.

Was müsste geschehen, um den Prozess zu radikalisieren? Welche Schritte müsste die Regierung ergreifen?

Ich habe nicht viele Forderungen an den Staat. Eigentlich nur zwei: Dass er die Effizienz seiner Verwaltung gewährleistet und gegen die Korruption vorgeht und dass er auch weiterhin als Schutzmauer gegenüber den faschistischen Kräften fungiert. Den Rest können wir selbst erledigen. Der Aufbau einer neuen Gesellschaft wird schließlich nicht per Dekret verordnet.

Wir haben die Regierung und die Person Chávez verteidigt und werden das auch weiterhin tun, weil sie einen Schutz darstellen. Aber das heißt nicht, dass wir mit ihnen in jeder Hinsicht übereinstimmen. Die Regierung hat

nicht nur die Rechte gestoppt, sondern oft auch die Basisbewegungen und den sozialen Prozess. Als "Revolution in der Revolution" würden wir bezeichnen, wenn die Regierung tatsächlich anfinge, mit den Massen zu regieren. Nicht indem sie Ministerposten abtritt, sondern die Mechanismen der Entscheidungsfindung grundlegend verändert.

Aber Asamblea-Strukturen in Stadtteilen können die politische Organisierung nicht ersetzen. In Venezuela gibt es keine solche Organisation. Es gibt Gruppen, aber kein übergreifendes Projekt.

Das stimmt. Es gibt jedoch ein Element, das die unmittelbaren Organisationsformen zusammenhält und bündelt: die Person Chávez. Sie repräsentiert nicht die Avantgarde, sondern den massenhaften Charakter dieser Bewegung. Wir haben Anfang der 1990er Jahre davon gesprochen, dass es nicht darum geht, organische Strukturen, sondern Hegemoniefelder aufzubauen. Bereiche, in denen Konzepte hegemonial werden. Mit diesem Ansatz haben viele gearbeitet: Bauern- und Arbeiterbewegungen, pädagogische, kulturelle, soziale und Kooperativnetzwerke. Dabei gibt es natürlich Aspekte, die wir zentralisieren sollten; die sich gemeinsam besser verwalten ließen. Aber als hegemoniales Feld dehnt sich die Bewegung dennoch mit großer Energie aus.

Das Problem sind nicht allein die guten Ideen. In Kolumbien gab es unglaublich gute Publikationen zu Basis-, Barrio- und Bewusstseinsarbeit. Was das Konzept der Poder Popular (Volksmacht) angeht, verdanken wir den Kolumbianern sehr viel. In Venezuela haben sich diese Konzepte jedoch vermasst. Sie sind zu einer politischen Praxis geworden, und Hugo Chávez interessanterweise zu ihrem Sprecher. Ich glaube, dass Chávez über diese Konzepte nicht viel weiß. Aber die Massenbewegung hat die Inhalte an ihn herangetragen und, weil er weiß, dass er mit dieser neuen Hegemonie, mit diesem Traum einer anderen Welt leben muss, verbreitet er sie.

Das alles würde ich als großen zivilisatorischen und kulturellen Triumph bezeichnen. In Venezuela hat sich gezeigt, dass ein sozialer Prozess auch ohne organische Avantgarden in Gang gesetzt werden kann - vielleicht sogar viel erfolgreicher; dass Netzwerke und Bewegungen die klassischen Organisationen ersetzen können.

Wie wird sich die Situation in Venezuela entwickeln?

Das Wahrscheinlichste ist, dass sich der Konflikt verschärft. Von Kuba und ein paar anderen Ausnahmen einmal abgesehen, ist Venezuela die große Anomalie in der Welt. Eine Anomalie, die man beseitigen wird. Oder um es in den Worten der Opposition auszudrücken: "Die chavistische Seuche muss ausgerottet werden." Und das bedeutet nicht, das Projekt an den Urnen zu besiegen, sondern seine Vertreter physisch zu eliminieren. Bedauerlicherweise haben die Medien dafür gesorgt, dass sich in den Mittelschichten eine politisches Subjekt herausgebildet hat, das eine solche Vernichtung der chavistischen Bewegung nicht nur begrüßen, sondern sich auch aktiv an ihr beteiligen würde. Diese Kampagne läuft im übrigen bereits. Paramilitärische Gruppen haben in den vergangenen drei Jahren 70 Bauern-Aktivisten ermordet. Fast alle politischen Morde der letzten vier Jahre sind an Regierungsanhängern verübt worden.

Interview: Raul Zelik

16. Soziale und Menschenrechte in Venezuela

Rubrik: Venezuela · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:28

Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge aus dem Bericht der von Regierung und Opposition unabhängigen Menschenrechtsorganisation PROVEA Informe Anual Nr. 14 zur Situation der Menschenrechte in Venezuela für das Jahr 2002. Ein vollständige Fassung ist abrufbar unter: www.derechos.org.ve. PROVEA stellt allgemein fest, dass in der Regel die staatliche Politik auf eine Verbesserung der sozialen und bürgerlichen Rechte abhebt. Allerdings weist die Organisation darauf hin, dass in allen Bereichen Umsetzungsdefizite bestehen. Dass Vorhaben nicht oder nur unzureichend in konkrete Politik umgesetzt wurden, stellt PPOVEA für den gesamten Komplex der sozialen Rechte fest, weswegen wir mit einer Ausnahme auf eine Dokumentation verzichtet haben. Neben Planungs- und Koordinationsmängeln macht PROVEA dafür die politische Polarisierung in Venezuela verantwortlich. Deren Folge ist zum einen ein realer Einkommensverlust sowie die Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Armut. Die Bilanz von PROVEA für die bürgerlichen Rechte fällt ähnlich aus, auch wenn die staatlichen Repression das niedrigste Niveau seit 1998 erreicht hat. Verantwortlich dafür ist das Fehlen einer Politik der Demokratisierung, die alle Ebenen der öffentlichen Verwaltung durchzieht. Auch macht sich hier wiederum die Polarisierung des Landes und die Politisierung der Sicherheitsorgane bemerkbar. Große Sorge bereiten die Existenz von Todesschwadronen und der Zustand der Justiz.

Recht auf Leben

Das Recht auf Leben wurde in 175 Fällen verletzt, wobei diese Zahl einen Rückgang um 27% im Vergleich zum vorherigen Berichtszeitraum bedeutet (241). Allerdings gehört sie immer noch zu den höchsten Zahlen seit 1992. Wie im vorherigen Berichtszeitraum gehen viele Fälle auf Aktionen der Todesschwadronen zurück, die offenkundig in Zusammenarbeit mit Polizeikräften agieren. 48 Menschen verloren ihr Leben durch Aktionen der Todesschwadronen. In 63% der Fälle wurden die Provinzpolizeien für Vergehen gegen das Recht auf Leben verantwortlich gemacht, in 13% die Stadtpolizeien, in 8% das Korps für wissenschaftliche, strafrechtliche und kriminalistische Investigationen (Cicpc) und in 7% die Streitkräfte. In rund 82% der Fälle handelte es sich um gezielte Exekutionen. Dieser Anteil ist seit 1989 mehr oder minder konstant geblieben. Oftmals versucht die Polizei diese extralegalen Hinrichtungen zu verschleiern, in dem sie angibt, in Notwehr gehandelt zu haben oder das Opfer habe Widerstand geleistet.

Persönliche Freiheitsrechte

Die Verletzungen und Einschränkung der persönlichen Freiheitsrechte erhöhte sich um 7%. Zu willkürlichen Verhaftungen kam es vor allem bei Massenfestnahmen (96%), gefolgt von Verhaftungen bei Demonstrationen (2%) und Einzelfestnahmen in 1,5% aller Fälle. In der Mehrheit waren die Provinzpolizeien für die Verletzungen der persönlichen Freiheitsrechte verantwortlich.

Recht auf persönliche Integrität

Bei der Verletzungen des Rechts auf persönliche Integrität gab es weniger Anzeigen, doch erhöhte sich die Anzahl der Opfer um 60%. Um 46% gestiegen sind die Fälle, bei denen grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlungen angezeigt wurden. So wurden 120% mehr Verletzte als im vorherigen Berichtszeitraum bekannt. Nur bei der Folter mit insgesamt 17 Opfern konnte ein Rückgang von 54% registriert werden. Das ist die niedrigste Zahl seit 1989.

Recht auf Demonstrationsfreiheit

Verletzungen des Rechts aufr Demonstrationsfreiheit wurden mit einem leichten Zuwachs von 0,3% registriert. Von 1.141 registrierten Demonstrationen wurden 45 verboten, verhindert oder behindert. Hier zeichnet sich eine Tendenz zum bessern ab, die seit 1989 zu beobachten ist. Insgesamt wurden 162 Verletzte bei Demonstrationen registriert und der Todesfall eines elf Monate alten Kindes bei einer verbotenen Demonstration.

Recht auf Gerichtsbarkeit

Die Unabhängigkeit des System der Justiz wurde durch die Einmischung anderer öffentlicher Stellen und durch die Politisierung innerhalb der Justiz eingeschränkt. Viele Verstöße waren im Berichtszeitraum auch gegen das

Recht auf einen fairen Prozess vor einem zuständigen Gericht zu verzeichnen. Alleine in Caracas liegen ca. 2,3 Millionen Anzeigen vor, die von lediglich 74 Staatsanwälten zu bearbeiten wären. Die zeitliche Befristung von Richterstellen ist eines der schwerwiegendsten Probleme der Justiz. Von 1.772 Richtern haben über 75% befristete Zeitverträge.

Rechte der Inhaftierten

Die Anzahl der Häftlinge ist im Vergleich zu 2001 um 15% gestiegen. Allgemein ist festzustellen, dass es dem Staat nicht gelungen ist, die Verbesserungen im legislativen Bereich mit einer entsprechenden administrativen Politik zu begleiten. Die Lebensumstände der Gefangenen haben sich extrem verschlechtert. Im erstem Semester 2002 verstarben 147 Häftlinge und 683 Inhaftierte wurden bei gewaltsamen Auseinandersetzungen verletzt. In Vergleich zum vorherigen Berichtszeitraum ist das ein Zuwachs von rund 30%, wobei die Zahl der Leichtverletzten um 1,4% abnahm.

Presse- und Meinungsfreiheit

Die Presse- und Meinungsfreiheit ermöglichte den breiten Austausch der Meinungen. In den Medien konnten Kontroversen offen ausgetragen werden, wobei gleichzeitig festgestellt werden muss, dass die wichtigsten privaten Medien nur einseitig berichten. Trotzdem ist ein Zuwachs an physischen Attacken und Angriffen auf die Medien und ihre Repräsentanten durch unbekannte Privatpersonen zu verzeichnen, die Mehrheit davon bleiben unbestraft. Diese Situation erzeugt ein Klima der Unsicherheit, was insgesamt die Grundgarantien der Presse- und Meinungsfreiheit negativ beeinflusst. Auch stiegen die Konflikte zwischen den Medien und staatlichen Beamten. Verhaftungen von Journalisten oder die Schließung von Medien gab es nicht, außer während der De-facto-Regierung von Pedro Carmona. Zwischen dem 11. und 14. März 2002 bildeten die wichtigsten privaten Kommunikationsmedien einen Informationspool zu Gunsten Carmonas. Im Berichtszeitraum wurde 115 Fälle des Verstoßes gegen die Meinungsfreiheit und des Rechts auf Information registriert. Dafür waren in 52 Fällen direkt der Staat, in 63 Fällen Privatpersonen verantwortlich. Die Fälle, bei denen die Täter Privatpersonen sind, werden auch aufgeführt, da der Staat in gewisser Weise hier auch Verantwortung trägt, weil er diese Personen nicht bestraft oder behindert.

Recht auf Gesundheit

Die Richtungsänderung der staatlichen Politik im Gesundheitswesen konnte den Zusammenbruch des öffentlichen Gesundheitssystem nicht verhindern. Die öffentlichen Investitionen im Gesundheitswesen stiegen um 0,8 Punkte des BIP im Vergleich zum Jahr 2001. Das Budget des Ministeriums für Gesundheit und soziale Entwicklung (MSDS) stieg um knapp 40% und lag damit über der Inflationsrate von 12,3%. Allerdings wurde im ersten Quartal des Fiskaljahres 2002 das Budget gekürzt, so dass manche Programme des MSDS davon betroffen waren. Das Projekt des MSDS für eine kostenfreie medizinische Versorgung konnte nicht in vollem Umfang umgesetzt werden. Entsprechende Maßnahmen wurden nicht konkretisiert, so dass weiterhin die Patienten selbst für die Kosten für Verbrauchsmaterial, Medikamente, Operationen und Spezialbehandlungen aufkommen müssen. Positiv ist allerdings hervorzuheben, dass das MSDS im Jahr 2002 vorrangig die Impfprogramme ausgeweitet hat. Dafür wurden zusätzliche 2,5 Mil. Bolivares (ca. 1,4 Mio. EURO) aufgewendet.

17. Reportage aus Caracas über den Anarchismus des "bolivarianischen Prozesses"

Eine Reportage aus Caracas über den Anarchismus des "bolivarianischen Prozesses"

Autor: Raul Zelik · Rubrik: Venezuela · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:04

Eine Reportage aus Caracas

über den Anarchismus des "bolivarianischen Prozesses"

Stadtdruckerei Caracas, Buchbindeabteilung, die Falzmaschine rattert. Joel, Falzmaschinenverantwortlicher, steht neben der KOLBUS und stellt die Schrauben nach.

Die KOLBUS pustet Blätter vom Papierstapel, schiebt diese einzeln vorwärts, falzt sie einmal, transportiert den gefalteten Bogen nach hinten ab (wir erreichen die Rückseite der KOLBUS), falzt ein zweites Mal, wir erreichen erneut das Ende der KOLBUS, sozusagen die Seitenseite, und reduziert die Bögen ein drittes Mal auf die Hälfte. Und das mit einer Geschwindigkeit von 120 Blatt pro Minute. Ich habe keine Zeit, die Fähigkeiten der KOLBUS zu bestaunen, ich muss die Papierbögen - 16 Seiten, noch nicht geschnitten - aus der Ablage nehmen und stapeln. Eine Hilfstätigkeit, aber nicht verantwortungslos: Wenn die Bögen nicht sauber auf Kante liegen, fallen die Stapel später um. Außerdem überwache ich die KOLBUS; ich bin die Qualitätskontrolle. Bögen, die sich überhaupt nicht auf Kante legen lassen, sind falsch gefalzt. Wir werfen nichts weg. Diese Druckerzeugnisse haben Gebrauchswert, politischen Gebrauchswert.

Seite 7, Frage (kursiv gedruckt), Marta Harnecker: "Du hast gesagt, dass du auch Marx studiert hast, wenn auch, wie du bekennst, nur oberflächlich, so dass man dich nicht als Marxisten, aber auch nicht als Anti-Marxisten definieren kann. Du meinst, dass Marx nicht ausreicht, weil es in Lateinamerika keine Arbeiterklasse im marxschen Sinne gebe ..." Ich komme nicht bis zur Antwort des Präsidenten. Wenn hier jemand nicht Arbeiterklasse im klassischem Sinne ist, dann ich. In der Seitenablage beginnen sich die Bögen zu stapeln, d. h. eben nicht zu stapeln, sondern zu häufen. In Anbetracht meines Versagens stellt mir Joel freundlich - in der Imprementa Municipal sind alle auffallend freundlich zu Gästen - Ramón zur Seite, einen kleinen glatzköpfigen Springer, der wiederum ziemlich klassische Arbeiterklasse ist. Für die Revolution interessiert er sich weniger. Dafür für die Kolleginnen von der Sortierstraße. Er stellt mir nebenbei - für Ramón sind 120 Bögen pro Minute natürlich ein Klacks - Clara vor, "Clara steht auf Deutsche". Clara, Afro-Venezolanerin, Anfang 40, legt die gefalzten Bögen in die richtige Buchreihenfolge. "Ein Kumpel von mir aus den Anden", Ramón schnalzt mit der Zunge, "so ein Blonder, weißt du, der hat sich unten in Barlovento gar nicht vor Frauen retten können. Die stehen da auf Blonde. Die haben sich um den geschlagen. Dabei ist er gar kein Deutscher. Nur blond."

Produktionsmittel fürs Barrio

Auch dieses Thema vertiefen wir nicht. Die KOLBUS hat einen Hau, Joel ruft mich, die Walze per Hand zu bedienen, damit er nachjustieren kann, und erklärt mir dabei die Funktionsweise der Maschine. "Damit du was lernst." In der Imprenta Municipal sind immer alle darum bemüht, dass die Freiwilligen auch etwas lernen.

Die Stadtdruckerei von Caracas ist eine vergesellschaftete Fabrik. Allerdings nicht so sehr von der Belegschaft vergesellschaftet als vielmehr von der Unternehmensleitung. Mit dem Regierungswechsel von 2000 haben ein paar Linke die Direktion übernommen und die Anlage Community-Organisationen und Barrio-Bewohnern als Produktionsmittel zur Verfügung gestellt.

Ich habe das erst vor ein paar Tagen zufällig erfahren. Ich stand mit Produktionsleiter Victor und Layouter Manolín am Hinterausgang einer Lagerhalle und habe Bier getrunken, während drinnen eine baskische Solidaritätsbrigade über die Situation bei sich zu Hause erzählt hat. Und dabei hat Manolín bemerkt, dass sie eigentlich nie in einer Institution arbeiten wollten: "Mann, der Staat ... Der Staat war das Letzte für uns. Aber Victor und Rubén haben sich drauf eingelassen." Und Victor hat hinzugefügt, dass das, was sie in der Druckerei machen, "natürlich streng genommen illegal ist. Aber was ist schon legal? Das ist doch eine Revolution, oder? ... Oder soll zumindest eine werden." "Streng genommen illegal": An den Wänden in der Druckerei hängen Plakate von Che und Chávez, in der Lagerhalle am Hinterausgang übernachtet gerade eine

Gruppe kolumbianischer Demonstranten - in der Woche zuvor waren ein paar Katalanen da. Und neben der Belegschaft, ungefähr 200 Angestellten, gibt es immer auch Freiwillige, die kostenlos mitarbeiten. "Na ja, kostenlos ... Es gibt einen Fonds, wo die Arbeiter freiwillig einzahlen können, und das wird dann unter den anderen verteilt." Ich war natürlich sofort Feuer und Flamme für diese eigenartige Fabrik - ich meine, Anarchismus ist langweilig, im Grunde genommen auch nur eine Sekte, nur ideologischer. Aber Anarchismus aus dem Staat heraus, das ist wirklich mal etwas Kreatives. "Das würde ich mir gerne mal anschauen", habe ich gesagt, und Victor hat mich zurechtgewiesen: "Anschauen? Wenn du hier was anschauen willst, musst du schon mitarbeiten."

"Der Staat war das Letzte für uns"

Wir haben den Stapel "Du hast gesagt, dass du auch Marx studiert hast ..." durch, genauso wie die Seiten "Gegen-Revolution ohne Revolution" und "Chávez: Ich erinnere mich an Toni Negri und seine Studien zur Verfassunggebenden Macht", und ich darf die gefalteten Blätter hinüber auf eine Palette bei den Sortiererinnen tragen. Ramón ist spurlos verschwunden, wahrscheinlich sitzt er bei den Hefterinnen hinten und redet über Blonde, Joel justiert wieder einmal nach. Die KOLBUS ist schon etwas älter und kann die Schrauben nicht mehr halten. In diesem Augenblick kommt Eduardo vorbei. Die obligatorische Frage: "Hast du was gelernt?" Eduardo ist für die Betreuung der Freiwilligen zuständig. "Jetzt machst du im Sekretariat weiter. Damit du noch was Anderes lernst." Nach viereinhalb Stunden Auf-Kante-stapeln warten neue Aufgaben auf mich.

Neue Aufgaben: Antonia erklärt mir die Bedienung des Kopierers. Ich bin zwar kein Angehöriger der Arbeiterklasse im marxschen Sinne, aber einen Kopierer habe ich schon einmal bedient. Während die Maschine Einladungen zu einem Forum gegen das ALCA auswirft, "20 Argumente, warum die Freihandelszone das imperialistische Verhältnis zwischen den USA und Lateinamerika festschreiben wird", erzählt mir Antonia, dass sie auch eine Freiwillige ist. Was heißt "auch"? Eine richtige Freiwillige: "Sieben Tage die Woche." Ich mache ein entsetztes Gesicht, aber sie lächelt. Eigentlich kommt sie aus einer Sportorganisation. Auch das ist kreativ in Caracas: In der Stadt kommen politische Aktivisten immer entweder aus Kultur- oder Sportinitiativen. Es gibt sogar einen revolutionären Sportlerverband. "Permanent sind wir in der Druckerei um die 30 Freiwillige. Aber dazu kommen noch die Leute, die nur manchmal da sind." Sieben Tage? Immer noch mein Entsetzen. "Ja, hier ist immer jemand da. Sogar nachts." Das stimmt. Als ich neulich um elf Uhr abends vorbeikam, hat Rubén, der Direktor, mit ein paar Leuten an der Ausgabehalle Domino gespielt.

Rubén hat eine ziemlich gelassene Ausstrahlung. Ich meine, für einen Sowchosen-Kommandanten. Und vor der Tür haben Kinder gekickt. Der Kopierer verstummt, das Papier ist alle. "Wir gehen hinten in die Druckerei." Antonia zeigt aus dem Fenster. Im Hauptgebäude sind nur die Verwaltung, Layout und die Bindeabteilung untergebracht. Wir verlassen also das Hauptgebäude und überqueren einen Parkplatz. Polizisten der Policía Metropolitana stehen herum, wir grüßen nicht. Auf dem Gelände sind verschiedene städtische Einrichtungen untergebracht. Es gibt ein Büro der Policaracas, die der links regierten Gemeinde Libertador untersteht, und einen Parkplatz der von der Opposition kontrollierten Policía Metropolitana. Die Metropolitana hat im vergangenen Jahr an die 40 Regierungsanhänger bei Demonstrationen erschossen und mehr als 100 verletzt. Caracas ist wirklich eine sehr komische Stadt.

Wir erreichen die Produktionshalle. Ich frage Antonia, ob die Festbeschäftigten die Freiwilligen nicht als Konkurrenz ansähen. "Nervt die das nicht?" "Nein", antwortet sie, "viele finden das gut. Obwohl viele auch nicht." Weil viele für den "revolutionären Prozess" seien, aber viele eben auch nicht. Sehr dialektisch.

Buchbinden in "befreiter Zone"

An einer Schneidemaschine lässt sich Antonia Papierbögen auf DIN-A-4-Format schneiden. "Das ist billiger." Ich trage die Pakete ins Sekretariat zurück, darf die Blätter dort aber nicht in den Kopierer einlegen, weil die Behandlung von Papierstapeln, "man muss die Blätter auseinander pusten, damit die nachher nicht den Einzug verstopfen", etwas für Fortgeschrittene ist. Das Kopieren dauert eine fröhliche halbe Stunde, in der sich der Auftraggeber der Flugschrift als Guerilla-Veteran der 1960er Jahre entpuppt. Er erzählt über Reformisten, Pro-Chinesen und Rechtsabweichler, an denen die venezolanische Revolution damals gescheitert sei. Als er geht, gibt es im Sekretariat nicht mehr wirklich etwas zu tun. Mittlerweile ist es 15 Uhr. An so einem Arbeitsplatz fragt man sich manchmal wirklich, wo die Zeit geblieben ist. Ich schaue kurz bei den Buchbindern

vorbei, die laut Eduardo "eine befreite Zone" in der Druckerei eingerichtet haben, kann aber nicht mit den Leuten aus der Zone reden, weil mich der Bindeverantwortliche zum Einpacken schickt. 20.000 Flugzettel eines Gemeinderats müssen verschnürt werden. Ich nehme die Aufgabe guter Dinge in Angriff. Ausnahmsweise einmal etwas Praktisches, das ich kann. Vor sechs Jahren habe ich einmal in einem Softwareversand in der Postabteilung gearbeitet. Ich weiß sogar noch die bundesdeutschen Postpreise von 1996 auswendig. Bis zum Feierabend umklebe ich die Zettel mit Banderolen und feiere den anarchistischen Charakter der ersten Revolution des 21. Jahrhunderts.

Raul Zelik

18. Den Terror bezwingen. Ariel Dorfmanns neues Buch über "den langen Schatten General Pinochets"

Autor: Thomas Ebermann · Rubrik: Chile; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:11

"Einer von ihnen ist ein chilenischer Handwerker, den ich Rolando nenne. Meister Rolando hat während der letzten zehn Jahre Gelegenheitsarbeiten für uns in Chile erledigt: als Zimmermann, Maler, Klempner, ein bisschen von allem ... Er führte Dutzende von Gesprächen mit meiner Frau Angélica - aber heute rief sie mich aus Santiago an, um mir zu erzählen, dass gestern, als Meister Rolando sich nach einem Vormittag, an dem er Lecks behoben und Türen geölt hatte, zum Mittagessen setzte, er ihr zum ersten Mal, seit sie sich kennen, sein schreckliches Erlebnis anvertraut hat.

Ein paar Jahre nach dem Putsch - Angélica sagte, seine Stimme habe sehr sachlich geklungen - war er von General Pinochets Polizei verhaftet und gefoltert worden. Rolando arbeitete damals als Hausmeister in einer Schule und seine Folterer wollten, dass er seine Kollegen anzeige, jeden Lehrer nenne, der in subversive Aktivitäten verwickelt sein könnte. Es war eine kurze Haft gewesen. Zwei, drei Tage und dann hatten sie ihn gehen lassen. ER hatte seinen Job verloren, litt einige Monate unter körperlichen Schmerzen und an seelischen Schäden für wer weiß wie lange. Und er hatte geschwiegen. Bis jetzt."

Was Ariel Dorfmann, der Weggefährte Allendes, der jüdische Intellektuelle, der Sohn eines Interbrigadisten des spanischen Bürgerkriegs, der zu Weltruhm gelangte Schriftsteller, hier berichtet, spielt im Dezember 1988. Weil Pinochet, jedenfalls vielleicht, nicht mehr unbestrafbar ist, weil er in London der Anklageerhebung beiwohnen musste, kann Rolando - und viele andere, die Dorfmann vorstellt - über das Erlittene sprechen. Die Sehnsucht, es dürfe nicht ungesühnt sein, was Pinochet, sein Militär, seine Folterer da verbrochen haben, beherrscht jene, die weder zur Tagesordnung übergehen wollen noch können, in konkreter Fantasie und im Traum: "Wenigstens einmal vor Ihrem Tod sollten Ihre Augen den Blick der schwarzen und klaren Augen dieser Frauen ertragen, deren Söhne und Männer und Väter und Brüder Sie entführen und verschwinden ließen, einer Frau und dann der nächsten und dann der übernächsten ...

Für sie wünsche ich mir die Gelegenheit, Ihnen mitzuteilen, wie ihr Leben durch einen Befehl von Ihnen, den Sie nie zurückgezogen haben, zerstört und verwüstet wurde. Ich stelle mir gerade vor, was passieren würde, wenn Sie Tag für Tag den endlosen Geschichten ihrer Opfer zuhören müssten. Wenn Sie dazu gezwungen würden, ihre Existenz anzuerkennen."

Sehnsucht: Es darf nicht ungesühnt sein

Zur Versöhnung sollen sie, die Opfer, bereit sein, sagt man ihnen. Aber wie soll das gehen, selbst wenn's gewollt wäre, mit jenen, die so glücklich waren, als Pinochet als freier Mann aus Großbritannien nach Chile zurückkehrte: "In der Fernsehübertragung werden die Straßen des Barrio Alto von Santiago gezeigt - das Wohnviertel der Wohlhabenden in den Bergen - die mit chilenischen Fahnen geschmückt sind und in denen blumenverzierte Matronen aus Dankbarkeit über die Befreiung ihres Führers weinen." - "Wie soll man sie dazu bringen, uns zuzuhören, jetzt wo sie fest davon überzeugt sind, dass allein eine Rückkehr der Militärherrschaft uns klar machen würde, dass sie diesen Krieg gewonnen und wir ihn verloren haben?"

Der Druck, es nun endlich einmal gut sein zu lassen, nicht immer mit der Vergangenheit zu nerven, ist allerdings einer, der auch von denen, die nie Anhänger Pinochets waren, unter Berufung auf Besonnenheit ausgeübt wird: "Aber die größte Hürde würde tatsächlich von vielen entschiedenen Gegnern der Diktatur geschaffen, die, einmal im Amt, sich als übertrieben vorsichtig und unangebracht pragmatisch erwiesen. Sie fürchteten, vielleicht aus gutem Grund, dass der kleinste Versuch, den Tyrannen vor Gericht zu stellen, das fragile Gleichgewicht des politischen Übergangs zerstören und ihre Beziehungen zu den Mächtigen der chilenischen Wirtschaft gefährden würde. Aber diese Furcht wurde auch zu einem Vorwand. Im Namen des ‚Realismus' richteten sich die ehemaligen Dissidenten in einen feigen Konsens ein, wonach es das Beste sei, die Vergangenheit langsam sterben zu lassen, die Menschenrechtsverletzungen von gestern langsam zu vergessen. Sie beten dafür, dass Pinochets Ableben das Problem für sie lösen möge."

Jenseits klassischer politischer Lager, den Anhängern Pinochets und den das Arrangement suchenden Realisten, zeigt Dorfmann ein gesellschaftliches Segment, dessen Wunsch nach Unbeschwertheit, Lebensfreude, scheinbarer Arglosigkeit, jene isoliert, die beim Spaß nicht dabei sein mögen. "Eine bunte Schar von etwa hundert Studenten, verkleidet wie mittelalterliche Narren, ihre Gesichter in allen Farben bemalt, einige von ihnen auf riesigen Stelzen, paradierten auf einer der Hauptstraßen Santiagos, um die Leute zu einem Festival des Universitätstheaters einzuladen ... Mir gefielen ihre Sprünge und Gaukeleien, sie spielten die Narren, tanzten vor Lebensfreude ... Als sie vorbeigezogen waren, tauchte jedoch, nicht einmal zwanzig Meter hinter ihnen, eine andere Gruppe auf, die langsam und feierlich über denselben Platz zog: die Mütter, Töchter, Frauen von Verschwundenen, die Vereinigung der Angehörigen von Gefangenen, die ohne Gerichtsverfahren hingerichtet wurden und die Bewegung gegen die Folter ... Sie erinnerten mich daran, dass es eine tiefe Kluft in diesem Land gibt, zwischen den ausgelassenen bunten Universitätsstudenten ... und dem unerträglichen Schmerz dieser Frauen. Chile ist ein Land, in dem so etwas Normales und Wundervolles wie die Freude der Jugend an ihrer eigenen Energie und Fröhlichkeit herausgefordert wird durch eine traumatische Vergangenheit, die sich nicht einfach verdrängen lässt. Ein Land, in dem das Leben nicht weitergehen kann, bis das Leben, das hier zerstört wurde, zu seinem Recht kommt."

Das Buch, dessen Lektüre ich hier empfehle, hat weitere Schwerpunkte, die hier unerwähnt blieben: Rückblicke auf die Zeit vor und nach dem 11. September 1973, präzise Schilderungen grausamster Folter, akribische Aufarbeitung der Anstrengungen, Pinochet anzuklagen und der Gründe, warum die Abnahme seiner Fingerabdrücke, die Dorfmann so sehr wünscht, doch nie geschah. Außerdem zieht der Autor weit über Chile hinaus weisende Schlüsse, über einen humanistischen Fortschritt der Menschheit mittels eines Internationalen Strafgerichtshofs. Öfter setzt er Pinochet und Milosevic, dessen Status als Angeklagter in Den Haag ihn erfreut, gleich. Wer also Bücher nur mit Gewinn lesen zu können glaubt, wenn er alle Schlussfolgerungen teilen kann, dem sei abgeraten.

Einen Eindruck vermittelt Dorfmann von der Schwere der Niederlage von 1973, der Totalität des Sieges der Militärdespotie. Wenn der KB, dem ich damals ja angehörte, in den Jahren nach 1973 plakatierte "Der Widerstand lebt", war das eine - bewusste oder unbewusste - Lüge. Eine Lüge, die vielleicht insofern plausibel war, als ohne sie das Spendenaufkommen für den MIR geringer ausgefallen wäre, weil absolut Geschlagene damals nicht hoch im Kurs standen. Eine gewisse Aufladung mit Sinn (auch bei Dorfmann anzutreffen), die den Tod der Junta-Opfer als "nicht vergeblich" stilisiert, war uns damals eigen (vgl. ak 475).

Die Geister der Opfer sprechen nicht

Das, meine ich, war ein vergleichsweise harmloser Fehler, gemessen an dem Vorspann des einleitenden Textes, der die Seiten, die in der letzten ak der Erinnerung an den 11. September 1973 und seinen Folgen gewidmet sind, einleitet und kontextualisieren soll.

Der 11. September 2001, wird da Arundhati Roy zitiert, enthalte eine "Botschaft", die "durchaus unterzeichnet sein (könnte) von den Geistern der Opfer von Amerikas alten Kriegen ... in Chile ..." Das, fährt der Vorspann fort, drücke "für eine ganze Generation von Linken in der Welt und in der BRD das spontane Empfinden an diesem 11.9.2001 aus." Die Autoren hatten am 11.September 2001 ein Empfinden, welches bis heute anhält. Es war kein Mitgefühl mit den paar Tausend, die da im World Trade Center krepierten; keine spontane oder wenigstens später reflektierte Abscheu vor der reaktionären Tat. Um ihrem Empfinden qualitative Aufwertung zu verleihen, war es das einer ganzen Generation (aus der zum Beispiel ich ausgeschlossen bin); um ihrem Empfinden moralische Aufwertung zu verleihen, wird es von den "Geistern der Opfer", die sich bekanntlich nicht zu Wort melden, also ihrer Instrumentalisierung nicht widersprechen können, geteilt. Jede Zeile, die dem Vorwort folgt, so richtig und erkenntnisreich sie sei, ist durch dieses beschädigt - oder vielleicht sogar zerstört.

Thomas Ebermann

Am 22. September lesen Sylvia Wempner, Rolf Becker und Michael Weber aus dem soeben erschienenem, hier vorgestellten Buch "Den Terror bezwingen" (Konkret Literatur Verlag) und tragen Dorfmanns Theaterstück "Der Tod und das Mädchen" (Fischer Taschenbuch) als szenische Lesung vor; Hamburg, 22.9., 20 Uhr, Polittt-Büro, Steindamm 45, 20095 Hamburg, Kartentelefon: 040/28055467, www.polittbuero.de

19. Arbeitsdienst für Studierende, Knast für die Presse. Eritrea zwei Jahre nach der Verhaftungswelle gegen DissidentInnen

Rubrik: Eritrea · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:40

Im September jährt sich zum zweiten Mal die Verhaftungswelle gegen kritische DissidentInnen im kriegsgebeutelten Eritrea. Warum wurden KritikerInnen und Presse mundtot gemacht? Wie sieht ihr Kampf und ihre Situation heute aus?

Vor zwei Monaten, vom 18.7. bis 20.7.03, fand in Frankfurt das alljährliche "Eritrea-Festival" statt. Eine Gelegenheit für die ca. 16.000 Menschen zählende community in Deutschland, sich zu treffen und drei größtenteils von Kultur und Musikprogramm geprägten Tagen beizuwohnen.

Das im Eingangsbereich ausgestellte überdimensionale Bild vom Präsidenten Eritreas, Isaias Afeworki, erinnerte alle BesucherInnen daran, dass dies der falsche Platz für kritische Stimmen hinsichtlich der politischen Situation in Eritrea sei.

Entsprechend war denn auch das Programm gestaltet. Musik, Tradition und Kulturpflege nach dem üblichen Propagandastil der Einheitspartei Eritreas Peoples Front for Democracy and Justice (PFDJ) dominierten. Wie die Antwort auf die Frage nach Musik des sehr beliebten eritreischen Musikers Wedi Tukul ausgefallen wäre, kann man nur raten. Wedi Tukul, der bereits zwei Gefängnisaufenthalt hinter sich hat, wurde bei seiner Rückkehr aus den USA Mitte 2003 erneut inhaftiert.

Der 18. September ist im kollektiven Bewusstsein der EritreerInnen in- und außerhalb des Landes nicht von der Verhaftungswelle im September 2001 zu trennen. Bald nach dem Waffenstillstand zwischen Äthiopien und Eritrea im Juni 2000 blühte eine kurze Kultur der kritischen politischen Diskussion in Eritrea auf. Erstaunlicherweise ging diese sogar von prominenten Mitgliedern der Regierung aus. So wurden Interviews und Artikel auf oppositionellen Webseiten im Ausland, aber auch in lokalen Privatzeitungen gedruckt.

Rückblick auf schwierige Zeiten

Ende Mai 2001 wagten 15 hochrangige Mitglieder der Regierung sogar einen offenen Brief, der die Politik ihrer Partei und ihres Präsidenten Isaias Afeworki kritisierte. Auf ihre Forderungen nach Inkraftsetzen der schon 1996 verabschiedeten Verfassung, der Aufklärung über die so genannte Sondergerichte, einer kritischen Auseinandersetzung mit der Machtkonzentration in Händen des Präsidenten und einer Kritik seiner politischen Alleingänge, reagierte die Führung zunächst gar nicht - obwohl diese Forderungen im Internet und in lokalen Privatzeitungen publiziert wurden. Erst als weitere Menschen und auch die Medien im Laufe des Jahres Mut fassten, öffentlich ihre Kritik an den Beschlüssen ihres Präsidenten und der regierenden Einheitspartei (PFDJ) zu äußern, änderte sich die Situation grundlegend.

Semere Kesete, der damalige Sprecher der Studentenschaft der Universität Asmara, hielt im Sommer des Jahres 2001 während der Graduiertenfeier eine von den StudentInnen bejubelte Rede, in der er sich gegen den beschlossenen Arbeitsdienst für die Studierende in den Semesterferien aussprach: eine Zeit, die die Studenten nutzen müssen, um ihr Studium durch Arbeit zu finanzieren oder für ihr Studium zu lernen.

Nur wenige Tage nach der Rede wurde Semere Kesete festgenommen. Im September folgte dann die Festnahme von elf der 15 UnterzeichnerInnen des offenen Briefs. Drei von ihnen hielten sich im Ausland auf und waren nicht greifbar, ein weiterer Unterzeichner hatte seine Unterschrift zwischenzeitlich zurückgezogen. Lokale Politiker, ungefähr 400 StudentInnen, enge MitarbeiterInnen der festgenommenen UnterzeichnerInnen und zehn JournalistInnen der privaten Presse, die versuchten, zwischen Regierung und KritikerInnen zu vermitteln, wurden einfach inhaftiert. Mindestens zwei der StudentInnen, die als Strafe Arbeitsdienst in einer extrem heißen Region des Landes leisten mussten, starben durch Hitzeschlag.

Die Studierenden wurde mittlerweile wieder entlassen. Semere Kesete gelang nach einem einjährigen Gefängnisaufenthalt in Isolationshaft die spektakuläre Flucht mit seinem Gefängniswärter. Die anderen

Festgenommenen sind nach wie vor in Haft. Ihr Aufenthaltsort ist unbekannt. Bis zum heutigen Tag wurden sie weder einem Richter vorgeführt noch konnten sie ihre Verwandten oder einen Anwalt sehen.

Laut aktuellen Report von amnesty international über Eritrea sind insgesamt 27 JournalistInnen inhaftiert oder verschwunden, einige von ihnen schon seit 1999; seit einem Zeitpunkt also, als der zweite Krieg gegen Äthiopien (1998-2000) in vollem Gange war und kritische Stimmen hinsichtlich der diplomatischen Bemühungen vor bzw. während des Kriegs nicht gerade gefragt waren.

Dass das Verschwindenlassen unliebsamer Personen oder ganzer Gruppen schon eine längere Tradition hat, sickert erst langsam durch. Die Arbeit der gefürchteten Sondergerichte lässt sich bis ins Jahr 1996 zurückdatieren. Ihnen stehen oft Militärs ohne jegliche juristische Ausbildung vor. Sie sollen abgeschirmt vor jeglicher Öffentlichkeit bisher in mehren hundert "Verfahren" geurteilt haben. Die geheimen Verhaftungen islamischer Lehrer aus dem Jahr 1994 standen im krassen Widerspruch zu dem von vielen BeobachterInnen oftmals gelobten demokratischen Aufbruch des kleinen Landes am Horn von Afrika. Ebenso der harsche Umgang mit AnhängerInnen der Zeugen Jehovas (Jobverlust, Enteignungen), die bei dem 1993 abgehaltenen Referendum um die Unabhängigkeit Eritreas aus religiöser Überzeugung nicht wählen wollten oder aus religiösen Gründen den Militärdienst verweigerten.

Die Kritik im Lande wächst

Mittlerweile häuft sich die Kritik von verschiedensten Seiten. Auch die von SchülerInnen der Workcamps, ein allgemeiner Arbeitsdienst in den Ferien, bei dem Arbeiten wie etwa Wiederaufbau, unterrichten oder ähnliche der Allgemeinheit dienenden Arbeiten zu leisten sind. Diese Verpflichtung ist sicher genau so fragwürdig wie die für die StudentInnen geplanten Formen von Zwangsarbeit. In dem seit 1994 bestehenden militärischen Ausbildungslager (Sawa), in dem seit kurzem auch SchülerInnen nach einer dreimonatigen militärischen Grundausbildung die 12. Klasse absolvieren müssen, häufen sich die Fälle sexualisierter Gewalt gegen junge Frauen.

Obwohl Opfer und ZeugInnen von den Autoritäten unter Druck gesetzt wurden, gibt es eine breite Debatte nicht nur um die Schulausbildung unter den Augen der Militärs, sondern auch um die sexuellen Übergriffe. Die vor einigen Monaten erfolge Bekanntgabe der Namen der 19.000 im letzten Krieg getöteten SoldatInnen führte zu Diskussionen um die scheinbare Unfehlbarkeit der eritreischen Regierung angesichts der vielen Gefallenen und möglichen Versäumnisse bei diplomatischen Friedensverhandlungen.

Während sich die Opposition, zumeist außerhalb Eritreas aktiv, sehr zersplittert darstellt und noch keine richtige Herausforderung für die PFDJ sein kann, wollen gerade junge Leute nicht nur auf bessere Zeiten warten. Viele nehmen ihr Recht auf Flucht in Anspruch und versuchen ihr Glück außerhalb Eritreas. Bis heute ist ca. 4.000 Jugendlichen die Flucht nach Äthiopien gelungen.

Internetforen wie www.Asmarino.com oder www.awate.com werden immer häufiger genutzt als Öffentlichkeitsforum für Kritik und Einmischung durch die nun deutlich politisierte Diaspora.

Die Diaspora schweigt nicht länger

Auch Menschen wie etwa der eritreischstämmige schwedische Politikberater und Mitglied der Swedish Left Party (V) Mussie Ephrem setzten dem notorischen Hang der EritreerInnen zur Selbstzensur ein Ende. Mussie Ephrem war es, der schon im November 2001 als direkte Antwort auf die Verhaftungswelle in Eritrea im Namen der elf Inhaftierten Beschwerde vor der Afrikanischen Kommission für Menschen- und Humanitäre Völkerrechte einlegte. Die eritreische Regierung antwortete darauf: "Ihre Inhaftierung ist in Übereinstimmung mit dem gültigen Strafrecht des Landes und anderer relevanter nationaler und internationaler Bestimmungen."

Eritreische StudentInnen, die mit einem Stipendium in Südafrika studieren, trauten sich, ihrem Präsidenten bei einem Besuch kritische Fragen zu stellen. Natürlich waren Repressionen die Antwort der PFDJ auf diese Ungeheuerlichkeiten. Als eritreische StudentInnen der Universität Hamburg vor wenigen Wochen Semere Kesete zum Gespräch einluden, war auch der verlängerte Arm der Regierung anwesend. Den Versuch, die Veranstaltung zu sprengen, kann man getrost unter "verzweifelte Aktion, um die Jugend auf nationalen Kurs zu bringen" verbuchen.

Gerade diese Versuche sind es, die die Kraft der Diaspora erahnen lassen. Nicht umsonst fürchtet die Regierung AbweichlerInnen aus dem Ausland. Das Ausbleiben der dringend benötigten Devisen, die ein Drittel des Haushaltes ausmachen, würde die Regierung schwer treffen. Immer mehr Personen verweigern die vorgeschriebenen Zahlungen in die Heimat. Sollten es eines Tages genug sein, wird die Regierung sich nach neuen UntertanInnen umsehen müssen.

Jonas Berhe

20. Les filles des cités. Frauen gegen Männergewalt in Frankreichs Trabantenstädten

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich; Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:38

Frankreichs Symbolfigur ist eine Frau: Marianne, Freiheitskämpferin, die mit der Waffe in der Hand das aufständische Volk auf die Barrikaden führt. So hat sie Eugène Delacroix 1830 gemalt. Die "Mariannes von heute" sind Töchter von MigrantInnen, vor allem aus Afrika, die sich gegen die tägliche Gewalt in den Banlieues, den unwirtlichen Trabantenstädten, zur Wehr setzen.

Am Abend des 11. Juli wurden an der Außenfassade der Pariser Nationalversammlung mehrere Riesenporträts unter dem Titel "Mariannes von heute" angebracht. Die insgesamt 14 Abbildungen zeigen junge Frauen aus Einwandererfamilien. Jede von ihnen hat entweder einen "bonnet phrygien" auf dem Kopf - so heißt die rote Zipfelmützeaus der Zeit der Französischen Revolution - oder trägt eine Cocarde, ein aus derselben Periode stammendes Symbol für revolutionären Patriotismus, das allerdings in späteren Zeiten eine chauvinistische Bedeutung bekam. Der Titel der Ausstellung vermittelt die Botschaft: La République métissée. Das bedeutet ungefähr die "vermischte Republik", wobei der französische Begriff métissage ("Vermischung") je nach Standpunkt euphorisch zustimmend bis ablehnend benutzt werden kann.

Die Porträts wurden auf Anordnung des konservativen Parlamentspräsidenten und Ex-Innenministers Jean-Louis Debré angebracht. Das ist eines der Ergebnisse von Unterredungen zwischen der amtierenden Raffarin-Regierung und Frauengruppen, die vor allem die Bewohnerinnen der Banlieues (Trabantenstädte) französischer Ballungsräume vertreten.

Die abgebildeten 14 Frauen haben alle im Februar und März dieses Jahres am "Marsch der Frauen aus den Vorstädten" teilgenommen. Ihr harter Kern bestand aus etwa zwei Dutzend Aktivistinnen, die von Stadt zu Stadt reisten, um an Vorträgen und Diskussionsrunden teilzunehmen. Auf diesem Wege sollte die besondere Unterdrückung der filles des cités ("Mädchen der Siedlungen", gemeint sind die Trabantenstädte) landesweit zum Thema gemacht werden. In der Folgezeit sollten sich feste Bewegungsstrukturen herausbilden, in Gestalt einer neuen Frauenorganisation Ni putes ni soumises ("Weder Huren noch unterwürfig"). Unter diesen provokanten Titel hatten die Initiatorinnen ihre mehrere Monate dauernde Protest- und Organisierungskampagne gestellt, die durch den "Marsch der Frauen aus den Banlieues" sichtbar gemacht werden sollte.

Manche BeobachterInnen führen die besondere Unterdrückung junger Frauen in den Banlieues vorwiegend auf "den Islam" zurück. In konservativen und rechtsextremen Kreisen war es vor allem in den Neunziger Jahren üblich, eine "Islamisierung der Banlieues" zu beklagen. (1) Inzwischen ist diese Behauptung seltener zu hören, da einerseits die große "islamische Welle" offenkundig ausgeblieben ist und andererseits auch die regierende Rechte die konservativen islamischen Gemeindevertreter als Ordnungsfaktor in den "sozialen Problemzonen" für sich entdeckt hat.

Die französischen Banlieues sind, anders als die "Ghettos" nordamerikanischer Großstädte, keine "ethnischen" Bezirke, in denen eine Community absolut bestimmend wäre. Die Mehrzahl der BewohnerInnen in den Trabantenstädten sind europäischstämmige Angehörige der sozialen Unterschichten, auf die freilich der Fokus der Medien nicht gerichtet ist. Nirgendwo bestehen rein "islamische" Bezirke.

"Weder Huren noch unterwürfig"

Das dominierende Phänomen in den sozialen Brennpunkten, welche viele der Trabantenstädte darstellen, ist die Auflösung kollektiver sozialer Strukturen durch Anonymität, mangelnde Möglichkeiten sozialer Eingliederung und das Fehlen von Zukunftsperspektiven. Das kollektive Bewusstsein der dort lebenden Jugendlichen ist kaum von der Religion oder sonstigen traditionellen Werten geprägt. Absolut dominierend ist das durch die Medien vermittelte Konsum- und Konkurrenzbewusstsein, das durch die allerorten in den Banlieues in die Augen stechenden Marken-Sportklamotten oder den hohen Stellenwert schneller Autos widergespiegelt wird. Tätigkeiten in der "Parallelökonomie", wie etwa der Handel mit bestimmten Drogen, erlauben einer durchsetzungsstarken Minderheit, zu "schnellem Geld" zu kommen, das sie auch offen zur

Schau stellen. Andere lautstarke Minderheiten schließen sich zu Jugendgangs zusammen, um in dieser auf Härte und Konkurrenz ausgerichteten Umgebung zu bestehen. Sexualität wird in dieser Umwelt oftmals als etwas gesehen, was man sich "aneignet", "notfalls" auch mit Gewalt.

Körperlich Schwächere unter den männlichen Jugendlichen, aber vor allem Mädchen haben in diesem Umfeld häufig das Nachsehen. Deswegen werden viele von ihnen auf die traditionellen Familienstrukturen zurückgeworfen. Auf der Suche nach Schutz flüchten manche unter ihnen sich in den Rückzug auf eine vermeintliche Tradition, die aber in der Regel aufgesetzt ist.

Die häufigere Verwendung von Kopftüchern erklärt sich zum Großteil aus diesem Kontext. Das Kopftuch signalisiert den männlichen Jugendlichen: "Lasst mich in Ruhe, ich bin nicht zu haben". Das funktioniert auch häufig, da die männliche Einwandererjugend oftmals mit dem Rückzug auf vermeintlich traditionelle Rollen spielt - wenn es etwa darum geht, der Schwester das Ausgehen zu verbieten. Der symbolisch zur Schau gestellte Respekt angeblich tradierter Rollen, etwa durch das Kopftuchtragen, demonstriert die Unterwerfung unter dieses Dominanzverhalten. Damit lässt sich oftmals "Ruhe" erkaufen. Genau daraus aber resultiert die fatale Alternative, die durch den Slogan Ni putes ni soumises denunziert werden soll: Entweder fügt frau sich in eine solche Rolle, oder aber sie gilt in den Augen einer rücksichtslosen Minderheit als Freiwild.

Hinzu kommt, dass heute der Weg über die berufliche zur sozialen Emanzipation für viele junge Frauen versperrt ist. Die 50-jährige Mouna, die in der Pariser Trabantenstadt La Courneuve Alphabetisierungskurse für migrantische Frauen leitet, meint: "Der Mentalitätswandel lässt sich bei manchen Frauen aus migrantischen Familien spüren. Meine Generation hat alles getan, um aus traditionellen Rollen herauszukommen. Als meine Eltern eine arrangierte Heirat für mich einfädeln wollte, habe ich mich für die Kandidaten systematisch auf eine Weise angezogen, dass sie abgeschreckt wurden und Reißaus nahmen. Doch viele der heute aufwachsenden Mädchen wollen jung und unbedingt jemanden aus der Community heiraten, damit sie akzeptiert werden. Das hat damit zu tun, dass andere Wege, die die Gesellschaft früher bereit hielt, blockiert scheinen."

Die "islamische Welle" ist ausgeblieben

Schon vor Jahren haben viele Frauen aus Trabantenstädten und Einwandererfamilien damit begonnen, sich außerhalb der klassischen feministischen Gruppierungen zu organisieren. Aus Zusammenschlüssen in örtlichen associations (eine Zwischenform zwischen Verein und Bürgerinitiative) erwuchs die Bewegung für örtliche Frauenkongresse, die unter der Bezeichnung Etats généraux locaux des femmes im Jahr 2001 stattfanden. Die Schirmherrschaft hatte dabei das landeweite Netzwerk Fédération nationale des maisons des potes , der Nationale Zusammenschluss der "Häuser der Kumpels", übernommen, eine Struktur, die unter der Kontrolle der um 1984/85 entstandenen Organisation SOS Racisme steht.

Auslöser für die landesweite Kampagne in Form der Städtetour war eine besonderes Aufsehen erregende Gewalttat am 4. Oktober 2002 in der Pariser Trabantenstadt Vitry-sur-Seine. Die 17-jährige Sohane, Tochter kabylischer Einwanderer, war durch einen örtlichen führenden Kleinkriminellen mit Benzin übergossen und mit einem Feuerzeug bedroht worden. Dem Täter geriet dabei offenbar die Situation außer Kontrolle - er erlitt selbst schwere Brandverletzungen, während sein Opfer in den Flammen starb.

Dieser besonders spektakuläre Tod, in dessen Folge bis zu 2.000 Menschen aus Vitry-sur-Seine mit einem Schweigemarsch demonstrierten, ging durch sämtliche Medien. So schien die Zeit reif, um die Ursachen der Gewalt zur Sprache zu bringen und die Zustände zu verändern. Anfang Februar dieses Jahres begann der "Marsch der Frauen aus den Banlieues" deswegen auch in Vitry-sur-Seine. Von dort aus ging es zunächst nach Süd- und Südwestfrankreich, bevor in den ersten Märztagen verschiedene Trabantenstädte im Ballungsraum Paris auf dem Programm standen. Am 8. März demonstrierten in Paris rund 15.000 bis 20.000 Personen, darunter auch eine größere Anzahl Männer.

Zwar war die Teilnahme am Demonstrationszug durch Paris optisch stark durch die Präsenz von Berufspolitikern und Funktionärinnen geprägt. Hinter dem Prominentenblock waren die FunktionsträgerInnen von SOS Racisme, ausgestattet mit Ni putes ni soumises-Wimpeln und Aufklebern, ein wenig überdeutlich präsent. Dennoch war auch eine Beteiligung von Frauen und auch einigen Männern aus den Trabantenstädten selbst sichtbar.

Im Anschluss an den 8. März begannen die Organisatorinnen Verhandlungen mit der konservativen Regierung über eine mögliche Finanzierung des Netzwerks oder von Projekten wie der Herausgabe eines Handbuchs für Frauen. Dagegen ist der Organisierungsprozess in den "sozialen Problemvierteln" seitdem allem Anschein nach ins Stocken geraten. Die Algerierin Chafia, Mitglied der internationalistischen Gruppe Solidal, sieht in der Bewegung ein Problem angelegt: "Es gibt keine wirkliche Bewegung von unten, keine Selbstorganisation. Der Funktionärsapparat von SOS Racisme hat seit längerem alles getan, um seine Hegemonie über diese Kampagne zu sichern. Dadurch kommt aber keine echte Dynamik dort, wo sie nötig wäre, zu Stande."

SOS Racisme hat bereits in den 80er Jahren, damals von Präsident François Mitterrand mit reichlich Geld ausgestattet, den antirassistischen Mobilisierungen der ImmigrantInnenjugend die Spitze abgebrochen - die Jugendlichen wurden für Konzerte mobilisiert und anschließend ohne politische Perspektiven gelassen. Die staatsnahe Organisation ist heute unter den Banlieue-BewohnerInnen selbst weitgehend diskreditiert, zumal ihr bis vor kurzem amtierender Präsident Malek Boutih im Juni dieses Jahres sein Amt gegen einen Sitz in der sozialdemokratischen Parteiführung der Sozialdemokraten eingetauscht hat - nicht ohne zwei Monate später auch noch lautstark den konservativ-repressiven Innenminister Nicolas Sarkozy als "Hoffnungsträger für die Jugend" zu loben.

SOS Racisme blockiert die Selbstorganisation

Aber Chafia macht dem organisatorischen Kern noch einen anderen Vorwurf: "Sie hatten Recht damit, von der Gewalt in den Banlieues und der Situation der jungen Frauen in der Immigrationsbevölkerung zu reden. Aber sie tun das in einer solchen Weise und mittlerweile so ausschließlich, dass es sich in den dominierenden Medien wunderbar in die Angstkampagne gegenüber Einwanderung, Kriminalität und Trabantenstädten einfügt. Es gibt in Frankreich 1,5 Millionen misshandelte Frauen; tun wir doch nicht so, als ob solche Probleme nur die Banlieues betreffen würden. Jetzt hat die Sache einen Dreh angenommen, dass sie zur Selbstbestätigung der Leute in den sauberen Mittelschichtsvierteln wird." Aus ähnlichen Gründen hat sich das Netzwerk gegen Polizeigewalt Résistons, das vor allem zu den Banlieues arbeitet, im Frühjahr über die Kampagne zerstritten, bevor es sich abwandte.

Auf der Homepage von Ni putes ni soumises (www.macite.net) wird eine (leicht verspätete) Sommeruniversität vom 3. bis 5. Oktober im Pariser Vorort Dourdan angekündigt - genau dort, wo SOS Racisme alljährlich im Juli seine Sommer-Uni veranstaltet. Andere Versammlungen, etwa in "sozialen Brennpunkten", sind derzeit nicht geplant.

Bernhard Schmid, Paris

Anmerkung:

1) Nur am Rande sei erwähnt, dass in Deutschland einige nach rechtsaußen gedriftete Ex-Linke diesen Diskurs für sich entdeckt haben. So liest man unter der Überschrift "Französische Zustände" über den Rechtsextremen Jean-Marie Le Pen: "Er hat rassistischen Hass und vernünftige Einwände gegen die ungebremste Islamisierung der Banlieues unter ein Dach gebracht". Autor ist der Sektenpriester Justus Wertmüller, die Quelle Bahamas Nr. 42 vom Herbst 2003.

21. Krieg um Rohstoffe. Der geopolitische Einsatz transnationaler Bergwerkskonzerne im Kongo

Autor: Pierre Baracyetse · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Zaire, Republik Kongo · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:32

Der folgende Beitrag des kongolesischen Bergbauingenieurs Pierre Baracyetse wurde der Zeitschrift Alternatives Sud entnommen, die vom Centre Tricontinental in Belgien (1) herausgegeben wird. Es geht um die machtpolitischen Hintergründe im zentralen Afrika, einer Region permanenter Konflikte, die wenig mit ethnischen und viel mit politischen und ökonomischen Interessen der Transnationalen Konzerne am Zugriff auf afrikanische Rohstoffe zu tun haben. Der Beitrag Baracyetses verdeutlicht die zynische Plünderung des zentralen Afrikas, die Erzeugung, die Verschärfung und die Instrumentalisierung ethnischer und sozialer Konflikte bis hin zum Genozid durch Konzerne, in deren Spitzengremien sich die politische Creme aus EU und USA versammelt.

Der Artikel wurde aus dem Französischen übersetzt, stark gekürzt und redaktionell bearbeitet durch: aki + ga.

Die Demokratische Republik Kongo (DR Kongo) erzeugt geologisches Aufsehen, vor allem durch Südkatanga, wo sich die größten noch nicht ausgebeuteten Kupferreserven der Welt befinden. Das ist eine Region, die im Englischen copper-belt heißt und sich bis Sambia erstreckt. 1978 war die DR Kongo mit 500.000 t jährlich die Spitzenproduzentin dieses roten Metalls. Die Mine erbrachte 33% des Gesamtabbaus und war Hauptversorgerin des Staatshaushaltes von Kongo-Kinshasa mit Devisen. 1995 sank die Produktion auf 30.000 t. Die DR Kongo erzeugt außerdem auch geopolitisches Aufsehen mit ihrem Auf und Ab bei der Suche nach politischer Stabilität seit April 1990. Das hat dazu beigetragen, dass die großen transnationalen Bergbaugesellschaften während der letzten Jahre anderswo zu investieren begannen, in Sambia, in Chile und in der Ex-UdSSR.

Bergwerks-Gesellschaften im Ansturm

Wie lässt sich die Rückkehr des Interesses der Bergwerksgesellschaften an Zentralafrika erklären? Ein Grund sind der Druck internationaler Finanzinstitutionen auf die Länder der Region, damit diese ihre Schulden bezahlen. Ein anderer Grund ist die tief greifenden Transformationen in der Weltbergbauindustrie der letzten Jahre. Die transnationalen Bergbaukonzerne profitieren von dem Prozess der Privatisierung der Staatsunternehmen. So waren die 1970er Jahre durch die Nationalisierung bestimmter Industriesektoren charakterisiert, besonders der, die mit der Ausbeutung nationaler Ressourcen verbunden waren. Diese Nationalisierungen waren Teil der Entwicklungsstrategie einer großen Anzahl von Ländern Afrikas. Die Umkehrbewegung entstand 1993: 18,5% vom Wert der gesamten Weltbergbauproduktion (außer Öl) war in Händen des Staates. 1994 betrug der Anteil noch 16%, Ende 1996 nur noch 14%. In den "entwickelten Ländern" waren die Privatisierungen am bedeutendsten: von Juni 1995 bis Mai 1996 wurden 2,2 Mrd. US-Dollar dafür ausgegeben. Der Anteil der Bergbauindustrie der westlichen Länder, der sich in Staatsbesitz befand, verringerte sich im Laufe dieser Periode um 40%, in den Entwicklungsländern um nur 6%. Hier bringt der Export von Primärgütern den größten Teil der Staatseinnahmen.

So steht hinter dem Drama, das sich im zentralen Afrika unmittelbar nach dem Ende des Kalten Krieges seit 1990 abspielt, ein bedeutender Einsatz für die transnationalen Bergwerksgesellschaften auf dem Spiel. Die Bergbauressourcen in anderen Ländern der Welt sind bereits stark angegriffen, wenn nicht sogar erschöpft, und die, die bereits ausgebeutet werden, sind zu teuer.

Das Verschwinden der kommunistischen Welt hat der Bipolarität, so wie sie aus dem zweiten Weltkrieg hervorgegangen ist, ein Ende gesetzt und somit rasch den Machtanstieg der transnationalen Gesellschaften begünstigt. Um ihr Kapital zu sichern, benötigen diese Finanziers eine Politik, die auf sie zugeschnitten ist. Der Kampf der transnationalen Bergbaukonzerne um die rentabelsten Brocken im zentralen Afrika verläuft entlang politischer Tendenzen oder "Rebellionen", die mit ihnen verbunden und manchmal sogar von ihnen geschaffen sind.

Seit 1996, als die AFDL (Allianz der Demokratischen Kräfte für die Befreiung des Kongo) die Einnahme der wichtigsten Ortschaften der DR Kongo ankündigt hat, bemühen sich die Medien nun, die ökonomische

Bedeutung dieser Rebellion zu verdeutlichen, und enthüllen die grauen Finanziers, die an der Ausbeutung der Bergbauressourcen des Kongo interessiert sind: die Consolidated Eurocan Ventures der Lundin Group, Barrick Gold Corporation, die heute in der Weltgoldproduktion an zweiter Stelle steht, die Anglo American Corporation aus Südafrika, außerdem weniger bekannte wie die AMFI (American Mineral Fields Inc.) und die mit ihr verbundene American Diamond.

Die 1995 entstandene AMFI wurde als ein Instrument aufgebaut, in Afrika die ökonomische Herrschaft westlicher Finanziers auszuüben und besonders im Kongo die Pläne amerikanischer Gesellschaften zu realisieren, deren Führungskräfte an den großen weltweiten Einsätzen in Wissenschaft, Technologie, Finanzen, Industrie oder Politik partizipieren. So begnügen sich die transnationalen Gesellschaften heute nicht mehr damit, den Regierungen der Welt ihre Gesetze zu diktieren oder diese Staaten zu kontrollieren: Sie wollen eine neue Weltordnung schaffen, indem sie neue staatliche Einheiten bilden, so als wären es ihre eigenen Schöpfungen.

Rekolonisierung Afrikas durch Privatkapital

Die militärischen Mittel, die diese Gruppen besitzen und steuern, erlauben ihnen, nationalen Institutionen wie den Regierungen ihren Willen aufzuzwingen, von einem Staat Besitz zu ergreifen und ihn gleichermaßen zu kaufen wie zu vernichten. Afrika befindet sich jetzt im Zentrum dieser neuen globalen Einsätze. Mit fast einem Drittel der Rohstoffressourcen der Erde, von den alten metropolitanen Mächten aufgegeben, sind die Länder Afrikas zur leichten Beute transnationaler Gesellschaften geworden. Um ihr Kapital besser kontrollieren zu können, werden politische Führer eingesetzt, die ihnen nützen und die in der Bevölkerung oft nur wenig bekannt sind. Dadurch destabilisieren sie die Region und geben, über den scheinheiligen Umweg einer sogenannten Pazifizierung, den Armeen der UNO Gelegenheit, eine faktische Spaltung abzusegnen, die die Bevölkerung nicht will. Dann haben sie ihren Staat im Staate geschaffen.

Es handelt sich dabei um eine Rekolonisierung Afrikas durch das internationale Privatkapital. Die neue Ordnung schafft nach dem Wunsch dieser Firmen die alte politische Ordnung Afrikas, so wie diese aus der Konferenz in Berlin 1885 hervorging, durch die systematische Zerstückelung der ehemaligen Staaten ab.

Beim Sturz des Mobutu-Regimes wurden einige der unterzeichneten Verträge fortgeführt, andere annulliert oder neuen Gesellschaften übertragen. Dem Land wurde ein Krieg aufgezwungen, der durch die westlichen Mächte auf der Suche nach Gold, Diamanten, Kobalt, Mangan, Uran und anderen Mineralien finanziert wird. Die transnationalen Bergbaukonzerne drängen sich zwischen die Rebellen und die Regierungen, um die besten Teile mit Beschlag zu belegen.

Das Gold der Ostprovinz

Zahlreiche amerikanische Industrieunternehmen, die sich an der Gründung der AMFI beteiligten, sind interessiert am Vertrag zum Bau einer Plattform in der Erdumlaufbahn, die die russische Station MIR ersetzen soll. Es handelt sich um einen Markt von 60 Milliarden US-Dollar, der im Jahre 2004 mit dem Start des letzten Moduls beendet sein wird; Unternehmen und Industriebetriebe aus 60 Ländern nehmen daran teil.

Am 1. Dezember 1996 wurden Abkommen zwischen der Consolidated Eurocan Venture, einer Abteilung der Lundin Group, und der Regierung von Leon Kengo (2) zur Ausbeutung von Kupfer- und Kobaltressourcen im Bergwerk Tenke-Fungurume unterzeichnet, in dem die Gecamines (Générale des carrières et des mines ist eine staatliche Kongolesische Bergbaugesellschaft, Anm. d. Übers.) die Schürfrechte besitzt. Diese Lagerstätten von Tenke-Fugurume sollen den welthöchsten Gehalt an Kupfer (4,42%) und an Kobalt (0,33%) enthalten. Man erwartete 100.000 t Kupfer und 8.000 t Kobalt im Jahr 2000. Diese Produktion soll auf 400.000 t Kupfer und 17.000 t Kobalt im Jahre 2010 gesteigert werden. Alles unter dem Dach eines 55%igen Anteils von Consolidated Eurocan Ventures und eines 45%igen Anteils der Gecamines.

Am 16. April 1997, etwa einen Monat vor dem Einmarsch der Truppen von L.D. Kabila in Kinshasa, unterzeichnete die AFDL drei Verträge mit der AMFI, deren Hauptaktionär niemand anderes als Jean-Raymond Boulle ist. Die Verträge zwischen der AMFI und der AFDL betreffen drei Projekte: Ein erstes Projekt von 200 Mio. US-Dollar in Kolwesi für die Kupfer- und Kobaltgewinnung. Ein zweites Projekt von 30 Mio. US-Dollar für ein Werk zur Gewinnung von Kobalt, das aus den Kupferlagern von Kipushi stammt. Ein

drittes Projekt eines Werkes zur Zinkverarbeitung, das über 550 Mio. US-Dollar an Investitionen in Kipushi benötigt.

Es wurde bezweifelt, dass AMFI ausreichend Kapazitäten besitzt, um die Lagerstätten, für die sie die Konzession erhalten hatte, auszubeuten, und es wurde angenommen, dass sie möglicherweise die Kontrolle an bedeutendere und spezialisiertere Gesellschaften abgibt. Eine Woche, bevor die AFDL in Kinshasa einmarschierte, hatte die AMFI am 10. Mai 1997 amerikanische und kanadische Finanzgruppen eingeladen, die Einrichtungen zu besichtigen, um die Geschäftsaussichten in Kongo (Ex-Zaire) und gleichzeitig die Offenheit der AFDL-Führung gegenüber ausländischen Investoren vorzuführen. Die Neuverteilung der Konzessionen für verschiedene Bergbaustandorte im neuen demokratischen Kongo an amerikanische, kanadische und südafrikanische Unternehmen sollte L.D. Kabila kurzfristig erlauben, sich mit Glanz zu umgeben und die laufenden Kosten seines politischen Verwaltungsapparats zu bezahlen.

Im Krieg, der sich seit dem Sommer 1996 in der DR Kongo abspielt, hat die Rolle der AMFI einen unerwarteten Verlauf genommen. Am 2. August 1998 rebelliert der ruandische Flügel der AFDL gegen Präsident L.D. Kabila, und infolgedessen ist der Kongo wieder einmal entlang zweier klassischer Pole in die Zange geraten: im Osten die Rebellen, die durch Ruander, Ugander und Burundier unterstützt werden, mit der AMFI als Hauptlieferant im Hintergrund, und im Westen die Regierung, offiziell von drei Ländern unterstützt: Zimbabwe, Angola und Namibia.

Auch war L.D. Kabila zur militärischen Geisel ruandischer Truppen geworden, die in Kinshasa eine solide Position innehatten und von der AMFI Unterstützung erhielten, mit der L.D. Kabila im April 1997 ein Abkommen zur Abtretung der Gecamines unterzeichnet hatte. (3) Dieses Abkommen zur Abtretung des Giganten der kongolesischen Wirtschaft erlaubte der AMFI die Durchsetzung eines ihrer Ziele: die Aufteilung des Landes und seine Zerstückelung in antagonistische Mikrostaaten ohne finanzielle Mittel und wirtschaftliche Infrastruktur (eine Art der Balkanisierung). Ohne Armee sollten diese Staaten der Unsicherheit ausgeliefert und sich folglich in völliger Abhängigkeit von der AMFI durch deren Kontrolle der strategischen Sektoren der Wirtschaft befinden.

Die zentrale Rolle der AMFI

Der Plan der AMFI hat sich nicht erfüllt. L.D. Kabila bricht zuerst die Abkommen von September und Oktober 1996 mit seinen ehemaligen Alliierten Yoweri Museveni (Uganda), Paul Kagame (Ruanda) und Pierre Buyoya (Burundi). Diese Abkommen betrafen den Preis, den der Kongo für die erhaltene Hilfe im Befreiungskrieg zu zahlen hatte. Gemäß den Bedingungen des Paktes sollte die Revision des Grenzverlaufs zu Gunsten von Ruanda und Uganda sowohl diese beiden Länder zufrieden stellen als auch die geostrategischen Absichten der AMFI in vollem Einverständnis mit den territorialen Ambitionen der monoethnischen und Minderheitsregime in Kigali, Kampala und Bujumbura. Von daher erklärt sich der Ausbruch der Krise zu dem Zeitpunkt, als L.D. Kabila das ruandische Militärkontingent, das in Kongo-Kinshasa stationiert ist, brutal zum Abzug zwingt.

Der Funke, der das Pulver zwischen den Ruandern und L.D. Kabila entzündet hat, ist nicht nur dem barbarischen Verhalten der ruandischen Militärs der FPR (Front patriotique rwandais) geschuldet, sondern auch der Infragestellung der bereits unterzeichneten Verträge mit dem amerikanisch-kanadischen Konsortium AMFI zu Gunsten der Anglo-American Corporation (AAC) aus Südafrika. Das andere Element, das die Projekte der AMFI in der DR Kongo durchkreuzte, hing mit der Aufkündigung des Vertrages über die Privatisierung der Gecamines zusammen, den die Gesellschaft im April 1997 mit den neuen kongolesischen Autoritäten ausgehandelt hatte.

Das Bündnis zwischen den Bossen der AMFI und Yoweri Museveni, Paul Kagame, Pierre Buyoya und L.D. Kabila stammte aus einer Periode vor 1995, dem Gründungsjahr der AMFI. Die Kooperation zwischen den Bossen dieses Unternehmens (Jean-Raimond Boulle) und dem Tandem Yoweri Museveni und Paul Kagame könnte selbst älter sein als der Doppelmord an den Präsidenten Ruandas, Juvenal Habyarimana, und Burundis, Cyprien Ntaryamira, durch den Abschuss der Präsidentenmaschine in der Nacht zum 6. April 1994. Ein solcher Anschlag bedurfte technischer Mittel und politischer Rückversicherungen; Mittel und Rückversicherungen, die nur die AMFI den Mördern zur Verfügung stellen konnte.

So kann man begründeterweise zu der Einschätzung kommen, dass zu dem Zeitpunkt, als die AMFI 1995 offiziell gegründet wurde, bereits alle Pläne, die den Kongo und die anderen Länder an den Großen Seen

betreffen, fertig gestellt waren: die Strategie ist festgelegt, die finanziellen, logistischen und militärischen Mittel mobilisiert, die Unterstützung der USA und die diplomatische Duldung der Westmächte sind garantiert.

Die Verlockung von Kivu-Maniema für die Rebellen

Der Krieg in Zaire (wie auch in Ruanda 1990) wurde als Bürgerkrieg zur politische Befreiung vom Mobutu-Regime dargestellt. Die AMFI unterstützte die Organisationen, die in der AFDL zusammengeschlossen waren, finanziell, militärisch und logistisch. Heute stehen die Waffen, die Munition, die hoch entwickelte militärische Ausrüstung, die es der AFDL erlaubte, den Sieg über die zairischen Streitkräfte zu erlangen, durch dieselbe Gesellschaft AMFI weiterhin Ruanda, Uganda und Burundi in einem Krieg zur Verfügung, den diese drei Länder im Kongo führen.

Wie Kobalt, Kupfer und ihre Verbindungen wird auch das Gold des Kongo durch transnationale Bergbaugesellschaften ausgebeutet. Auch hier vollzieht sich eine völlige Umwälzung. Die kleinen Gesellschaften fusionierten, um mit den großen und besonders mit der AAC aus Südafrika, der weltgrößten Goldproduzentin, konkurrieren zu können. Die 49 bedeutendsten Konzerne (AAC nicht mitgerechnet) kontrollierten 1995 56% der Weltproduktion, 1984 waren es nur 37%.

Bereits seit langem streiten sich bedeutende Gruppen um Konzessionen für den Goldabbau in der Ostprovinz der DR Kongo. Das ist der Grund, weshalb diese Region immer eine strategische Domäne in allen Eroberungskriegen um den Osten des Großkongo war. Das Staatsmonopol des OKIMO (Office d'or de Kilomoto) auf einem Terrain von 82.000 qkm mit geschätzten Reserven von 100 t Gold hat nie aufgehört, die großen transnationalen Bergbaugesellschaften zu interessieren. Im August 1996 hatte OKIMO, unter dem Regime von Mobutu, bereits sein Monopol Barrick Gold Corp. überlassen, die hoffte, die Gesamtheit der Reserven auszuschöpfen. Ein anderes, kanadisch-belgisches Konsortium, die MINDEV, erhielt in demselben Sektor eine kleine Konzession für 2.000 qkm.

Dieser Übergang des Monopols von der OKIMO an Barricks Gold Corp. hat große Bedeutung: In dieser Transaktion findet sich ein "Rat" von Prominenz zusammen, darunter George Bush, ehemaliger Präsident der Vereinigten Staaten. Die anderen sind keine geringeren als Brian Mulrony, Ex-Premier Kanadas, Paul Desmarais, Präsident der kanadischen Gesellschaft Power Corp., Karl Otto Pöhl, ehemaliger Direktor der Deutschen Bundesbank, und Peter Munk, der Kanada Ende der 60er Jahre infolge des Börsencrash seiner Gesellschaft Clairstone Sound verlassen musste, da er dafür verantwortlich gemacht wurde.

In Kivu-Maniema mit seinen geschätzten Reserven von 150 t dient das Gold der Goldwäscher von Kamituga und anderswo dazu, die Kriegsanstrengungen der "Rebellen" zu finanzieren, die den Osten der DR Kongo besetzt halten. Die Morde an den Präsidenten Habyarimana aus Ruanda und Cyprien Ntaryamira aus Burundi könnten damit zusammenhängen, dass sie über den Handel mit Edelsteinen, für den Bujumbura und Kigali die Drehscheiben sind, Informationen haben wollten.

Kivu-Maniema fällt immer sehr schnell in die Hände von Aggressoren, und zwar jedes Mal dann, wenn es "Rebellionen" gibt: Es ist so einfach, das Gold und das Zinn in dieser Region "einzusammeln". Auch für die Ruander um Paul Kagame war dies eine "kostenlose Zugabe" anlässlich der Zerstörung der Flüchtlingscamps und des Massakers an Flüchtlingen in Ostzaire 1996, was sich bis zum Sturz Mobutus im Mai 1997 hinzog. Die ethnisch homogenen Armeen aus Ruanda, Uganda und Burundi, die diesen Krieg gegen die Soldaten des ehemaligen Zaire führten, während sie Hutu-Flüchtlinge verfolgten und liquidierten, haben die Banken und Bergwerke der Region ausgeraubt. Die Führer dieser Armeen sind "große" Männer Afrikas und Partner der internationalen Bergbaugesellschaften geworden, die ihrerseits die "Rebellionen" finanzierten.

Die Erzlager, die sich in den Bergwerken befinden, wurden durch ruandische Militärs der FPR mit Antonow-Flugzeugen als Kriegsbeute nach Kigali gebracht.

Die CSO (Zentrale Selling Organisation), die von De Beers und einem Teil der großen AAC aus Südafrika geführt wird, kontrolliert den Welthandel mit Diamanten. Afrika erzeugt fast 66% der Weltproduktion. De Beers legt nicht nur den Preis für Diamanten auf Weltebene fest, sondern auch die Menge der Steine, die jährlich in Umlauf gebracht werden. Als die AFDL in Kisangani die Macht übernahm, wurden alle Kontore geschlossen. Bei ihrer Neueröffnung wollte De Beers seine Aktivitäten nicht wieder aufnehmen und die Machthaber der AFDL übergaben die Konzession für 10.000 US-Dollar pro Tag vollständig an American Diamont Buyers, einer

Filiale der AMFI von Jean-Raymond Boulle. In derselben Periode bot die AFDL der AMFI die letzte Produktion der MIBA (Société minière de Bakwanga), der großen Gesellschaft zur Diamantenausbeutung in Kasai, an und vergrößerte so die Rivalität zwischen De Beers und der AMFI.

Die Privatisierungen, die unter den Vorgängerregimes begonnen haben und durch die jeweils aktuellen Machthaber weitergetrieben werden, bieten ganz neue Möglichkeiten für die Transnationalen Konzerne. Die großen Mengen an Bergbau- und Petroprodukten des zentralen Afrika können den Weltmarkt gewisser Erze ebenso wie die wirtschaftliche Gesundheit davon betroffener Unternehmen beeinflussen.

Die Diamanten von Kasai und Kisangani

Die neuen Regime nehmen denn auch ambivalente Haltungen ein: Einerseits appellieren sie an Privatunternehmen, Angebote zu unterbreiten, um Verträge zu bekommen, und andererseits genieren sie sich nicht, Unternehmen zu nationalisieren, die sich noch vor ihrer Machtübernahme gerade im Prozess der Privatisierung befanden. Der Investitionsbedarf, um diese Region aus ihrem Zustand der Zerrüttung herauszuführen, wird den neuen Führungen in ihren Verhandlungen mit den internationalen Firmen nicht viele Möglichkeiten lassen. Die Firmen, die mehr am schnellen Börsenertrag als an der sozialen Entwicklung interessiert sind, werden die Länder an den Großen Seen und besonders die DR Kongo in die Epoche des "Afrika der Kontore" zurückbringen. Diese sehr reale Perspektive hat Jeff Matton, Spezialist für die Wirtschaft der DR Kongo, fordern lassen, dass die Bergbaukonzerne durch IWF und Weltbank zur Ordnung gerufen werden müssten, damit sie ihre soziale Rolle erfüllen, sei sie auch nur minimal.

Die erste Bedingung, die durch Gruppen "interessierter" Finanziers gefordert wird, bleibt die Stabilität, das heißt starke Männer in ihrem Sold an der Spitze dieser Länder. Die Stabilität ist nicht zwingend synonym mit Demokratie oder Entwicklung, sie ist hauptsächlich die Abwesenheit von Krieg in den Sektoren, in denen die Bergbaukonzerne agieren. Selbst wenn das Land unter dem Regime eines Despoten ist: Für die großen Finanziers dieser Welt ist es das Wesentliche, dass ihr Kapital Erträge abwirft, ohne von der Bevölkerung dabei gestört zu werden.

Anmerkungen:

1) Alternatives Sud, Vol. IX (2002), n.1, pp.189-209, Centre Tricontinental, Louvain-la-Neuve, Belgique

2) Leon Kengo war bis zum Sturz von Präsident Mobutu 1997 Ministerpräsident von Zaire

3) Baracyetse bezieht sich hier auf die Clinton-Connection der AMFI in Arkansas, die Rolle der Clinton-Administration bei der Vorbereitung des Mobutu-Sturzes und ihre Rolle als erster Waffenlieferant in diesem Krieg. Die AMFI ist verbunden mit der Lundin Group, Barricks Gold Corp., der AAC und IDAS, so dass ihr als genuines US- Unternehmen eine Scharnierrolle zufällt. Baracyetses Einschätzung wird bestätigt durch K.H. Snow: Zentral Africa-Genocide in Rwanda, Matrix-Genocide Research Center, Belgium 2002

22. Eine bessere Welt, somewhere. Mexiko: EZLN meldet sich zurück - live und im Äther

Autor: Dario Azzellini · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:14

Die mexikanische Guerilla EZLN und die sie unterstützenden Autonomen Gemeinden in Chiapas, Mexiko, kehrten in diesem Sommer nach einer Phase relativer Stille in die Öffentlichkeit zurück. Diese Stille war eingetreten, nachdem die rechte Regierung Fox im Frühjahr 2001 das mit den ZapatistInnen beratene Autonomiegesetz in völlig entstellter Weise verabschiedet und damit ad absurdum geführt hatte.

Subcomandante Marcos, kurz: "Sub", verkündete zunächst Ende Juli in einem Schreiben, die mexikanische Regierung könne sich von ihren "Plan Puebla Panamá" - ein umfangreiches Strukturentwicklungsprogramm neoliberalen Zuschnitts (vgl. ak 457, 466, 467) getrost verabschieden, denn die "aufständischen Gebiete" würden die Realisierung dieses Plans nicht zulassen. Und: Die ZapatistInnen hätten ausreichend Mittel, um dieser Drohung Taten folgen zu lassen. Deutliche Worte.

Ebenso unmissverständlich äußerte sich die EZLN-Führung zu den mindestens 14, auf zapatistischem Gebiet aktiven paramilitärischen Gruppierungen. Man habe, so Marcos, diesen von Armee und Polizei unterstützten Banden eine Botschaft geschickt: "Das Gesetz der Rache lautet Auge um Auge, Zahn um Zahn. Aber wir haben gerade Sonderangebot und bieten zwei von euren Augen für ein Auge und ein ganzes Gebiss für einen Zahn." Und außerdem wies Marcos in seinem Kommuniqué auf den zapatistischen Radiosender Insurgente hin, der seit 9.8. diesen Jahres in Kurzwelle sendet und deshalb in ganz Lateinamerika und - mit etwas Glück - auch in Europa empfangen werden kann.

Seit dieser Juli-Erklärung bricht der Strom von Verlautbarungen seitens der EZLN nicht mehr ab. Nicht zuletzt wurden schließlich einige Änderungen in der Struktur der EZLN-Basis, der "Autonomen Gemeinden" in Chiapas angkündigt, konkret vor allem das Ende der fünf Aguascalientes, also der fünf regionalen Versammlungsorte, die nicht zuletzt als Kontaktstelle für internationale UnterstützerInnen dienten.

Ein Ende aber, das zugleich ein neuer Anfang sein soll, denn an die Stelle der Heißen Wasser treten nun die Caracoles, die Schneckenmuscheln. Caracoles symbolisieren für die Tzotzil-Indianer die Zeit; den ZapatistInnen dienen sie als Symbol für die neu eingerichteten fünf "Zusammenschlüsse der guten Regierung", die gleichfalls die Verbindung zwischen ZapatistInnen und "Zivilgesellschaft" halten sollen - jedoch anders, und das heißt vor allem: besser als bisher.

Die ersten Autonomen Gemeinden waren 1994 entstanden. Aktuell gibt es über dreißig dieser Kommunen, was etwa die Hälfte des Bundesstaates Chiapas ausmacht. Die Bildung der fünf Caracoles ist nun ein weiterer Schritt in dem Prozess der Selbstorganisierung der zapatistischen Basis; nicht zuletzt sollen die Beziehungen zwischen dieser und der EZLN auf diesem Wege demokratisiert werden. Die "guten Regierungen" werden sich aus Delegierten der Autonomen Räte der zapatistischen Gemeinden zusammensetzen, die fünf Caracoles bilden ihrerseits einen übergeordneten Rat. Dieser soll zukünftig auch einen direkteren Kontakt zwischen den zapatistischen Gemeinden und dem Rest der Welt ermöglichen, denn man ist der teilweise sinnlosen internationalen Unterstützung inzwischen überdrüssig geworden ist. Verärgert berichtet Marcos von abgelaufenen Medikamenten, aberwitziger Kleidung und einzelnen Schuhen, die sich in den zapatistischen Gemeinden als "großzügige Spenden" stapeln. Auch dass Implementierung und Ausrichtung von Hilfsprojekten eher den Wünschen und Vorstellungen der NGOs als denen der Gemeinden entsprechen und zudem Ungleichheiten zwischen den einzelnen Gemeinden erzeugen, soll die neue Organisationsstruktur zukünftig beheben, indem sie Hilfsprojekte zentral koordiniert und kontrolliert.

Jedenfalls waren all diese Änderungen und Anfänge Grund genug für eine größere Festivität, und so trafen sich am zweiten Augustwochenende neben über 100 VertreterInnen aus den Autonomen Gemeinden etwa zwanzigtausend SympathisantInnen aus Mexiko und aller Welt in Ovetic, Chiapas, um RepräsentantInnen der EZLN-Leitung zu sehen und zu hören, die nicht nur organisatorische Umstrukturierungen bekannt gaben, sondern auch den Beginn einer neuen Strategie des Widerstands verkündeten - bei gleichzeitigem Festhalten an Bewährtem: Rebellion, so der Tenor der Beiträge der (männlichen und weiblichen) Comandantes, sei der einzige Weg, um den "permanenten globalen Krieg" zu stoppen.

Tzotzil, Tzletal, Tojolabal, Zoque und Chol-Indígenas waren vor Ort, AktivistInnen mexikanischer Bauern-, Indígena- und sonstige Basisorganisationen, StudentInnen, Intellektuelle und GewerkschafterInnen, Gäste aus den USA, Kanada, Italien, Spanien und dem Baskenland waren nach Oventic gereist - nur einer fehlte: der Sub. Und das hatte einen Grund: Ihm kam die Aufgabe zu, das erste auf Kurzwelle international gesendete Programm von Radio Insurgente zu moderieren und zugleich sein Debüt als "DJ und Sprecher" zu geben, denn dies wird er von nun an regelmäßig in einer eigenen Musiksendung im ZapatistInnen-Sender sein. Bei der Premiere jedoch wurde die Frequenz gestört, vermutlich von der Armee, doch einige Stunden später als geplant war die Stimme von Marcos trotzdem in Oventic zu hören - vom Band. Marcos kündigte dabei neben den bereits beschriebenen Verwaltungsreformen auch die Auflösung aller EZLN-Straßenkontrollen in Chiapas an - eine Überprüfung von Fahrzeugen erfolge nur noch beim Verdacht auf Schmuggel von Drogen, Waffen oder Edelhölzern. Dieser Entschluss sei gefasst worden, weil jede "gute Regierung", so Marcos, mit der Vernunft und nicht mit der Armee regieren sollte.

Auf ihre Teilnahme an den Festlichkeiten verzichten mussten die Mitglieder der parlamentarischen Friedenskommission, deren Angehörige sich in den Tagen zuvor über die Presse selbst eingeladen hatten. In einer kurzen Erklärung vorab hatte Marcos deutlich gemacht, dass die EZLN keine Politiker eingeladen habe und noch viel weniger daran dächte, sich mit welchen zu treffen. Gleichwohl hatte der mexikanische Innenminister Miranda vor den zapatistischen Feierlichkeiten erklärt, man werde sich zurückhaltend verhalten, jedoch "durchgreifen", wenn es zu einem "Rechtsbruch" kommen sollte. Armee und Polizei wurden angewiesen, ihre Kasernen in den Tagen der Festlichkeiten nicht zu verlassen.

Radio Insurgente jedenfalls, das "Radio der Aufständigen", die "Stimme der Stimmlosen", sendet bereits seit einigen Monaten von mehreren UKW-Sendern in Chiapas, genauer gesagt: "von irgendeinem Ort im Urwald, im Südosten Mexikos", wie es die Senderansage immer wieder mitteilt: "Denn uninformiert sein ist wie unbewaffnet sein - deshalb höre Radio Insurgente!" Frühmorgens, wenn für die meisten chiapanekischen Indígenas der Tag beginnt, tönt jetzt aus fast allen ärmlichen Hütten der neue zapatistische Sender, nicht nur auf Spanisch, sondern vor allem in Maya-Sprachen.

In einer Region, in der etwa die Hälfte der Männer und zwei Drittel der Frauen nicht lesen und schreiben können, ist ein Radio von unschätzbarem Wert. Neben mexikanischen Corridos und Boleros, revolutionären Liedern lateinamerikanischer und zapatistischer KünstlerInnen sind in diesem Radio auch mal die Beasty Boys, Rage against the machine und vor allem Manu Chao zu hören. Am Nachmittag werden ausführliche Nachrichtenblöcke gesendet: Lokale, nationale und internationale Meldungen, in dieser Reihenfolge. Und die Nachrichten werden gehört. Was vor einigen Jahren noch undenkbar war, ist inzwischen Normalität: DorfbewohnerInnen diskutieren in ihrem Alltag über den Irak-Krieg, wissen um die US-amerikanische Kubapolitik - und verweisen stolz auf ihr Radio.

In speziellen Aufrufen wenden sich die RadiomacherInnen, größtenteils Frauen, an die indianische Landbevölkerung, an StudentInnen, SympathisantInnen - und immer wieder an die Frauen - etwa so: "Hallo Frau! Träumst du von einer schönen Zukunft? Wir hier sagen dir, du hast das Recht, deinen Partner auszusuchen, und niemand kann dich mit Gewalt zur Hochzeit zwingen! So legt es das Revolutionäre Frauengesetz der EZLN fest." Dieses Gesetz wurde vor mehr als sieben Jahren von den zapatistischen Frauen verabschiedet und besitzt im gesamten zapatistischen Territorium Gültigkeit. Eine Männerstimme hingegen wendet sich regelmäßig an die männlichen Zuhörer und macht ihnen klar: "Genosse Bauer, denk immer daran, dass Frauen die gleichen Rechte haben wie du selbst. Sie haben das Recht, als Personen respektiert zu werden. Wenn du eine Frau schlägst, begehst du ein Verbrechen. Wenn du eine Frau zwingst etwas zu tun, das sie nicht tun will, dann verweigerst du ihr die Achtung. Wenn du ein guter Mann und ein guter Ehemann sein willst, denke immer daran!"

Doch der Sender wendet sich nicht nur an die eigenen Basis, ganz im Gegenteil. Auch Soldaten und Paramilitärs werden direkt angesprochen und zum Desertieren aufgefordert: "Soldat, der du aus dem Volk kommst, hör zu! Du bist genauso wie wir, genauso arm. Wenn du aufhörst Soldat zu sein, dann gewinnst du ein würdiges Leben. Hör auf, gegen deine eigenen Leute zu kämpfen, gegen deine eigene Familie und deine Nachbarn. Lass dich nicht mehr von der Regierung für ein paar Krümel kaufen. Verweigere die Befehle einer Regierung, die nur den Reichen dient und die Armen ärmer werden lässt!" Und das Programm scheint Erfolg zu haben. Zahlen über Desertionen veröffentlicht die mexikanische Armee zwar nicht. Aber Radio Insurgente erhält regelmäßig zustimmende Zuschriften von Soldaten.

Der Sub in seiner Eigenschaft als Moderator und DJ jedenfalls kommentierte in seiner ersten Sendung gut gelaunt die von ihm ausgewählte Musik und die internationale Politik, grüßte die EZLN-Basis und die bewaffneten Verbände, sprach von Globalisierung und dem kaltfeuchten Wetter in den Bergen, legte Cumbias auf - und spielte einen Blues von BB King: "There must be a better world somewhere".

Dario Azzellini

Ein Livestream der ersten Sendung von Marcos findet sich auf Indymedia Chiapas: http://chiapas.mediosindependientes.org/.

Spenden an: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V., Konto Nummer 162 641 08, Postbank Berlin, BLZ 100 100 10, "Spende Radio Chiapas"

23. Im Schatten der Maquilas. Die autonome Siedlung Maclovio Rojas in Tijuana

Autor: Christopf Twickel · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:30

Vier- bis sechsspurige Avenidas, alle fünfhundert bis tausend Meter weichen die Flachbauten mit Schnellrestaurants, Großapotheken oder Gebrauchtwagenhändlern einem riesigen Parkplatz, an den sich ein "centro comercial" anschließt, jene Einheit von Multiplex-Kino, US-amerikanische Junk-Food-Filialen und Shopping-Mall, in denen die EinwohnerInnen dieser Stadt ihre Freizeit verbringen. "Peter Piper Pizza bringt dir die Pizza direkt in Deine Maquila!", plärrt eine Werbestimme aus dem Radio. "Du musst nur ein Fax schicken mit der Unterschrift vom Chef!"

Tatsächlich bleibt die Pizza von Peter Piper den höheren Angestellten der Maquilas, der Sweat-Shops im Grenzgürtel USA-Mexiko vorbehalten - nicht nur, weil die "trabajadores de linea", die Fließband-ArbeiterInnen mit etwa 55 Dollar die Woche zu wenig verdienen, um sie sich leisten zu können, sondern auch weil sie am Arbeitsplatz einem Kontroll-Regime unterworfen sind, welches eifersüchtig darüber wacht, dass die Arbeitszeit der Firma gehört. Zweimal Klogang täglich, aber nur bis zu 20 Minuten vor oder nach der Mittagspause - so sieht ein typisches Reglement in der Freihandelszone aus.

Welcome to Tijuana

Ohnehin isst in den Peter Piper Pizza-Hallen kaum jemand Pizza, stattdessen drängeln sich die Kids in den Autoscooter- und Baller-Automaten, die drei Viertel der bahnhofsgroßen Gasträume füllen. So können auch Maquila-Arbeiterfamilien für ein paar Pesos teilnehmen am American way of life, der hier, in unmittelbarer Nachbarschaft zum kalifornischen San Diego, traditionell hoch im Kurs steht. Damit kein wirklicher Pauper, Obdachloser oder Junkie Peter-Pipers-Welt betritt, patrouillieren bewaffnete Wachleute. In den Gelben Seiten von Tijuana füllen die Anzeigen privater Sicherheitsdienste zwanzig Seiten. Diese Stadt wirkt wie ein kapitalistisches Laboratorium, in dem damit experimentiert wird, wie weit sich Menschen auf der einen Seite als billige Arbeitskräfte rücksichtslos gegen ihre Gesundheit und ihre Bedürfnisse ausbeuten und sich auf der anderen Seite als Nachfrager einer globalisierten Junk-Warenwelt benutzen lassen.

Auf der Otay-Hochebene im Industriepark Nueva Tijuana klettert Jaime Cota durch Schutthaufen einer stillgelegten Fabrik, in der Batterien recyclet wurden. Zu tausenden vergammeln hier Autobatterien, das Blei wandert ins Grundwasser, ein paar Hundert Meter hangabwärts liegt die nächste Siedlung. "Ich habe in einer ähnlichen Fabrik gearbeitet, wo Batterien recyclet wurden", erzählt er. "Die Firma erklärte, dass, wenn man viel Milch trinken würde, der Körper von dem Blei gereinigt würde, was eine Lüge ist. Die Milch hilft dir bloß, dass das Blei in die Knochen wandert. Wenn du viel Milch trinkst kommt das Blei nicht sofort in den Blutkreislauf, aber es ist auf jeden Fall im Körper. Als ich in die Firma kam, schenkte die Firma nicht mehr jedem Arbeiter täglich einen Liter Milch, so wie sie das vorher getan hatte, sondern im Laufe der Zeit waren sie dazu übergegangen zu erklären, dass Coca Cola denselben Effekt habe wie die Milch. Sie haben einen Cola-Automaten in der Fabrik aufgestellt und alle haben dort ihre Coca gekauft."

Jaime Cota ist Mitgründer der Selbsthilfe-Organisation CITTAC für Maquila-ArbeiterInnen. Vor gut 27 Jahren fing er als junger Kommunist an, in Maquilas zu arbeiten, um vom Fließband aus das Proletariat aufzuwiegeln. "Als wir Marx und Engels lasen, sprachen sie von einer Arbeiterklasse ohne Geschlecht. Als wir dann in die Maquilas kamen, stellten wir fest, dass diese Arbeiterklasse weiblich war. Und wenn wir einen Streik, eine Arbeitsniederlegung machten, dann füllte sich der Hof mit Kindern, und weder Marx noch Engels hatten uns gesagt, was wir mit all diesen Blagen machen sollten."

Rund achtzig Prozent der Maquila-Belegschaften sind Frauen. Billiger, naiver, leichter kontrollier- und manipulierbar - all diese Zuschreibungen verschaffen der weiblichen Arbeitskraft einen Konkurrenzvorteil gegenüber der männlichen. Aufkeimenden Widerstand gegen die prekären Verhältnisse am Arbeitsplatz deckelt häufig die häusliche Gewalt. "Als ich anfing, mich mit anderen Leuten zu versammeln, war das für meinen Mann eine Vernachlässigung meiner häuslichen Pflichten", sagt Mirella Ruvalcaba, deren Geschichte typisch ist für das weibliche Proletariat im Norden Mexikos: Aus einem kleinen Dorf in der Nähe von Guadalajara kommend hat sie ohne weiterführende Schul- oder Ausbildung als Teenager in den Maquilas angefangen. Sie hat mit ihrer Familie eine der "colonias", der wilden Siedlungen im Osten der Stadt,

mitgegründet und hat bereits eine Räumung hinter sich. Das Engagement in der Frauen-Organisation Factor X quittierte ihr Ehemann mit dem Rauswurf aus dem gemeinsamen Haus. Die familiäre Gewalt ergänzt und stützt das mörderische Produktionsregime der Maquilas, im Gegenzug jedoch bringt die Verwandlung ungelernter Landfrauen in Lohnarbeiterinnen den traditionellen Machismo ins Wanken. "Wenn ich nicht in der Maquila gearbeitet hätte, hätte ich womöglich nie herausbekommen, dass ich Rechte als Frau habe", sagt Ruvalcaba.

Nicht zufällig hat Maclovio Rojas, die einzige autonome Siedlung der Region, 1988 von der unabhängigen Gewerkschaft CIOAC gegründet, eine klar feministische Schlagseite. Fünf der zehn Delegierten der Gründergemeinschaft sind weiblich und auch die "Secretaria General" der Siedlung ist eine Frau: "In der politischen Arbeit musste ich mich anfänglich mit Männern auseinandersetzen, die sich irrsinnig großartig vorkamen. Heute respektieren mich diese Compañeros", erklärt Hortensia Hernandez, 38 Jahre, und erläutert den Sinn und Zweck des Frauen-Sozialzentrums von Maclovio Rojas: "Unsere Machos sind so wie sie sind, weil wir mexikanischen Frauen es erlauben. Weil es uns gefällt. ‚Wenn du mich nicht mehr schlägst, liebst du mich nicht mehr.` Das ist eine Kette, deshalb muss das auch aufhören, denn wenn ein Kind diese Gewalt in der Familie erfährt, was wird das für ein Mitbürger werden?" Meistens geht es im Centro Social de la Mujer um so profane Dinge wie Näh- oder Haarschneide-Kurse, die den Familien beim Sparen helfen, doch auch Respekt steht auf dem Lehrplan, die Frauen von Factor X sind regelmäßige Gäste.

Vielleicht ein Zehntel der zirka zehntausend Menschen in Maclovio Rojas engagieren sich aktiv für das Projekt, nehmen etwa an den Protestmärschen teil, die nach Mexicali, der Landeshauptstadt von Baja California, führen, oder vors Rathaus von Tijuana. Seit vor fünfzehn Jahren eine Hand voll Familien die kargen Hügel an der Landstraße nach Tecate besetzten sind den SiedlerInnen die Anlässe fürs Kämpfen nicht ausgegangen: Zuerst musste man sich gegen die Räumtrupps wehren, dann ging es um die Anerkennung als "Ejido" (siehe Kasten) und heute darum, dass die Landesregierung den Landbesitz von Maclovio Rojas anerkennt, jene 197 Hektar, die die Eigentümergemeinschaft 1994 von der Agrarreform-Behörde erwarb, nachdem ihr der Ejido-Status verweigert worden war.

Die Arbeiterklasse ist weiblich

"Was du hier sparst, kannst du wieder investieren", sagt die 27-jährige Maria de los Angeles Flores, die als 13-Jährige herzog, weil sich ihre Eltern mit ihrer winzigen Behausung in einer benachbarten colonia nicht mehr zufrieden geben wollten und die heute als Krankenschwester arbeitet. "Ich habe studieren können, weil wir keine Miete gezahlt haben, ansonsten hätte ich keine Ausbildung machen können."

56 Prozent des Stadtgebietes von Tijuana besteht aus "fraccionamientos irregulares", wilden Siedlungen. Die 80.- bis 100.000 Menschen, die jährlich auf der Suche nach Arbeit aus dem Süden herziehen oder weil sie am US-Grenzregime gescheitert sind, stehen permanent im Kampf um das Land, ermöglicht doch das mietfreie Siedeln ein Überleben mit Arbeitslöhnen, die für die reguläre Reproduktion nicht reichen. Die SiedlerInnen von Maclovio Rojas haben mit ihrer Gemeindeorganisation diesen Kampf nur politisiert. Drei Schulen, das Aguascalientes-Gemeindezentrum, das Frauenhaus, die Stadtteilzentren oder die Bücherei machen die Vorzüge der Selbstorganisation auch jenen BewohnerInnen anschaulich, die mit Projekt keine politische Idee verbinden, sondern einfach auf der Suche nach einer angenehmen Nachbarschaft waren oder nach einem größeren Grundstück. Autonomie heißt hier auch, auf die Abwanderung der transnationalen Maquila-Unternehmen zu reagieren, von denen viele in den letzten Jahren ihre Montagehallen nach China, Honduras oder Indonesien verlegt haben. Eine "zona comerciante" an der Landstraße mit Autowerkstätten, Obst- und Gemüseständen oder Restaurants steht für Alternativen zu den Maquila-Jobs, die gemeindeeigenen Felder sollen Subsistenz ermöglichen.

Maclovio Rojas liegt mitten in einem Stadtentwicklungsgebiet, in welchem Autobahnen und Industrieparks entstehen, ein "Regularisierungsprogramm" der Stadtregierung von Tijuana soll die wilden SiedlerInnen dazu bringen, ihre Grundstücke zu kaufen. Überall im Osten Tijuanas entstehen "zona urbanizadas", formatierte Reihenhaussiedlungen, die die anarchisch entstandenen "colonias" beerben sollen - basierend auf Wohnungsbaukrediten mit zirka 25-jähriger Laufzeit, die allerdings auch nur von den besser verdienenden ArbeiterInnen in Anspruch genommen werden können.

Kriminalisierung der SiedlerInnen

Angesichts der beabsichtigten Umwälzungen ist Maclovio Rojas für die rechte PAN-Regierung in Baja California ein Dorn im Auge, denn die Errungenschaften der Autonomie könnten Vorbildfunktion für die benachbarten, bislang schwach organisierten Gemeinden haben. Nachdem die Etablierung einer paramilitärischen Truppe im letzten Jahr gescheitert ist, setzt die Landesregierung, ähnlich wie in Chiapas und anderen ländlichen Regionen Mexikos - auf eine Teile-und-Herrsche-Strategie. Derzeit werden fast alle politischen Repräsentanten von Maclovio Rojas per Haftbefehl gesucht - unter dem Vorwand der illegalen Entnahme von Wasser aus dem benachbarten Aquädukt, eine in der Gegend eigentlich völlig übliche und geduldete Praxis. Zwei der Gemeindedelegierten werden seit Monaten in Untersuchungshaft gehalten - die Frauenbeauftrage Nicolasa Ramos seit Dezember, der Stadtteilabgeordnete Juan Regalado seit Mai. Die anderen community organizer sind untergetaucht. Gleichzeitig propagiert eine PAN-nahe Gruppe von EinwohnerInnen die Zusammenarbeit mit der Landesregierung - was bereits zu gewalttätigen Auseinandersetzungen in der Gemeinde geführt hat. Der Grund für die nach wie vor mehrheitlich widerständige Haltung der SiedlerInnen ist simpel und einleuchtend - die meisten würden eine offizielle "Regularisierung" der Grundstücke nicht bezahlen können.

Für Artemio Osuna, den Agrarbeauftragten, der wie die Generalsekretärin Hortensia Hernandez derzeit untergetaucht lebt, hängt das Überleben von Maclovio Rojas wesentlich von der internationalen Vernetzung ab: "Je mehr wir es schaffen, unseren Kampf zu globalisieren, ihn mit den anderen zusammenzuführen, desto schwieriger wird es für die andere Seite. Wenn das Projekt Maclovio Rojas in der internationalen Öffentlichkeit Bekanntheit findet - das ist es, was die Regierung dazu bringen wird, die Repression zu stoppen."

Christoph Twickel

24. Für eine Ökonomie des Glücks: Theorie und/oder Kampf? Bourdieu ist tot, es lebe Bourdieu. Eine Rezension

Autor: st · Rubrik: Theorie; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:36

"Theorie als Kampf" - so lautet der vielversprechende und programmatische Titel eines kürzlich erschienenen Sammelbandes über die politische Soziologie des Anfang 2002 in Paris verstorbenen Pierre Bourdieu. In der Tat ein gut gewählter Titel, denn Arbeit und Person Bourdieus zeichnete gerade beides aus: eine theoretische und eine kämpferische Leidenschaft; eine heutzutage und insbesondere hierzulande unter akademischen Intellektuellen selten anzutreffende Mischung. Bloß: Am Ende des Titels des hier vorgestellten Buches findet sich ein Fragezeichen. Und das hat seinen Grund.

Dass Theorie immer auch Kampf ist - um Titel, Bedeutung, Anerkennung, kurz: symbolisches Kapital - darin dürften sich die 25 AutorInnen wohl einig sein. Von Theorie als Kampf zu sprechen, erfordert aber eigentlich, zumal wenn es dabei um Bourdieu gehen soll, danach zu fragen, wie welche Theorie in welchen politischen Kämpfen mit welchen Zielen zum Einsatz gebracht werden kann. Für eine solche Beantwortung der Titelfrage wäre wiederum nicht nur Voraussetzung, dass man die betreffenden theoretischen Instrumente kennt und anwendet - hier: die bourdieuschen Konzepte des Habitus, der Kapitalformen, der sozialen Felder, der Praxis etc. -, sondern auch, dass man von gegenwärtigen sozialen Kämpfen weiß und das eigene Arbeiten auch als deren Bestandteil versteht. Diese Art Antworten aber werden in dem hier diskutierten Band eher weniger gesucht. Und das entbehrt, gerade wenn man sich mit Bourdieu beschäftigt, nicht einer gewissen Komik. Denn der hat wohl wie wenig andere die Notwendigkeit des Theoretisierens in und für soziale Kämpfe nicht nur als Anforderung oder Problem benannt, sondern in seiner Biografie gelebt; etwa in seinem Einsatz für die Sans Papiers in Frankreich oder in seinem Engagement für den Aufbau einer "Internationale der Intellektuellen" gegen die weltweite neoliberale Hegemonie.

Die merkwürdige Abwesenheit der im Titel programmatisch angerufenen Kämpfe in diesem Band macht seine Beiträge nicht gleich uninteressant. Äußerst aufschlussreich etwa ist Michael Vesters Beitrag über die Entwicklung und Verschiebung gesellschaftlicher Milieus in der Bundesrepublik, der auf umfassenden empirischen Untersuchungen basiert und Bourdieus Analyse der Klassenrelationen innerhalb der französischen Gesellschaft zugleich für Deutschland überprüft und differenziert. Vesters Arbeit zeichnet sich außerdem dadurch aus, dass sie an E.P. Thompsons historische Untersuchung über die Entstehung der englischen Arbeiterklasse anknüpft und die Herausbildung der verschiedenen sozialen Milieus in Deutschland als Konsequenz aus vielfältigen und fragmentierten "Klassenkämpfen" fasst. Doch etwas verwundert folgt man seiner materialreichen Darstellung zum Ende, an dem fast warnend auf die Gefahr der Erosion "sozialer Stabilität" durch "leichtfertige" Außerkraftsetzung institutioneller Kompromissstrukturen hingewiesen wird. Ob es wünschenswert ist, dass die in gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen "gebundenen Energien wieder frei werden", scheint Vester eher fraglich zu sein, was wiederum erstaunlich ist, weil doch von Bourdieu und Thompson ausführlich beschrieben worden ist, wie hoch der Preis ist, den vor allem die unteren Klassen für die "soziale Stabilität" zu zahlen haben.

Produktion von Legitimität

In der Tat ist auch richtig, wie Steffani Engler und Karin Zimmermann ausführen, dass die soziologische Rezeption Bourdieus dessen herrschaftskritisches Potenzial schon begrifflich oft nicht fasst, weil sie den Grundgedanken Bourdieus von der unhintergehbaren Relationalität sozialer Positionen nicht wirklich aufnimmt, was dann schließlich auch dazu führt, dass die eigene soziale Position als TheoretikerIn unreflektiert bleibt und das theoretische Tun so unter der Hand doch wiederum nichts anderes ist als die Produktion von "legitimem", d.h. Herrschaftswissen. Nur: Was folgt daraus - wenn dank Bourdieu "sich WissenschaftlerInnen neue Möglichkeiten eröffnen und ihren eigenen Standpunkt herrschaftskritisch reflektieren"? Eine allgemeine Ethik der wissenschaftlichen Selbstreflexion ist sicherlich wünschenswert und durchaus auch im Sinne Bourdieus, doch ginge es auch hier - wiederum den Titel des Buches ernst genommen - nicht darum, die selbstreflexive

Herrschaftskritik zum Einsatz zu machen, um z.B. die sozialen Mechanismen universitärer Wissensreproduktion konkreter zu benennen - und damit angreifbar zu machen?

Interessant sind auch die beiden feministischen Bezugnahmen auf Bourdieu - übrigens, bis auf den gerade genannten Beitrag und einen kurzen Einführungstext von Sighard Neckel die einzigen Aufsätze von Frauen in diesem Band (was auch ein interessantes Objekt für die Selbstreflexivität der HerausgeberInnen wäre: Wer schreibt warum zu welchen Themen und gilt wofür als "ExpertIn"?) - die sich v.a. kritisch auf Bourdieus Konzeption "männlicher Herrschaft" beziehen und ganz zu Recht dort einen ziemlich großen "blinden Fleck" ausmachen, der darin besteht, die Arbeit der "Denaturalisierung", die Bourdieu so überzeugend in Bezug auf Klassenrelationen und Lebensstile vorgeführt hat, in Bezug auf die Frage nach den Geschlechterverhältnissen zu vernachlässigen. So scheint bei Bourdieu "die" Frau immer noch ernst zu nehmende Analysekategorie und zudem mehr oder weniger ohnmächtig in maskuline Herrschaftsspiele verstrickt zu sein: Männer lieben die Macht, stellte Bourdieu fest, und Frauen lieben die Männer, die die Macht lieben; dafür aber sind sie immerhin ausgestattet mit einem "Scharfblick der Ausgeschlossenen". Dass das völlig zu kurz greift und feministische Theoriedebatten nicht ansatzweise rezipiert, ist klar; auf der anderen Seite ist bei Bourdieu das Geschlechterverhältnis fundamentales Herrschaftsverhältnis - für die meisten sonstigen Soziologen immer noch ein exotischer Gedanke. Wie auch immer: Zu überlegen, welche Art feministischer (oder sonstiger) Kämpfe aus der Kritik des bourdieuschen Männerherrschafts-Theorems folgt, steht wohl noch aus.

Unzweifelhaft stimmt auch, wie Susanne Kröhnert-Othman und Ilse Lenz feststellen, dass ein "ungelöstes brennendes Problem" ist, wie eine Gesellschaftstheorie vorstellbar ist, "die die unterschiedlichen Dimensionen z.B. der Ungleichheit nach Klasse und Ethnizität integrieren kann". Doch einiges spricht dafür, dass gerade Bourdieu weniger dieses "Integrationsproblem" auf der Seele brannte als vielmehr die den "Ungleichheiten" zu Grunde liegenden und - eben! - immer umkämpften Kräfteverhältnisse, und wenn das stimmt, dann geht es wohl weniger darum, Phänomene in die Theorie zu integrieren, als vielmehr darum, gerade angesichts einer scheinbar übermächtigen neoliberalen Hegemonie genauer zu bestimmen, unter welchen Bedingungen und mit welchen Einsätzen Herrschaftsverhältnisse derzeit (re-)produziert werden.

Was wem auf der Seele brennt

In diesem Sinne zeigt der Soziologe Loic Wacquant, der eine Reihe von Arbeiten gemeinsam mit Bourdieu veröffentlichte, in einer brillanten historischen Rekonstruktion des Verhältnisses von Getto und Gefängnis in den USA, wie das downsizing des sozialen Sektors mit dem upsizing des staatlichen Strafsektors einhergeht, bis Getto und Gefängnis sich schließlich so ähnlich werden, dass von einer "tödlichen Symbiose" gesprochen werden kann - einer äußerst funktionalen Symbiose zudem, jedenfalls was den konsequenten gesellschaftlichen Ausschluss von immer größeren Teilen der männlichen schwarzen Bevölkerung angeht. Die Behandlung der Unterklassenfrage durch das Gefängnissystem, so Wacquant, stellt am Ende des 20. Jahrhunderts den Schlüssel zur Formation des postkeynesianischen Staates im 21. Jahrhundert dar; wobei die "Unterklassenfrage" zugleich, wie Wacquant eindrucksvoll belegt, Synonym für eine immer noch zunehmende "Rassen"segregation ist.

Olaf Groth greift den auch in diesem Buch mehrfach konstatierten Bruch zwischen Bourdieus politischen und soziologischen Schriften auf, der darin besteht, dass Bourdieu theoretisch so staatskritisch war, wie er den Staat andererseits politisch als letztes Mittel gegen die Entfesselung der "archaischen Kräfte des Marktes" beschwor. Groth skizziert nun - ganz im Sinne der Herausgeber "mit Bourdieu über Bourdieu hinaus" - von diesem Widerspruch ausgehend eine Theorie neoliberaler Hegemonie, die mit Bourdieu für die "kulturellen und symbolischen Dimensionen sozialer Ungleichheit und kollektiver Kämpfe sensibilisiert" ist: Bourdieu hielt die so genannte "Ideologie der Kompetenz", die "neue Herrschaftsform der ‚sanften Tour?` und des entkrampften Stils" für die derzeit dominierende symbolische Form der Reproduktion bürgerlicher Klassenherrschaft; und eben diese Perspektive muss, so Groth, mit der Analyse postfordistischer Kapitalakkumulation verbunden werden. In Bourdieu die "Krise des Fordismus" einzulesen, würde aus dieser Sicht bedeuten, sowohl solche neuen Formen symbolischer Herrschaft vor allem als Reaktion auf die Infragestellung bürgerlicher Herrschaftspositionen zu begreifen, als auch andererseits stärker zu berücksichtigen, dass der Neoliberalismus kein kohärentes System von Lebensstilen und keine kohärente Ideologie, sondern ein in sich widersprüchliches und fragmentiertes "hegemoniales Projekt" ist. Ziel müsste es sein, meint Groth, eine Arbeit der "Re-präsentation" zu beginnen, d.h. der Wiederaneignung von (z.B. antiautoritären) Lebensformen,

Konzepten und Kräfteverhältnissen, die inzwischen allerorten für neoliberale Politikmodelle instrumentalisiert und korrumpiert werden.

Auch Jens Kastner bezieht sich auf Bourdieus politisches Anliegen und erweitert es entlang bourdieuscher theoretischer Begriffe: Er zeigt am Beispiel der Entwicklung der bundesdeutschen Asylgesetzgebung eindrücklich, wie der moderne Nationalstaat unter neoliberalen Bedingungen "ethnifizierende", sprich: rassistische Effekte produziert und institutionell absichert. Bourdieu beim Wort nehmend, der in einem seiner politischen Texte davon spricht, dass der "Gegensatz zwischen Zugehörigen und Fremden" die fundamentale soziale Ordnungskategorie zu werden scheint, fordert Kastner mit dem "politischen" gegen den "theoretischen" Bourdieu, die Kategorie "Ethnie" einzuspeisen in das Habitus-Konzept, das bei Bourdieu die Einverleibung, "Verkörperung" und Reproduktion sozialer Positionen im Denken und Handeln der Individuen beschreibt. Bourdieus ansonsten im akademischen Spektrum auch gerne mal belächelte politische Statements macht Kastner so zum Ausgangspunkt theoretischer Weiterentwicklung, wenn er feststellt, dass "die soziologische Theorie durchaus aus dem politischen Aktivismus Bourdieus" Nutzen ziehen könne.

Bourdieu beerben, glücklich werden ...

Bourdieu zufolge stellt sich in allen ausdifferenzierten Gesellschaften als fundamentale Frage die nach der Erbfolge. "Erbe" ist in diesem Sinne ein widersprüchliches Medium der Reproduktion von gesellschaftlichen Positionen, insofern für viele Menschen die Kluft zwischen dem, was sie erreichen, und den Erwartungen ihrer Eltern, die sie nicht erfüllen, denen sie aber auch nicht abschwören können, Leid produziert - z.B. durch einen verdeckten Eltern-Imperativ, der gerade Nachgeborenen nicht-privilegierter Klassen einflüstert: Werde etwas Besseres, aber verlass uns nicht.

Ähnlich Widersprüchliches lässt sich auch in Bezug auf den "Nachlass" Bourdieus konstatieren: Um der auch in diesem Buch stets wiederholten Notwendigkeit gerecht zu werden, die "Schwächen" von Bourdieus politischer Soziologie zu überwinden, scheint eine Voraussetzung zunächst doch zu sein, sich Bourdieus "Theorie-Habitus" zu eigen zu machen, der eben darin besteht, Theorie in radikaler Weise nicht als Selbstzweck zu verstehen.

Dass das möglich ist, zeigen einige Beiträge in diesem Sammelband eben auch. Und so besteht am Ende der Lektüre immer noch Hoffnung, dass Bourdieus Erbe auch in Zukunft angetreten und überschritten wird - in Bemühungen um konsequent "staatskritische" Theorien, die ihr Involviertsein in gesellschaftliche Kämpfe um Gegenmacht zur neoliberalen Hegemonie nicht in Frage stellen, sondern begrüßen; schließlich geht es nach Bourdieu doch um nicht weniger als die Entwicklung einer "Ökonomie des Glücks".

Stefanie Graefe

Uwe H. Bittlingmayer, Rolf Eickelpasch, Jens Kastner, Claudia Rademacher (Hrsg.): Theorie als Kampf? Zur politischen Soziologie Pierre Bourdieus. Leske und Budrich, Opladen 2002, 492 Seiten, 24 Euro

25. KO durch Konsens. Attac Frankfurt distanziert sich mühsam von Rechtskonservativen

Autor: Martin Brust · Rubrik: Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:25

Das Netzwerk der GlobalisierungskritikerInnen streitet über den Umgang mit Rechtspopulisten. Auslöser des Konflikts ist ein Bündnis der Frankfurter Attac-Gruppe mit der rechten Wählerinitiative BFF.

Seit Ende Mai läuft in Frankfurt am Main ein Bürgerbegehren gegen die Verleasung des U-Bahn-Netzes an ein US-Konsortium. Dank der breiten öffentliche Diskussion über dieses so genannte Cross-Border-Leasing (CBL) sind die Grünen aus der großen Koalition der Befürworter ausgeschert. Das CBL, bei dem ein US-Konzern Steuervorteile erzielt und die notorisch klamme Stadt 100 Millionen Euro hätte verdienen können, hat damit im Moment keine Chance auf Realisierung.

Die stark populistisch ausgerichtete und moralisch argumentierende Anti-CBL-Kampagne wurde hauptsächlich getragen vom globalisierungskritischen Netzwerk Attac. Daneben fanden sich einige weitere linksliberale Gruppen unter den Initiatoren, aber eben auch die im Stadtparlament vertretenen Partei Freie Wähler BFF - Bürgerbündnis für Frankfurt. Im BFF-Programm finden sich Forderungen nach mehr Heimatkunde zum Schutz der "Frankfurter Seele" und nach dem Verbot, in Kindergärten andere Sprachen als deutsch zu sprechen. Diese und weitere Punkte widersprechen nach Ansicht von Teilen der Frankfurter Attac-Gruppe dem Attac-Grundkonsens, der Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Chauvinismus ausschließt. Ende Juli war schließlich der interne Streit in der Frankfurter Attac-Ortsgruppe über die Frage der weiteren Zusammenarbeit mit BFF an die Öffentlichkeit gelangt.

"Das hat ein Geschmäckle ..."

Zu diesem Zeitpunkt schien man sich bei Attac zwar einig darüber, dass die Aufnahme des BFF in das Anti-CBL-Bündnis ein Fehler war. Gleichwohl verweigerte sich eine Fraktion der Frankfurter Attac-Ortsgruppe der Forderung nach Ausschluss des BFF. Streit, so die Befürchtung, hätte eventuell eine negative Wirkung auf das Bürgerbegehren. "Das hat ein Geschmäckle, wenn wir den BFF so kurz vor dem Ziel quasi vom Siegertreppchen stoßen", so Michael Friedrich, Sprecher des Bürgerbegehrens und Mitglied im Koordinierungskreis von Attac Frankfurt. KritikerInnen aus verschiedenen Mitgliedsgruppen von Attac Frankfurt, darunter Uni-Gruppe, Jungdemokraten/Junge Linke und Medico International hatten sich inzwischen öffentlich von einer Politik distanziert, die "Gruppen wie den BFF als Bündnispartner ansieht, obwohl diese für eine ausländerfeindliche Politik stehen". Die Forderung nach Distanzierung vom BFF bekam dann zwar eine Stimmenmehrheit im Attac-Koordinierungskreis, jedoch keinen Konsens (der nach Attac-Definition bei 90 Prozent Zustimmung erreicht ist). Und so arbeitete das Bürgerbegehren zunächst in der kritisierten Zusammensetzung weiter.

"Wer seid ihr eigentlich?"

Eine Erklärung der KritikerInnen tauchte schließlich auf der Webseite von Attac-Deutschland auf, nachdem ihre Veröffentlichung auf den Frankfurter Seiten abgelehnt worden war - die Kritik sei als Einzelmeinung zu werten und könne nicht unkommentiert auf der Webseite stehen, erklärte Friedrich in einer E-Mail - wohlgemerkt vor dem Hintergrund, dass im Koordinierungskreis eine Mehrheit den Wunsch nach Distanzierung vom BFF bekundet hatte. Dabei bestätigt Rolf-Henning Hintze, ebenfalls Sprecher von Attac Frankfurt und Befürworter weiterer Zusammenarbeit mit dem BFF: "Teile des BFF-Programms sind ausländerunfreundlich." Auf die Frage, wo der Unterschied zwischen Fremdenfeindlichkeit und Ausländerunfreundlichkeit liege, gab Hintze zu, dass die Übergänge wohl fließend seinen.

Auf einem Attac-Plenum Ende August zeigte sich deutlich, wie verhärtet die Fronten inzwischen sind. Friedrich hatte bereits in einer schriftlichen Stellungnahme vom 22. August die KritikerInnen gefragt: "Aber wer seid ihr eigentlich, uns auf diese Tour anzupissen?" Auf dem außerordentlich gut besuchten Plenum der Ortsgruppe am 26. August wurde deutlich: Friedrich und seine Mitstreiter schätzen Rassismus offensichtlich nicht als ein zentrales Problem ein, sondern geben dem Gelingen des Bürgerbegehrens oberste Priorität. Ob man dabei mit

BFF, Junger Union oder SPD kooperiert, ist zweitrangig. Denn, so der Sprecher des Bürgerbegehrens: "Vor uns fürchtet sich die Deutsche Bank, und über euch lacht sie, wenn sie euch überhaupt zur Kenntnis nimmt."

Nach einer turbulenten und langen Sitzung hat das Plenum schließlich doch eine Erklärung verabschiedet, in der es heißt: "Attac wird umgehend den Ausschluss des BFF (aus dem Bürgerbegehren, ak) beantragen. Wir gehen davon aus, dass es für unsere demokratischen Bündnispartner keine Frage sein wird, ob man weiterhin mit Gruppen zusammenarbeitet, die Polizeigewalt statt Sozialsystem, Anpassung statt Vielfalt und Arbeitszwang statt solidarischem Miteinander fordern." Der Antrag wurde mit 24 Stimmen gegen 16 für einen Gegenantrag und drei Enthaltungen zwar angenommen, erreichte jedoch wiederum keinen Konsens, so dass seine Verbindlichkeit und Umsetzung fraglich waren. Wenige Tage später kam das BFF der Resolution dann durch seinen Austritt zuvor, allerdings nicht ohne vorher juristische Schritte gegen die KritikerInnen anzudrohen. Und die bei der Attac-Abstimmung Unterlegenen wollen nun deren Gültigkeit vom Bundeskoordinierungskreis beurteilen lassen.

"Die Deutsche Bank lacht über euch ..."

Bemerkenswert, wie die netzwerkartigen und basisdemokratischen Strukturen von Attac sich verheddern: Angefangen bei einer zeitweisen Unklarheit im Plenum über die anwesenden Wahlberechtigten, fortgesetzt mit bürokratisch anmutenden Geschäftsordnungsspielchen und vermutlich noch längst nicht beendet mit einer Vorstellung von Demokratie, die zur Aufnahme der Zusammenarbeit mit dem BFF keinen Konsens brauchte; dessen Fehlen aber dann als schützenden Schild vor die Kooperation hält. Und schließlich stellt sich auch in Bezug auf das Konsensprinzip von Attac die Frage nach den Grenzen: Eine Blockademinderheit von zehn Prozent ist, wie gezeigt, schnell beisammen. Zugleich mutet eine solche stark auf die Herstellung von Einigkeit abzielende Regel merkwürdig an bei einer Art Dachorganisation, deren einzelne Arbeitsgruppen in Frankfurt teilweise wohl kaum etwas miteinander zu tun haben wollen und ein breites Spektrum an politischen Ansichten repräsentieren.

Martin Brust

Der Artikel ist in voller Länge nachzulesen unter www.liga6000.de

26. "Liberty-Gangster". Anti-Amerikanismus und konkret-Cover

Autor: Markus Mohr/Klaus Viehmann · Rubrik: USA; Bücher, Filme, Broschüren; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:05

In diesen Tagen wird im Konkret Literatur Verlag das von Michael Hahn herausgegebene Buch "Nichts gegen Amerika - Linker Antiamerikanismus und seine lange Geschichte" erscheinen. (1) In der Verlagsankündigung heißt es: "Auch in linken Bewegungen tauchen immer wieder die üblichen Klischees über Politik, Kultur und Gesellschaft der USA auf. Dazu gehören Cowboy-Assoziationen und die Rede von der ‚Oberflächlichkeit' ebenso wie der Vorwurf, die Bush-Regierung folge nur materiellen - oder, wahlweise, missionarischen - Interessen. In den sechziger Jahren lauteten die Schlagworte 'USA-SA-SS' heute 'Bush gleich Hitler' ... Der Sammelband untersucht das Verhältnis deutscher Linker zu den USA: ParteikommunistInnen und RAF-AktivistInnen, Achtundsechziger und HiphopperInnen, Friedensbewegte und GlobalisierungskritikerInnen und soll zu einer nicht-antiamerikanischen Kritik an den USA beitragen." (2)

Klaus Viehmann und Markus Mohr waren vom Herausgeber für einen Beitrag über "Antiamerikanismus auf linken Plakaten" angefragt worden. Sie sagten zu und untersuchten dann etwas abweichend von der ursprünglichen Themenstellung die Titelbilder der Zeitschrift konkret aus den Jahren 1974-1989. Der Herausgeber des Buches hat trotz des so nicht abgesprochenen Inhalts für eine Aufnahme in den Sammelband plädiert. Der Konkret Literatur Verlag lehnte eine Veröffentlichung dieses Beitrags im Buch allerdings ab. Weshalb er nun hier erscheint.

Am 3. Mai 1973, noch unter der Herausgeberschaft von Klaus Rainer Röhl, wies das damals zweiwöchentliche Magazin konkret seine LeserInnen auf dem Cover mit den Zeilen "Anti-Amerikanismus in der BRD" auf seine Titelgeschichte hin. Hinzu kam der bissige Zusatz: "Nixons nützliche Märchen". Das Editorial zu diesem unter redaktioneller Verantwortung von Otto Köhler publizierten Artikel beginnt mit der kühlen, auf die Funktion des Anti-Amerikanismus-Vorwurfes gemünzten Feststellung: "Nixon ist in Not. Sein Krieg ist verloren, sein Ruf ruiniert. Auf der Suche nach einem Sündenbock haben die Berater des Präsidenten den Anti-Amerikaner gefunden." Direkt anschließend wird die rhetorische Frage gestellt, ob denn nun "Anti-Amerikanismus ein Schuh" sei, den sich "ein Linker anziehen" könne. Im Artikel finden sich eine ganze Reihe von auch heute noch bedenkenswerten Sätze zu rechtem und linkem Anti-Amerikanismus, der deutlich zurückgewiesen wird. Unmissverständlich wird den konkret-LeserInnen klargemacht, dass gerade "für Linke Anti-Amerikanismus eine Falschmünze ist, die sie nicht akzeptieren dürfen. Und eine Sprachschluderei obendrein - auch Allende und Castro sind Amerikaner." Allerdings klingen die Zwischenüberschriften des Beitrags etwas eigentümlich, da die Politik der Nixon-Regierung mit Formulierungen wie "Besatzung", "Terror gegen Kinder und Kranke", "Kriegserklärung an Europa" und "faulige Dünste der Korruption" kritisiert wird.

Problem oder Falschmünze?

Das eigentliche Titelbild dieser konkret kann kein Material für Anti-Amerikanismus-Vorwürfe liefern, da jede Aussage über die Nationalität der am Strand sitzenden, halbnackten Frau vermieden wird. Das Bild weist eher auf den seinerzeit auch in linken Gazetten handelsüblichen Sexismus hin und die zynische Regel, dass "Sex sells".

Zurück zum Text. Hier zeigt sich die komplizierte Gratwanderung, den die Kritik in diesem Land zwischen einer legitimen Kritik an der imperialen Politik einer US-Regierung und eigentümlich tückisch-oberflächlichen Phänomen wie Anti-Amerikanismus zu gehen gezwungen ist. Dies gilt umso mehr, als eine halbwegs wissenschaftlichen Definition, wo Anti-Amerikanismus anfängt und vielleicht auch wieder aufhört, bislang leider aussteht. Insofern müssen wohl alle engagiert am politischen Handgemenge Beteiligten damit leben, sich mit diesem Vorwurf auseinander zu setzen, wenn sie sich in Widerspruch zur US-Regierungspolitik befinden. Demgegenüber haben es offene und verdeckte Befürworter der US-Regierungspolitik natürlich leichter, denn ihnen wird der Vorwurf des Anti-Amerikanismus kaum gemacht werden.

Das Problem Anti-Amerikanismus drängte sich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre auch dem seit 1974 amtierenden konkret-Herausgeber Hermann L. Gremliza auf. 1997 schrieb er - überraschend knapp - unter der Überschrift "Amerika, Amerika" in dem Sammelband "konkret vierzig Jahre - Eine linke deutsche Geschichte

1957-1997" zu diesem Problem: "(In der konkret herrschte] ein Anti-Amerikanismus, in dem sich berechtigte Opposition gegen die Führungsmacht des Imperialismus immer wieder mit deutschen Ressentiments gegen ‚Wall Street`, seine (jüdischen) ‚Börsenjobber` und die kulturelle Minderwertigkeit der USA verband. Der Weg vom Kulturkampf gegen Hollywood und Coca Cola bis zur Bitte an die USA, ihre Soldaten nicht aus Deutschland abzuziehen, zog sich von 1957 bis 1989/90."

Dieser eigentümlich groß gewählte Zeitraum korrespondiert damit, dass in der dokumentierten 1989er-Juli-Kolumne "Ami stay here" ziemlich viel über DDR, Sowjetunion und Deutschland steht, aber nichts zu Anti-Amerikanismus. Die Begriffe "1957" und "Kulturkampf" legen Assoziationen grauer Vorzeiten nahe und relativieren so etwaigen Anti-Amerikanismus der jüngeren Zeit. Grund genug, hier einmal genauer nachzusehen - zumal konkret eine auflagenstarke Zeitschrift war.

Titelbilder als Visitenkarte

Wir diskutieren das Problem Anti-Amerikanismus in der Zeitschrift konkret ausschließlich auf der Basis der von uns ausgewählten Titelbilder und der unmittelbar darauf Bezug nehmenden Texte. Vielleicht findet sich einmal jemand, der einen Teil seiner Lebenszeit - z.B. im Rahmen einer sozial- oder politikwissenschaftlichen Diplomarbeit - dafür aufwenden möchte, die in konkret publizierten Texte in Hinsicht auf Anti-Amerikanismus durchzusehen. Hier nur der Hinweis, dass eine CD-ROM-Stichwortrecherche aller konkret-Ausgaben von 1980 bis 1999 allein zu "Antiamerikanismus", "Anti-Amerikanismus" und "Amerikanismus" knapp 100 Einträge ergab. Was das für die zur Diskussion stehende Frage bedeutet, beanspruchen wir hier nicht zu beantworten.

Das Cover einer Zeitschrift kann als Visitenkarte des Projektes verstanden werden. Seine Auswahl und Gestaltung ist ganz sicher nie zufällig, nebenbei oder gar gegen den ausdrücklichen Willen des jeweiligen Herausgebers erfolgt. Es soll ja möglichst plakativ - im Sinne von populär und allgemein verständlich - sein, um potenzielle KäuferInnen anzusprechen. Dies gilt umso mehr für eine Zeitschrift, die sich halbwegs rentabel auf einem anonymen Käufermarkt behaupten muss. Sehr sinnvoll erscheint es da, bestehende Stimmungen, Affekte und Assoziationsräume der anvisierten Käufergruppe mit entsprechenden Bildern, Text- und Bildmontagen zu bedienen, da diese die Kaufentscheidung positiv beeinflussen. Auch die Redaktion einer politischen Gazette hat Gründe, das Zeitschriftencover so zu gestalten, dass es die Leserinnen nicht vor den Kopf stößt. Entsprechend - das ist ja selbstverständlich - müssen sich die Herausgeber die Cover ihrer Zeitschrift als programmatisches Statement zu den von ihnen behandelten Fragen und Themen der Zeit zurechnen lassen.

Seit 1974 - nach der Pleite ihres Herausgebers Röhl - wird konkret von Hermann L. Gremliza herausgegeben. konkret bediente in den 1970er und 1980er Jahren das linkssozialistische und linksorthodoxe politische Spektrum der BRD, und entsprechend waren die Titel gestaltet und choreografiert. Die seit Mitte der 1960er Jahre von Röhl praktizierte Präsentation von barbusigen Frauen wurde von dem neuen Herausgeber - mit einer Ausnahme im Jahre 1977 - aufgegeben. Die Titelbilder versuchten nun explizit politische Sachverhalte zu visualisieren. Kaum verwunderlich, dass nun die Köpfe von US-Präsidenten auf konkret-Cover gerieten. Schließlich genießt jeder US-Präsident auf Grund seiner ihm zufallenden Machtfülle einen ziemlich großen Bekanntheits- und Wiedererkennungsgrad. Was also liegt für eine linksorthodoxe Zeitschrift näher, als bei der Präsentation des Fotos eines US-Präsidenten auch mit Hilfe des Covers kritisch Position zu beziehen?

Entsprechende Titelbilder haben wir bei der Durchsicht der zwischen 1974 bis 1989 publizierten konkret-Ausgaben gefunden und sieben augenfällig für das Thema "Anti-Amerikanismus in der Linken" interessante ausgewählt. Natürlich sagt allein die Abbildung des Gesichtes des jeweiligen US-Präsidenten kaum etwas über womöglich anti-amerikanische oder pro-amerikanische Absichten aus. Der Stil des jeweiligen Bildes, eine beabsichtigte unvorteilhafte Darstellung und seine Verbindung mit einer textlichen Aussage sind aussagekräftigere Kriterien.

Im Februar 1976 fanden sich ein Konterfei von Charles Manson und eine Banane haltende Pin-Up-Version der Freiheitsstatue auf dem Cover. (Manson wurde seinerzeit als Drogenfreak, Mörder von Sharon Tate und Anführer einer sektenähnlichen Gang durch die Schlagzeilen gezogen - der damalige konkret-Autor Martin Walser kritisiert dieses Vorgehen am Beispiel der Spiegel-Berichterstattung, mokiert sich aber auch über die kaputte Szene in Hollywood rund um Polanski.) Die Zusammenstellung vom hässlichen Amerikaner Manson als finstere Macht mit diabolischem Blick im dunklen Hintergrund und US-Freiheit als Prostituierter, die primitiv

mit käuflichem Sex und klassischer Affennahrung lockt, riecht schon sehr nach "Kulturkampf", dafür spricht auch die abgebildete US-Fahne. Einen leibhaftigen Affen werden wir übrigens ein paar Jahre später auf einem anderen Cover sehen.

Hässlicher Amerikaner und käuflicher Sex

Im März 1979 erschreckte konkret ihre LeserInnen mit dem durch bedrohliche Militärwaffen entstellten Präsidentengesicht des heutigen Friedensnobelpreisträgers Jimmy Carter. Verstärkt durch sein dreistes Grinsen ist er das personifizierte Monster. Aufsteigend wie eine startende Rakete findet sich die rhetorische Frage "Wer fängt den 3. Weltkrieg an?" Nach zwei von Deutschen vom Zaun gebrochenen Weltkriegen gilt diese Befürchtung nun der von Jimmy Carter geführten US-Regierung. Irritieren muss die - ausgerechnet links unten - auf dem Titelbild platzierte Banderole "Wirtschaftswunder Auschwitz". Dem Titelbild selbst ist nicht anzusehen, dass sich diese beiden zynisch klingenden Worte nicht auf die darüber visualisierte Militärpolitik des amerikanischen Präsidenten beziehen. Wer sich aber durch die auf dem Titelbild wirklich arrangierte Assoziationskette Weltkrieg, US-Präsident und Auschwitz zum Kauf dieses Heftes hat animieren lassen, wird bemerkt haben, dass sich die Banderole auf die damals in der bundesdeutschen Öffentlichkeit erregt geführte Diskussion um die im öffentlich-rechtlichen Fernsehen ausgestrahlte US-amerikanische Serie "Holocaust" bezog.

Der zum "3.Weltkrieg" gehörende Artikel stammt aus der Feder des damaligen SPD-Mitgliedes Gremliza und beschäftigt sich mit der von der damaligen, von Helmut Schmidt geführten Bundesregierung mitvollzogenen Aufrüstungspolitik der Carter-Regierung gegen die Sowjetunion. In seiner Argumentation arbeitet Gremliza den defensiven Charakter der sowjetischen Außenpolitik heraus, die sich unter anderem "gerade jetzt - aus dem Chaos an ihrer Südgrenze heraus (halte), bloß um die USA nicht zu reizen, obwohl die dort eigentlich nie was verloren hatten." Auffällig ist in diesem Artikel die schlampige Begriffswahl: Es wird nicht zwischen "USA" oder "USA-System" und der Politik der damaligen US-Regierung unterschieden.

Anderthalb Jahre später, in der Dezemberausgabe 1980, widmet konkret seinen Titel dem frisch ins Amt gewählten neuen US-Präsidenten. Es zeigt ihn in einem Filmstandbild zusammen mit dem Schimpansen Bonzo. Ob der prominent auf diesem Cover platzierte Hinweis "(links oben)" gegen eine Verwechslung des Affen mit Ronald Reagan aus Jux oder Ironie oder doch aus antiamerikanischen Ressentiment heraus erfolgt ist, wäre da zu fragen. Hermann L. Gremliza ließ in seiner damaligen Kolumne keinen Zweifel daran, was er von diesem durch die Titelbildmontage zum Affenähnlichen herabgewürdigten US-Präsidenten hielt: Der sei ein "ausgemachter Kretin", ein "Biertischpolitiker", ein "drittklassiger Westernheld" und überhaupt "eine Type, über deren intellektuelle und moralische Inferiorität unter vernünftigen Menschen keine Diskussion möglich" sei.

Bevorzugte Zielscheibe: Ronald Reagan

Die im Kontext der Friedensbewegung der 1980er Jahre auch grafisch visualisierten Attacken gegen US-Präsident Reagan sollten im Mai 1985 eine erhebliche Steigerung erfahren. Hier wird der US-Präsident der deutschen LeserInnenschaft auf einem düsteren und diabolisch wirkenden Frontalporträt tatsächlich als "The new Führer" vorgestellt. (Dieses Titelbild ist übrigens ein Ausschnitt eines von dem Künstler Hans Haacke 1982 auf der documenta 7 in Kassel ausgestellten Ölgemäldes.) In seiner Kolumne begründet Gremliza das für Ronald Reagan wenig schmeichelhafte Verdikt mit dessen "Rassismus", seinem "Hass auf die Roten", seiner "Rüstungswut", dem "Zynismus im Umgang mit Verträgen" und "Weltherrschafts-Fantasien" sowie der "hemmungslosen Bereitschaft zu lügen" und dem "nationalen Größenwahn". Nach diesen Feststellungen geht Gremliza mit der vollen Absicht, den US-Präsidenten mit dem größten Menschheitsverbrecher direkt zu identifizieren, daran, auf "die Parallelen, die bis ins lächerliche Detail reichen (zu verweisen): Der gescheiterte Filmschauspieler, der keine Rolle mehr bekommt, nachdem er in ‚Bedtime for Bonzo` als Partner eines Schimpansen gegen diesen mimisch zu weit abgefallen war und dafür eine kommunistische Verschwörung in Hollywood verantwortlich macht - ganz wie der Wiener Kunstmaler, der sein Genie durch jüdische Professoren verkannt sah; die frühen antikapitalistischen Aufwallungen beider und ihre spätere Finanzierung durch Thyssen oder General Electric; ihre Kampfschriften und -reden, die keiner ernst nimmt, um später nichts davon gewusst zu haben."

Am Ende dieser für die Thematik Anti-Amerikanismus aufschlussreichen Kolumne unterrichtet der konkret-Herausgeber die LeserInnen vom "Hang des neuen Führers zu Blitzkriegen", die "nicht erst seit Grenada bekannt" sei. Befangen in dieser Denkfigur eines von Ronald Reagan personifizierten US-Faschismus mutieren die auf dem Titelbild der folgenden Ausgabe von Juni 1985 abgebildeten, in Nicaragua mordenden Contra-Freischärler zu "Reagans Waffen-SS".

In dieser Ausgabe kommen allerdings Bezug nehmend auf die "The new Führer"-Kolumne zwei Leserbriefschreiber zu Wort. In einer Rubrik mit der Bezeichnung "Antikommunismus" bescheinigt Karl Westphal aus Hannover dem konkret-Herausgeber, einen "dummdreisten Artikel" von sich gegeben zu haben. Es habe ihn in Erstaunen versetzt, "welche grotesken Blüten der Anti-Amerikanismus" hervorbringe. Dieser Aussage sucht ein daneben dokumentierter Leserbrief von Karl Kirchner aus Würzburg zu widersprechen: Der Antikommunismus sei als "die zentrale Doktrin der amerikanischen Außenpolitik" anzusehen und solange der Kapitalismus bestehe, werde "die Gefahr eines neuen Faschismus nicht beseitigt sein". Die USA hätten sich "bisher überall zu Gunsten faschistischer und faschistoider Regime eingemischt, wo deren Existenz von links bedroht" gewesen sei. Insofern hätte dieses Land dann auch mit Ronald Reagan, so Herr Kirchner aus Würzburg weiter, "jenen ‚New Führer` bekommen, den der Hunger nach Weltherrschaft täglich plagt". Kein Leserbriefschreiber äußerte sich übrigens zu dem zur Kolumne gehörenden Titelbild.

Ein knappes Jahr später, in der Mai-Ausgabe des Jahres 1986, hat der von konkret ungeliebte US-Präsident noch einmal die Ehre, mit seinem Konterfei auf einem Cover aufzutauchen - erneut als "Führer" und zudem als "Terrorist". Hermann L. Gremliza erörtert in dem Heft die Konsequenzen der US-Bombardierung Libyens, die kurz zuvor nach einem dem libyschen Geheimdienst zugeschriebenen Bombenanschlag auf die von US-Soldaten besuchte Westberliner Discothek "La Belle" erfolgt war.

Unter dem Titel "Discothek Gleiwitz" schreibt Gremliza unter Bezug auf die Nazi-Propaganda zu Beginn des Angriffs auf Polen: Da die "Weltmacht Nr. 1 ... von einer Welt hassender Feinde und zögerlicher Freunde" umgeben sei, helfe aus deren Perspektive nur noch die Devise: "Untermenschen haben die Discothek Gleiwitz überfallen - seit 7 Uhr wird zurückgeschossen. Fred Iklé, Staatsekretär im Pentagon, hatte es vor einigen Wochen in München angekündigt."

Fragwürdige linke Gewohnheiten

Drei Monate später, im August 1986, zeigte die konkret ihre Abneigung gegen die Vereinigten Staaten von Amerika erneut mit einem entsprechenden Cover. Der leibhaftige Bösewicht Reagan wurde nun gegen seinen Hollywood-Kollegen Sylvester Stallone, alias Rambo, ausgetauscht. Als eine in den Filmstudios erfundene prominente Filmfigur lässt sich Rambo irgendwo im Zwischenreich von Fantasy, Fiction und anspruchsloser Filmkunst verorten. Der konkret-Covergestaltung zu unterstellen, dass ihnen diese Filmfigur nicht nur als eine widerliche Verkörperung amerikanischer Unkultur - mit hohem Wiedererkennungswert gegenüber dem deutschen Lesepublikum - erschien, dürfte nicht ungerechtfertigt sein. Rambo als überzeugende Inkarnation des "Liberty-Gangsters" USA, die, wie es weiter auf dem Cover heißt, als "die USA gegen den Rest der Welt" bereit seien, gewalttätige Dinge zu tun. Dieses im Unterschied zu einigen anderen hier gezeigten grafisch ganz gut gelungene konkret-Cover verweist auf ein Interview mit dem radikalen Kritiker der US-Regierung Noam Chomsky. Unter der Überschrift "Gangster-Staat" wird durch Chomsky präzisierend begründet, warum es sich bei den USA "um einen der führenden terroristischen Staaten" auf der Welt handele.

So weit unsere Präsentation von konkret-Covern zur komplexen Thematik des Anti-Amerikanismus. Nach August 1986 ist uns zumindest bis Ende 1989 kein weiteres "passendes" mehr aufgefallen. Das könnte damit zusammenhängen, dass nach August 1986 in der BRD der von dem deutschen Verfassungspatrioten Jürgen Habermas losgetretene Historikerstreit einsetzte, der u.a. um die Relativierungsversuche des von Deutschen während des Zweiten Weltkrieges an den Juden verübten Massenmordes kreiste. Zugleich zeichnete sich im Verhältnis zwischen den USA und der Sowjetunion ein Tauwetter ab, weil sich letztere überraschend friedlich totrüsten ließ. Nebenbei: Hätte es seinerzeit schon den Begriffsreichtum heutiger antideutscher Provenienz gegeben, wäre Ronald Reagan wegen seiner Aufrüstungsleistungen vermutlich eher als ein "Man of Peace" und keineswegs als der von Gremliza mit Hitler verglichene "new Führer" und "Terrorist" bezeichnet worden.

Lassen sich die hier beschriebenen konkret-Cover nun umstandslos als Belege für Anti-Amerikanismus in der Linken verstehen? Zwei, die mit Charles Manson und dem Affen Bonzo, stehen durch ihre Anspielung auf die

angeblich primitive amerikanische Kultur in der Tradition des "Kulturkampfes" der 1950er Jahre. Die anderen fünf dokumentieren eher eine fragwürdige linke Gewohnheit, aktuelle Politik und Verbrechen mit denen der Nazis zu vergleichen, wobei eine Gleichsetzung zu wenig ausgeschlossen wird. Die konkret-Cover, die unter Verwendung journalistischer Fotografien durch polemische Textzusätze auf die Grauen des deutschen Faschismus anspielen, um damit die äußerste Ablehnung US-amerikanischer Politik auszudrücken, eröffnen allerdings mit ihren Montagen Grauzonen, die - etwaig vorhandene - antiamerikanische Ressentiments des deutschen Lesepublikums bedienen. Der heutige Gremliza würde sie vermutlich heftiger kritisieren, als wir das hier tun.

Legt man die vom Herausgeber bei der Diskussion dieses Buchprojekts vorläufig formulierte und unseres Erachtens sehr weit gefasste Definition von Anti-Amerikanismus als "eine negative Haltung gegenüber Politik und Gesellschaft der USA, die bestimmte kulturelle Zuschreibungen benutzt (wie z.B. oberflächliche Kultur, künstlich, alles kommerzialisiert) und die die ‚eigenen` (deutschen) Verhältnisse entlastet/ignoriert", zu Grunde, so erfüllen mindestens diejenigen Reagan-Titelbilder, auf denen er zusammen mit einem Affen und als "The new Führer" abgebildet ist, und das Rambo-Cover diese Definition von Anti-Amerikanismus mustergültig.

Einschränkend ist jedoch darauf hinzuweisen, dass Gremliza zumindest in seinen hier diskutierten Kolumnen und Kommentaren eine Ignoranz "deutscher Verhältnisse" nicht unterstellt werden kann. Andererseits lässt die Bild- und Textauswahl nicht die geringsten Zweifel an der Absicht einer Gleichsetzung des US-Präsidenten mit dem Reichskanzler Adolf Hitler. Auch lässt sich die Formulierung "Reagans Waffen-SS" als Relativierung der von deutschen faschistischen Soldaten verübten Massenverbrechen verstehen.

Nach 1990 lässt sich - auch wenn wir ab da nicht mehr alle Cover gesichtet haben - in Bezug auf Anti-Amerikanismus wohl nichts mehr finden. Vermutlich wurden die früher verwendeten Vergleiche/Gleichsetzungen mit dem Nationalsozialismus in der Redaktion kritisiert und deshalb abgestellt. Seither hat konkret aber auch die Kriege und sonstigen terroristischen Aktionen der jeweiligen US-Regierungen mit größerem Wohlwollen betrachtet als zu den Zeiten, da die Sowjetunion noch existierte.

So weit wir die aktuelle Berichterstattung der konkret hinsichtlich der Politik der von George W. Bush geführten US-Regierung verstanden haben, scheint der einst Ronald Reagan - aus unserer Sicht mit guten Gründen - unterstellte "Hass auf die Roten", seine "Rüstungswut", der "Zynismus im Umgang mit Verträgen", die "Weltherrschafts-Fantasien", seine "hemmungslose Bereitschaft zu lügen" oder gar ein "nationaler Größenwahn" so gut wie keine Rolle mehr zu spielen.

Aber wenn all das heute doch noch auf die Politik der US-Regierung zutrifft, wäre es falsch, sich durch einen (falschen) Anti-Amerikanismus-Vorwurf an ihrer Kritik hindern zu lassen. Dass diese Kritik anti-amerikanisch interpretierbare Metaphern und Bilder vermeiden muss, wollten wir hier zeigen.

Markus Mohr/Klaus Viehmann

Anmerkungen:

(1) Michael Hahn (Hg.): Nichts gegen Amerika - Linker Antiamerikanismus und seine lange Geschichte, ca. 208 Seiten, EUR 15.00

(2) http://www.konkret-verlage.de/klv/

Markus Mohr, Mitglied der IG-Metall, sieht zuweilen ziemlich alt aus, lernte Mitte der 80er Jahre in Kreuzberg "Yankees" zu sagen und ist dafür bislang noch nicht bestraft worden. Mitherausgeber zweier Bücher über politische Plakate.

Klaus Viehmann, wurde in den 70er Jahren von einem Gericht "Im Namen des (deutschen) Volkes" zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt und bekommt bestimmt kein Visum für die USA. Mitherausgeber zweier Bücher über politische Plakate.

27. "Indeterminate!" Kommunismus, Determinismen zerlegen, Unmögliches fordern, Geschichte gefährden

Determinismen zerlegen, Unmögliches fordern, Geschichte gefährden. Zwei Aufrufe zum Kongress

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:31

Vom 7.-9. November findet in Frankfurt am Main ein internationaler Kulturkongress statt, der sich zum Ziel gesetzt hat, den Streit um die Produktivität eines zwischenzeitlich in Vergessenheit geratenen Konzeptes neu zu eröffnen: Kommunismus. Zahlreiche ReferentInnen (u.a. Alain Badiou, Yann Moulier Boutang, Isabelle Graw, Chantal Mouffe, René Pollesch, Moishe Postone, Gayatri Chakravorty Spivak u.v.a.m.) aus Theorie, Kunst und Politik werden sich in Beiträgen unterschiedlichster Art der Frage stellen, was Kommunismus heute (nicht mehr, immer noch oder schon wieder) sein könnte und sein muss. Dabei wird es ebenso z.B. darum gehen, ob es einen "queeren" Kommunismus geben kann, wie um eine "Kritik der politischen Ökonomie". Finanziert wird der Kongress von der Deutschen Kulturstiftung e.V., organisiert von zwei "Basisgruppen" aus Frankfurt und Berlin, deren politische Anliegen sich durchaus deutlich unterscheiden - wie die gekürzten Fassungen der beiden Aufrufe belegen, die wir im Folgenden dokumentieren. (1)

28. Weltordnungskriege verstehen. "Kriegsunternehmen" und "sozialer Weltkrieg" - Bücher zu neuen Kriegen

"Kriegsunternehmen" und "sozialer Weltkrieg" - zwei Bücher zu "neuen Kriegen"

Autor: Dirk Hauer · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:08

Die List der Vernunft ist unergründlich. So haben die oft quälenden und destruktiven Auseinandersetzungen der letzten Zeit zwischen AntimilitaristInnen und einem neuen linken Bellizismus zumindest einen positiven Nebeneffekt: Es wird wieder gründlicher über das Thema "Krieg" nachgedacht und diskutiert. Zwei neue Bücher aus dem Verlag Assoziation A sind dafür - bei durchaus unterschiedlichen Herangehensweisen - gute Beispiele.

Krieg ist Krieg ist Krieg: lizenzierter Massenmord, Vergewaltigungen, Vertreibungen, Flucht, brennende Häuser, zerstörte Dörfer und Städte, verwüstete Landstriche, Herrschaft der rohen Gewalt. Und dennoch sehen die aktuellen 43 militärischen Auseinandersetzungen anders aus als die meisten Kriege des letzten oder gar des 19. Jahrhunderts. Zunehmend bürgert sich die Floskel vom "neuen Krieg" ein: ein Krieg, der nicht mehr zwischen souveränen Staaten geführt wird, sondern eher zwischen den paramilitärischen Einheiten und Milizen von Warlords; Kriege, die oft eher den Auseinandersetzungen unterschiedlicher Mafia-Clans ähneln als dem "ordentlichen" Abschlachten à la Clausewitz; Kriege auch, die darauf abzielen, Territorien, Menschen und Rohstoffe zu kontrollieren, aber nicht darauf, sie sich dauerhaft in den eigenen Staat einzuverleiben. Angesichts der Situation auf dem Balkan, im subsaharischen Afrika oder auch in der ehemaligen Sowjetunion werden die "neuen Kriege" gerne als Ausdruck einer zerfallenen Staatlichkeit interpretiert. In einer solchen Sichtweise schimmert nicht nur der sehnsuchtsvolle Blick zurück zu den Zeiten der "guten, alten" Kriege zwischen "richtigen" Staaten durch. Ein solcher Blick legitimiert auch schnell kriegerische Interventionen der imperialistischen Staaten - gewissermaßen als Polizeiaktionen zur Wiedererrichtung von staatlicher Zentralgewalt inklusive staatlichem Gewaltmonopol.

"Neue Weltordnung" - "Neue Kriege"

Auch wenn die bürgerliche staatliche Zentralgewalt durchaus als zivilisatorische Errungenschaft diskutiert werden kann - ihr (oft genug scheinbarer) Zerfall ist mitnichten ein Rückfall in vorkapitalistische, archaische Strukturen, Ethno-Konflikte oder dergleichen. In seinem Einleitungsbeitrag für "Das Unternehmen Krieg. Paramilitärs, Warlords und Privatarmeen als Akteure der neuen Kriegsordnung" macht Thomas Seibert deutlich, dass die "neuen Kriege" als die "barbarisierte Rückseite" des globalisierten Kapitalismus begriffen werden müssen. Es ist dieser "postfordistische" Imperialismus, der die weltweiten sozialen Zerklüftungen und Zerfallsprozesse staatlicher und anderer Regulationsmechanismen produziert. Verschärfte und militarisierte Auseinandersetzungsformen sind seine logische Konsequenz. Die "Warlordisierung" Afghanistans oder das unauflösliche Geflecht von banalem Söldnertum, paramilitärischen Milizen und regulären Armeen in den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien, im Kongo oder in Indonesien ist das dreckige andere Gesicht des Krieges in der "neuen Weltordnung". Seibert weist dabei zu Recht darauf hin, dass etliche dieser Erscheinungen keineswegs so neu sind: Paramilitärische Milizen und Konterguerilla sind beispielsweise zentrale Elemente in der "Kriegführung niederer Intensität" gewesen, die die USA und ihre Verbündeten in den 1970er und 1980er Jahren in Lateinamerika und den Philippinen praktiziert hatten. Und schon im Zweiten Weltkrieg wird der Krieg phasenweise zum ökonomischer Selbstzweck, als Mittel der Bereicherung von Militärs als Medium eines "militärischen Unternehmertums".

Die "Privatisierung des Krieges" ist eines der augenscheinlichsten Elemente der "neuen Kriege", und die verschiedenen Facetten dieser Privatisierung sind auch das zentrale Thema in "Unternehmen Krieg". In einer Reihe von unterschiedlichen Fallstudien, etwa zu Kolumbien, Mexiko, der Türkei, Afghanistan, Jugoslawien, Indonesien, Angola und dem Kongo wird dabei vor allem eines deutlich: Die Grenzen zwischen regulären Truppen, paramilitärischen Milizen und Todesschwadronen sowie privatfinanzierten Söldnerheeren und Militär"firmen" werden zunehmend fließend. Der Krieg wird zu einer eigenständigen Reproduktionsinstanz für die ineinander verwobenen Interessen staatlicher Instanzen, mafiöser Strukturen und privatwirtschaftlicher

Bereicherung. Während Dario Azzellini und Knut Rauchfuss das Zusammenspiel von staatlicher Aufstandsbekämpfung, Mafia und paramilitärischer Todesschwadronen am Beispiel Kolumbiens, Chiapas und der Türkei beschreiben, gehen Boris Kanzleiter und Dieter Drüssel in zwei Beiträgen direkt auf die Rolle privater Kriegsunternehmen ein. Neben Material, Beratung und Ausbildung haben diese Firmen von ordinären Söldnertruppen bis zu ausgelagerter regulärer Zuarbeit für die US- und andere Armeen alles im Angebot, was im Kriegsgeschäft so benötigt wird.

Vor allem in den Beiträgen von Björn Aust zum "militärischen Unternehmertum" im Kongo sowie von Boris Kanzleiter zu den "multiethnischen Kriegsgewinnlern" im ehemaligen Jugoslawien wird der Krieg als eigenständiges und verselbstständigtes Medium der Ökonomie analysiert. Paramilitärs, Mafia-Clans, regionale Warlords und staatliche Interessengruppen schaffen im Krieg die Ethnisierungen, deren Resultat sie angeblich sein sollen. Sie schaffen, sichern und reproduzieren Zonen des ökonomischen Zugriffs, des Raubes, der Bereicherung und der legal-illegalen wirtschaftlichen Aktivität. Ihre Herrschaft wie ihre Interessen sind an die Existenz eines permanenten Kriegszustandes gebunden.

Vom Söldner zum Kriegsunternehmer

Dass der Krieg aber nicht nur ein "unternehmerischer", sondern auch ein sozialer Krieg ist, machen Matilde Gonzales und Stefani Krohn in ihrem Beitrag zu Guatemala deutlich. Sie zeigen, wie direkte und systematisierte sexuelle Gewalt von paramilitärischen Einheiten gegen Frauen nicht nur zur einer Reorganisation traditioneller Geschlechterhierarchien instrumentalisiert wird, sondern wie auf diese Weise in den Dörfern eine Umwälzung der Sozialstrukturen erfolgt, wie sich der Paramilitarismus seine eigene soziale Basis schafft.

Krieg als Medium der gewaltsamen Neuzusammensetzung sozialer Strukturen ist ebenfalls das Leitmotiv eines schmalen Buches, das Detlev Hartmann und Dirk Vogelskamp unmittelbar nach dem Ende des Irak-Krieges veröffentlicht haben: "Irak. Schwelle zum sozialen Weltkrieg. Nachkriegsplanungen der US-Regierung und ihrer Think Tanks". Zu Recht unzufrieden sowohl mit einer allein völkerrechtlichen Argumentation gegen den Krieg wie auch mit einer allzu platt-ökonomistischen Deutung seiner Ursachen ("Blut für Öl"), interpretieren Hartmann und Vogelskamp den Irak-Krieg als Auftakt zu einer permanenten militärisch-gewaltsamen "schöpferischen Zerstörung" (Schumpeter) im Weltmaßstab. Zerstört werden sollen dabei die sozialen Strukturen, die sich weltweit als Blockaden und Hindernisse für kapitalistische Durchdringung und umfassende In-Wert-Setzung erwiesen haben.

Immer wieder (manchmal geradezu gebetsmühlenartig) versuchen die Autoren dabei, anhand unterschiedlicher Strategiepapiere und Quellen aus dem Umfeld der US-Administration zu belegen, dass der Irak-Krieg a) auf eine ökonomisch-soziale Umstrukturierung der gesamten Golfregion abzielte und b) ein Element in einer weltweiten Strategie der sozialen Umwälzung von oben ist. Der Irak-Krieg ist für sie ein weiteres Moment in einem globalen und zunehmend militärisch-gewaltsam geführten und radikalisierten Modernisierungsangriff.

Das Buch ist erklärtermaßen ein Schnellschuss, und deshalb bewegt sich die vorgestellte Interpretation des präsentierten Materials eher auf der Plausibilitätsebene als auf der einer wirklich abgesicherten These. Mit dieser Einschränkung ist es aber einer der wenigen Beiträge zum Irak-Krieg (wie auch zu den anderen "neuen Kriegen"), die den Krieg als Medium der gewaltsamen Umwälzung sozialer Verhältnisse in den Mittelpunkt der Untersuchung rückt. Die "Befreiung" des Iraks erscheint so in erster Linie als die gewaltförmige Durchsetzung marktwirtschaftlicher Strukturen im arabischen Raum und als Zerstörung sozialer Zusammenhänge, die sich immer wieder als Hemmschuh für eine kapitalistische Modernisierung herausstellten. Der Krieg ist Instrument und Medium zugleich für eine "nachgeholte ursprüngliche Akkumulation".

Gleichzeitig machen Hartmann und Vogelskamp deutlich, dass die USA und ihre Verbündeten ein Werk fortgesetzt haben, das die Despotie Saddam Husseins bereits begonnen hatte. Das Baath-Regime wird in diesem Buch als Entwicklungsdiktatur analysiert, die mit brutalster Repression und Gewalt einen industriellen und landwirtschaftlichen Modernisierungsprozess gegen die irakische Bevölkerung durchgesetzt hatte.

Bei so viel Einigkeit in der Zielsetzung zwischen Baath-Regime und den USA fragt man sich manchmal, warum die USA Saddam Hussein, der ja lange Zeit durchaus ihr Zögling gewesen war, fallen gelassen haben; eine Frage, auf die Hartmann und Vogelskamp in ihrem Buch keine rechte Antwort geben. In ihrer Terminologie gibt

es eigentlich weltweit nur einen Gegensatz: den Antagonismus zwischen der Sozialrevolte, die sich dem Zugriff des Kapitalismus verweigert, und den "Modernisierungseliten", die eben diesen Zugriff organisieren. Warum dann manchmal die eine Elite die andere frisst, bleibt unklar.

Irak: Krieg als Modernisierungsangriff

So notwendig die Interpretation des Krieges als Medium der Zerstörung gesellschaftlicher Strukturen ist, so problematisch ist der "sozialrevolutionäre Dogmatismus" bei Hartmann und Vogelskamp. Ganz ähnlich wie die "Multitude" im "Empire" von Toni Negri und Michael Hardt ist die "Sozialrevolte" bei ihnen eine Art "reines", "unbeflecktes" revolutionäres Subjekt. Als gebe es in den Dorfgemeinschaften, Clans, Subsistenzökonomien etc. nicht jede Menge Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse. Als wäre die "Befreiung der Frau" in Gestalt einer Industriearbeiterin neben ihrer Unterwerfung unter das kapitalistische Kommando nicht u.U. auch eine Befreiung aus tradierten Gewaltverhältnissen. Und als entstünde in den Revolten gegen den kapitalistischen Modernisierungszugriff nicht u.U. auch eine reaktionäre Sozialbewegung, antiemanzipatorisch und antisemitisch. Hartmann und Vogelskamp definieren solche Herrschaftsformen einfach weg: Clanführer wie islamistische Fundamentalisten sind bei ihnen schlichtweg selbst "Modernisierungseliten" und nicht etwa authentische Teile der (widerständigen) Sozialstrukturen.

Diese kritischen Anmerkungen stellen nicht das Verdienst von Hartmann und Vogelskamp in Frage, Krieg im allgemeinen und den Irak-Krieg im besonderen als ein Mittel zur "schöpferischen Zerstörung" sozialer Strukturen zu interpretieren. Insbesondere gelingt es so, die permanente Gewaltförmigkeit in der kapitalistischen "Modernisierung" zu begreifen. Die Antworten "von unten" auf diese Angriffe sind jedoch keineswegs a priori revolutionär und emanzipatorisch. Der tatsächlichen Widersprüchlichkeit und inneren Dynamik sozialer Bewegungen und Revolten nähert man sich auf Dauer doch besser mit einer genaueren Analyse.

Dirk Hauer

Dario Azzellini, Boris Kanzleiter (Hg.): "Das Unternehmen Krieg. Paramilitärs, Warlords und Privatarmeen als Akteure der neuen Weltordnung", Berlin/Hamburg, Göttingen (Assoziation A) 2003, 216 Seiten, 14 EUR

Detlef Hartmann, Dirk Vogelskamp: "Irak. Schwelle zum sozialen Weltkrieg. Nachkriegsplanungen der US-Regierung und ihrer Think Tanks", Berlin/Hamburg, Göttingen (Assoziation A) 2003, 83 Seiten, 8 EUR.

29. Linke und "Antizionismus". Anti-israelische Gewaltfantasien und andere Dummheiten

Autor: Js. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Diskussion; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:09

Die Auseinandersetzung mit der antideutschen Pro-Israel-Fraktion hat in den vergangenen Monaten in dieser Zeitung breiten Raum eingenommen. Und das nicht zu Unrecht - wer kritiklos israelische Regierungspropaganda übernimmt und eine dauerhafte "Subalternität" bzw. "Diskriminierung" der PalästinenserInnen akzeptabel findet, fordert entschiedene Widerworte heraus. Dass andererseits Linke, die sich als israel-kritisch verstehen, ebenfalls mörderische Gewalt zu akzeptieren bereit sind, darf dabei nicht aus dem Blick geraten.

Jüngstes Beispiel linker Gewaltfantasien gegen Israel ist die Kommentierung der "Honderich-Affäre" in der Berliner Tageszeitung junge Welt (jW). Der kanadisch-britische Philosoph Ted Honderich hatte in seinem Buch "Nach dem Terror. Ein Traktat", erschienen in der Jubiläumsreihe "40 Jahre edition suhrkamp", den palästinensischen Terror gegen jüdische ZivilistInnen offen gebilligt: "Ich für meinen Teil habe keinen ernsthaften Zweifel, um den prominenten Fall zu nehmen, dass die Palästinenser mit ihrem Terrorismus gegen die Israelis ein moralisches Recht ausgeübt haben." Der Satz und weitere Provokationen des Philosophen wurden von Micha Brumlik in einem Offenen Brief an den Suhrkamp-Verlag (dokumentiert in der Frankfurter Rundschau vom 5.8.) zitiert und so einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht. Brumlik bescheinigte Honderich "philosophischen Judenhass" und forderte den Suhrkamp-Verlag auf, das Buch "unverzüglich vom Markt zu nehmen". Was auch geschah - nachdem die erste Auflage verkauft war.

Ein linkes Klagelied über "Meinungsterror"

Diesen Vorgang nahm die junge Welt in ihrer Wochenendbeilage vom 9.8. zum Anlass für eine ätzende Polemik. In seinem Kommentar "Zivilgesellschaftlicher Diskurs" (in der Online-Fassung zusätzlich mit der Unterzeile "Wenn Kritik an Israels Besatzungsmacht als ‚Judenhass` denunziert wird" versehen) verteidigt jW-Redakteur Werner Pirker Honderichs Position, die er mit zwei weiteren Zitaten aus dessen Buch erläutert. Das erste: "Diejenigen Palästinenser, die zu unvermeidlichen Tötungen als Mittel gegriffen haben, waren im Recht, zu versuchen, ihr Volk zu befreien; und diejenigen, die sich selbst für die Sache ihres Volkes getötet haben, haben sich in der Tat selbst gerechtfertigt." Das zweite: "Der palästinensische Widerstand hingegen konnte sich weder auf Flugzeuge noch auf Panzer stützen, sondern musste sich mit Steinen und Selbstmordattentätern behelfen." Pirker findet: "Darüber lässt sich diskutieren. Doch in Deutschland darf darüber erst gar nicht diskutiert werden. Da hat eine solche Meinung unverzüglich vom Markt zu verschwinden." Es folgt ein Lamento über die von der FR angeführte "Medienkampagne", Brumliks "denunziatorischen Diskurs", den "moralischen Konformismus" in Deutschland, das "System der linksliberalen Gesinnungsblockwarte", die selbst Jürgen Habermas, den "Chefideologen des Linksliberalismus", vor ihr "Meinungsgericht" zitieren würden. Habermas hatte dem Suhrkamp-Verlag die Veröffentlichung von Honderichs Buch zunächst empfohlen; nach Brumliks Intervention rückte er dann von dem "hemdsärmeligen Pamphlet" ab, weil sich einige Sätze "auch gegen die Intention des Autors ... für antisemitische Zwecke verwenden" ließen.

Pirker dagegen sieht Honderich vom Vorwurf des Antisemitismus vollständig entlastet, weil dieser in einem Internet-Debattenbeitrag geschrieben hatte: "The Palestinians are right to look back to Fascist Germany und say they are the Jews of the Jews." Dieses in Palästina weit verbreitete Gefühl, so Pirker, widerlege die "Gleichsetzung von antizionistischem Widerstand und Antisemitismus ... in ihrem Kern". Dieses seltsame "Argument" ist im übrigen nur Beiwerk zu seinem Klagelied über den linksliberalen Meinungsterror, der jede Israel-Kritik als antisemitisch denunziere - wenn das Möllemann noch erlebt hätte! Um Honderich als unschuldiges Opfer einer "Denunziation" hinzustellen, unterschlägt Pirker einen besonders erhellenden Satz, den Doron Rabinovici in einem weiteren Debattenbeitrag nachgetragen hat. (FR, 26.8.) Honderich schreibt nämlich: "Als Hauptopfer von Rassismus in der Geschichte scheinen die Juden nun von ihren Peinigern gelernt zu haben." Wohlgemerkt: Der Vorwurf richtet sich an "die Juden" in ihrer Gesamtheit - und das soll kein Antisemitismus sein?

Pirkers Pamphlet kann nicht als Einzelmeinung herunter gespielt werden. Dass der gleiche Beitrag in der Online-Ausgabe ohne Autorenangabe erschienen ist und damit wie eine redaktionelle Stellungnahme wirkt, mag ein Versehen sein. Schwerer wiegt, dass Pirker seit längerem der führende jW-Kommentator für Nahost-Angelegenheiten ist. Liest man seine Beiträge nach Verkündung der "Roadmap" im Zusammenhang (1), dann wird die Linie deutlich: Die palästinensischen "Massen" müssen sich von den "Kollaborateuren in Ramallah", Arafat und Abbas ("Scharons Mann in Ramallah"), befreien. Denn "der politische Umsturz in Ramallah zielt auf die im Widerstand gegen das Okkupationsregime gewachsene Volksouveränität". Dass Pirker dem Widerstand, unabhängig von seiner Form, diese einigende Wirkung zuschreibt, wird auch in einem Kommentar deutlich, der laut Unterzeile "zur jüngsten Serie von Selbstmordattentaten in Israel" Stellung beziehen soll. Eine Verurteilung dieser Kampfform sucht man in dem Text vergeblich. Statt dessen geißelt der Kommentator "Scharons perfide Strategie" (so auch die Überschrift), "die Palästinenser in einen Bürgerkrieg zu treiben". Dass Scharon das beabsichtigt, ist nicht von der Hand zu weisen. Allerdings sind die inner-palästinensischen Widersprüche - die hoffentlich nicht zu einem Bürgerkrieg führen! - real und nicht vorrangig auf die "perfiden", spalterischen Machenschaften der israelischen Regierung oder ihrer palästinensischen "Kollaborateure" zurückzuführen.

EU-Eingreiftruppe soll den Frieden bringen

Sorgen um die nationale Einheit der PalästinenserInnen macht man sich auch in der Redaktion der Sozialistischen Zeitung (SoZ). In einem Interview über die Roadmap (SoZ 6/2003) fragt SoZ-Redakteur Christoph Jünke den Publizisten Ludwig Watzal: "Droht eine Spaltung innerhalb Palästinas?" Wozu erstens zu sagen wäre, dass die palästinensische Gesellschaft längst mehrfach gespalten ist; und zweitens, dass angesichts der politisch-ideologischen Gegensätze ein Schulterschluss von Hamas und Fatah noch bedrohlicher wäre als ein offener Streit. Watzal weist in seiner Antwort darauf hin, dass die innerpalästinensische Entwicklung vom Ergebnis israelisch-palästinensischer Verhandlungen abhängt. Seine tiefe Skepsis, dass die Roadmap für die palästinensische Seite akzeptable Ergebnisse bringen könnte, war auch schon im Frühsommer, als das Interview geführt wurde, nur allzu berechtigt. Da diese Skepsis in der Linken (ausgenommen die unkritische Pro-Israel-Fraktion) weitgehend geteilt wird, hätte sein Gesprächspartner besser daran getan, Nachfragen zu diversen strittigen Punkten zu stellen. Dass er dazu offensichtlich keinen Anlass sah, ist befremdlich - wenn man unterstellt, dass er zur Vorbereitung des Interviews einen zumindest flüchtigen Blick in Watzals einschlägige Veröffentlichungen geworfen hat.

"Feinde des Friedens" heißt Watzals letztes Werk, dessen zweite Auflage im vergangenen Jahr im Berliner Aufbau-Verlag erschienen ist. (2) Was der Autor da als "Ausblick: Friede in Nahost ist möglich" skizziert, hätte - gerade auch in Gegenüberstellung zur Roadmap - kritische Nachfragen verdient. Denn Watzals eigene Vorschläge zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts erscheinen, gelinde gesagt, abenteuerlich. Er will eine "bewaffnete Friedenstruppe" aus Soldaten der EU und der USA, "um die Kontrolle der Grenze zum Gaza-Streifen oder der Westbank zu übernehmen und Israel gemäß der UN-Resolution zum Rückzug aus den besetzten Gebieten zu veranlassen"; eine Seite weiter wird dieselbe "Friedenstruppe" dann schon wahrheitsgetreu als "internationale Interventionsstreitmacht" bezeichnet. Scharf kritisiert Watzal die Zurückhaltung der EU, insbesondere die deutsche "Bremserrolle". Vielmehr müsse "europäische Interessenpolitik in der Region ... die Hegemonie und Dominanz der USA ausbalancieren". Der "Ausblick" (und das Buch) endet mit dem Satz: "Die EU sollte eigene Initiativen zur Eindämmung des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern entwickeln und die von den USA praktizierte Doppelmoral nicht mittragen." Die Realisierung der militärpolitischen Vision, die diesem relativ harmlos klingenden Satz zu Grunde liegt, würde auf einen europäisch-amerikanischen Krieg um "Hegemonie und Dominanz" im Nahen Osten hinauslaufen, zeitgemäß begründet mit den Menschenrechten der PalästinenserInnen.

Die SoZ-LeserInnen erfahren nichts von diesem abenteuerlichen "Friedensplan", der hoffentlich nie Wirklichkeit wird. Auch Watzals Ansichten über den Zionismus werden in dem Interview nicht problematisiert. Zionismus ist für Watzal nichts anderes als Kolonialismus und Rassismus, Herzls Vision einer "Kombination von kultureller Überheblichkeit, Ignoranz und Zeitgeist", letztlich eine anti-arabische Vertreibungsideologie. "Die Zionisten wollten also von Beginn an das Land nicht mit der einheimischen Bevölkerung teilen, sondern stellten die Präsenz der Araber generell in Frage", schreibt Watzal zur Vorgeschichte Israels, obwohl er an gleicher Stelle Äußerungen Herzls und anderer Gründerväter des Zionismus zitiert, in denen keineswegs die totale Vertreibung der arabischen Bevölkerung gefordert wird.

Die grobschlächtige und undifferenzierte Verurteilung des Zionismus kennzeichnet auch Watzals Darstellung des heutigen Israel. Die israelischen "neuen Historiker", die das an den PalästinenserInnen begangene Unrecht thematisieren, sind für ihn ebenso Teil des Problems Zionismus wie die linkszionistische Meretz-Partei oder die Bewegung "Frieden jetzt", die sich für einen palästinensischen Staat an der Seite Israels einsetzen. Ebenso undifferenziert behandelt Watzal das schwierige Problem "jüdischer Identität". Dass es eine "jüdische Nation" nicht geben könne, steht für ihn fest. Vielmehr sei "jüdische Identität ... von Beginn an negativ bestimmt" worden - in Konfrontation mit dem Antisemitismus. Was daraus für das heutige Israel, insbesondere das allen Jüdinnen und Juden weltweit verbriefte Einwanderungsrecht, folgen soll, wird nicht ganz deutlich. Immerhin ist dieses Recht ein wesentlicher Bestandteil der "Ideologie des Zionismus", letztere aber für Watzal "ein Haupthindernis für die Aussöhnung mit den Palästinensern". Also weg mit beidem, der zionistischen Ideologie und dem jüdischen Einwanderungsrecht?

Falsche Vorwürfe gegen den Zionismus

Hat der Interviewer hier nicht nachgefragt, weil sich Watzals Ansichten über den Zionismus mit seinen eigenen decken? Entspricht Watzals Position gar dem SoZ-Konsens? Diese Vermutung liegt nahe, wenn man sich an die SoZ-Debatte des Jahres 1997 erinnert. Damals ging es um die Bewertung einer von Schweizer Linken und AktivistInnen der Palästina-Solidarität organisierten Gegentagung zum sog. "Herzl-Jubiläum", dem 100. Jahrestag des Basler Zionistenkongresses. Nachdem der Aufruf zur Gegentagung in der SoZ kommentarlos abgedruckt worden war, kam es innerhalb der Redaktion sowie unter AutorInnen und LeserInnen zum Streit. KritikerInnen sahen in dem Aufruf die "unkritische Übernahme antisemitischer Klischees", eine "geschichtsblinde Übernahme von ‚Antizionismus` als schematischem Kampfbegriff", eine "Kritik am Zionismus, die mit antisemitischen Stereotypen korrespondiert", ja sogar eine "Gleichsetzung von Zionismus und Nationalsozialismus". Den Vorwurf des Antisemitismus wies die SoZ-Redaktion in einer "Erklärung zum Aufruf und zur Debatte in der SoZ" zurück. Gleichzeitig kritisierte sie verschiedene Formulierungen des Aufrufs, verteidigte aber dessen "Intention" und die von "seriösen linken Kräften in der Schweiz" organisierte Gegentagung.

Während der Kongress-Aufruf den Weg der meisten ähnlichen Aufrufe gegangen und in der wohlverdienten Vergessenheit verschwunden ist, blieb die buchförmige Dokumentation der Gegentagung der Nachwelt erhalten. (3) Erschienen ist sie im Kölner ISP-Verlag, der mit der SoZ nicht nur die Adresse gemeinsam hat. Mit mehreren Jahren Distanz gelesen, vermitteln die Beiträge der Gegentagung ein zwiespältiges Bild. Berechtigte Kritik an der israelischen Politik und Parteinahme für die PalästinenserInnen stehen neben grobschlächtigen Abgrenzungen vom "Zionismus". In einer Fußnote (!) zum Vorwort wird immerhin eingeräumt, dass damit nicht "die Breite der zionistischen Bewegung mit ihren verschiedenen Strömungen" gemeint ist - "Thema der Gegentagung war ... die Kritik an einer ethnisch-religiös verbrämten nationalistischen und kolonialistischen Ideologie und an den gesellschaftlichen Folgen ihrer Umsetzung".

In mehreren Beiträgen wird dann das "Zusammenspiel" von Antisemitismus und Zionismus gegeißelt. Akiva Orr wiederholt in seinem Referat "Hundert Jahre Zionismus - eine Kritik" den falschen Vorwurf des Aufrufs, die ZionistInnen hätten sich aus dem antifaschistischen Kampf heraus gehalten. Ebenso kritisiert er die "unterwürfige Haltung des Zionismus" gegenüber den Kolonialmächten - "die zionistischen Ziele selbst machten die Bewegung zu einem Diener des Kolonialismus und einem Feind aller antikolonialistischen Kräfte". Orrs Definition "Der Zionismus ist der Nationalismus des Weltjudentums" schließlich bleibt auch dann falsch, wenn man den antisemitischen Begriff "Weltjudentum" ersetzt: Er unterstellt den Jüdinnen und Juden eine ideologische Vereinheitlichung, die es erstens nie gab und voraussichtlich nie geben wird und die zweitens - aus linker, internationalistischer Sicht - vollständig abzulehnen ist.

Antizionismus ist nicht gleich Antisemitismus

Während Akiva Orr den Bonus des "jüdischen Kronzeugen" (der angeblich kein Antisemit sein kann) sprachlich voll ausreizt, formulieren andere ReferentInnen vorsichtiger. Mitveranstalter Urs Diethelm etwa wendet sich in seinem Beitrag "Zionismus und Antisemitismus - Grundlagen für eine Alternative" gegen falsche Analogien von Faschismus und Zionismus, wie sie in Teilen der Linken leider immer noch anzutreffen seien. Gleichzeitig hält er es für "notwendig, den Begriff ‚Antizionismus` eindeutig und neu zu definieren", indem er auf seine "Ursprünge im revolutionären, internationalistischen Kampf für gleiche Rechte aller Menschen unabhängig von Geschlecht, Kultur, Sprache oder Religion zurückgeführt" wird. Das ist erstens historisch falsch, weil die

Ursprünge des "Antizionismus" in einem innerjüdischen Kontext liegen: Abgelehnt wurde der Zionismus zunächst von liberalen, orthodoxen und sozialistischen Jüdinnen und Juden - mit entsprechenden Argumenten. Zweitens: Auch wenn man die Hoffnung auf die Weltrevolution nicht aufgeben will, erscheint es doch äußerst fragwürdig, darauf einen "neu definierten" Antizionismus aufzubauen. Und drittens ist die Bedeutung des Wortes Zionismus oder ZionistInnen nicht eindeutig definiert. Doron Rabinovici hat m.E. Recht, wenn er schreibt: "Doch seit Stalins Ärzteprozessen ist die Chiffre Zionisten längst zu einem Schlagwort und zu einem Code verkommen, mit dem gegen alle Juden gehetzt werden kann." (FR, 25.8)

Was wiederum nicht bedeutet, dass Antisemitismus und Antizionismus ein und dasselbe wäre. Das zu behaupten, gehört in deutschen Landen mittlerweile zum guten Ton. So stößt man bei der Literaturrecherche (Stichwort "Antizionismus") immer wieder auf Lothar Mertens' Aufsatz "Antizionismus: Feindschaft gegen Israel als neue Form des Antisemitismus". Enthalten ist er u.a. in dem von Wolfgang Benz herausgegebenen Taschenbuch "Antisemitismus in Deutschland", das seit seiner Erstveröffentlichung 1995 zum Standardwerk geworden ist. Mertens schreibt: "Der Antizionismus erscheint nur vordergründig als eine eigenständige Geisteshaltung, in Wirklichkeit ist er nur eine neue, verkappte Form eines latenten Antisemitismus ..." In der Fußnote zu diesem Satz verweist Mertens auf Shulamit Volkovs Buch "Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert". (5) Dort steht nun aber genau das Gegenteil: "Von Identität kann hier keine Rede sein." Den Antizionismus in der europäischen und US-amerikanischen Linken erklärt sie mit dem von ihr selbst geprägten Begriff des "kulturellen Codes". Antizionismus habe in der Linken einen "Symbolcharakter"; er sei ein "Erkennungszeichen der Zugehörigkeit zu einem bestimmten, subkulturellen Milieu". Und weiter: "Der Kultur der Linken anzugehören bedeutet ..., ein ‚Pauschalangebot` zu akzeptieren. Und zum ‚Pauschalangebot` der modernen Linken in den vergangenen zwei Jahrzehnten (seit 1967; Anm. ak) gehörte fast zwangsläufig die Negation Israels."

Seit Shulamit Volkov dies schrieb, sind mehr als zehn Jahre vergangen, in denen viele Linke von der "Negation" zur kritiklosen "Affirmation" übergegangen sind. Wer beides nicht will, sollte beim Reden und Schreiben über Israel auf begriffliche Genauigkeit Wert legen: Ist der Adressat der eigenen Kritik wirklich "der Zionismus"? Oder doch die Regierung und die sie tragende Mehrheit? Auf den diskreditierten Begriff Antizionismus aber sollte ganz verzichtet werden.

Js.

Anmerkungen:

1) Die folgenden Zitate stammen aus Pirkers Kommentaren in der jungen Welt vom 22.4., 25.4., 21.5. und 6.6.2003

2) Ludwig Watzal: Feinde des Friedens. Der endlose Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern, Berlin (Aufbau Taschenbuch Verlag) 2002

3) Hundert Jahre Zionismus. Befreiung oder Unterdrückung? Beiträge der Gegentagung zum Herzl-Jubiläum. Herausgegeben vom Verein "Gegentagung zum Herzl-Jubiläum", Köln (ISP-Verlag) 1998

4) Lothar Mertens: Antizionismus: Feindschaft gegen Israel als neue Form des Antisemitismus. In Wolfgang Benz (Hg.): Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils. München (dtv) 1995

5) Shulamit Volkov: Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert. München (Beck) 1990

30. Die Nation und der Kosmopolitismus. Thomas Haury über Antisemitismus von links

Autor: Js. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:10

Wer sich künftig mit dem Thema "Linke und Antisemitismus" beschäftigen will, wird um Thomas Haurys Buch nicht herumkommen. Der Autor rekonstruiert im ersten Kapitel zunächst Grundstrukturen des antisemitischen Weltbildes und widmet sich in den vier folgenden Abschnitten Karl Marx' Schrift "Zur Judenfrage", der SPD im Kaiserreich, Lenin und dem Leninismus, schließlich der KPD der Weimarer Republik. Das sechste und umfangreichste Kapitel trägt den Titel ",Finanzkapital oder Nation` - spätstalinistischer Antizionismus in der DDR". Zehn Seiten mit zusammenfassenden Thesen über "Antisemitismus von links" schließen das Buch ab.

Wegen seines Reichtums an Fakten, seiner durchdachten Gliederung und seiner Lesbarkeit kann das Buch uneingeschränkt zu Lektüre empfohlen werden. Wie differenziert der Autor sein Thema behandelt, zeigen schon die gut 20 Seiten über Marx' umstrittenen Text von 1843/44. Marx hatte "Schacher" und "Geld" mit dem "praktischen, realen Judentum" gleichgesetzt und geschrieben: "Die gesellschaftliche Emanzipation des Juden ist die Emanzipation der Gesellschaft vom Judentum." Im Unterschied zu AutorInnen, die den Text als "Klassiker der antisemitischen Propaganda" missverstehen, schreibt Haury, "dass sich hier zwar ein zentrales inhaltliches Stereotyp - die Verwendung der Juden als Chiffre für Geld und Schacher - finden lässt, von einem ‚Antisemitismus` bei Marx jedoch keine Rede sein kann" - im Unterschied zu linken Judenhassern des 19. Jahrhunderts wie Fourier, Proudhon oder Bakunin.

Gleichzeitig räumt Haury ein, "dass Marx völlig kritiklos die zeitgenössischen judenfeindlichen Stereotype für seine politischen und philosophischen Zwecke benutzt und so ‚am Netz kollektiver Symbole seiner Zeit mitgeknüpft` hat". Der Schaden war vergleichsweise gering, weil sein Text kaum Verbreitung fand. Marx hat sich später zur "Judenfrage" nicht mehr geäußert; nach seinem Tod war es Friedrich Engels, der, als der "moderne Antisemitismus" in Deutschland boomte, entschieden anti-antisemitisch intervenierte.

Dass Antisemitismus mehr ist als "eine bloße Anhäufung verschiedener Stereotype", nämlich ein "Weltbild", begründet Haury im ersten Kapitel. Überzeugend sind Haurys Ausführungen über den "sekundären Antisemitismus" - den Antisemitismus "nicht trotz, sondern wegen Auschwitz", der im heutigen Deutschland immer mal wieder massiv hervorbricht, auch in den Mainstream-Medien; so z.B. während der Walser-Bubis-Debatte oder bei der Diskussion um die Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen.

Juden als "Antiprinzip" der Nation

Eine These zieht sich durch das ganze Buch: die vom Zusammenhang zwischen Antisemitismus und Nationalismus. Dem Nationalismus gelten die Juden "zugleich als innerer wie äußerer Feind", als das "generelle Antiprinzip der ‚Nation`", schreibt Haury: "Innerhalb dieser Logik verheißt allein die Entfernung der Juden das ersehnte Heil, sie ist gleich bedeutend mit der Herstellung der ‚nationalen Gemeinschaft`." Das gilt, wie der Autor zeigt, auch für die "antizionistischen" Kampagnen des Stalinismus. So stellte die SED um 1950 das "Vaterland der Werktätigen", in dem ein "gesundes deutsches Nationalgefühl" herrsche, dem "vaterlandslosen Finanzkapital" und dem "wurzellosen Kosmopolitismus" gegenüber; letzterer richte sich gegen die "wahre nationale Kultur des deutschen Volkes", wie sie im ostdeutschen Arbeiter- und Bauernstaat blühe und gedeihe. (Zu den antijüdischen Kampagnen in der frühen DDR siehe auch ak 343)

Problematisch und diskussionsbedürftig sind Haurys Thesen über den "strukturell antisemitischen" Leninismus, die sich aus drei von ihm behaupteten "Grundprinzipien" des Antisemitismus ergeben: "Personifizierung gesellschaftlicher Prozesse mit daraus resultierender Verschwörungstheorie; Konstruktion identitärer Kollektive; Manichäismus, der die Welt strikt in Gut und Böse teilt und den Feind zum existenziell bedrohlichen, wesenhaft Bösen stilisiert, dessen Vernichtung das Heil der Welt bedeutet." Kann revolutionäre Politik, die nicht nur Kapitalismuskritik betreibt, sondern - wann auch immer - "Massen" zum Sturz des Kapitalismus "aufhetzen" will, auf agitatorische Vereinfachungen, speziell Personalisierung, verzichten? Ich bezweifle es. Schließlich funktioniert Kapitalismus nicht ohne "Kapitalisten", oder allgemeiner gesagt: Leute, die den Kapitalismus organisieren, seine wirtschaftlichen und militärischen Eroberungszüge planen und davon auch durch materiellen Reichtum und persönliche Macht über Menschen profitieren. Zwar sollten sie weder als

"Parasiten" oder "Blutsauger" dämonisiert noch mit Vernichtung bedroht werden. Aber Feinde bleiben sie auch dann, wenn sie nicht "wesenhaft böse", sondern privat ganz umgänglich sind.

Js.

Thomas Haury: Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR. Hamburger Edition 2002, 527 Seiten, 35 EUR

31. Mehr Dichterin als Sängerin: Anne Clark. Neues Album "From Heart - Live in Bratislava"

Neues Album "From the Heart - Live in Bratislava"

Autor: DSe · Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:12

Ihre Songs sind mehr gesprochen als gesungen. Auf ihren Alben dominieren entweder stark elektronisch bearbeitete Beats - oder aber klassische akustische Instrumente. "Sleeper in Metropolis" heißt einer ihrer Songs aus den frühen 80er Jahren, der heute in der Techno-Szene und weit darüber hinaus als Klassiker gilt. Anne Clark hat gerade ihr 13. Album veröffentlicht: "From the Heart - live in Bratislava". Eine Live-Aufnahme ihrer "Acoustic-Tour-2002", die in nur einem Rutsch während eines Konzertes in der Slowakei aufgenommen wurde.

Seit den 80er Jahren gilt Anne Clark als Trendsetterin in Sachen Elektronik und Techno-Wave. Diese herausragende Rolle führte 1997 dazu, dass ihr zahlreiche Techno- und DJ-Größen eine Art Tribute-Album schenkten und auf dem Album "Wordprocessing" Remixe der Songs von Anne Clark veröffentlichten. Dass Clark auch heute noch zu den angesagten KünstlerInnen dieser Branche zählt, wird an ihrer 2002 mit Blank & Jones veröffentlichten Single "The Hardest Heart" deutlich. Der Song schoss auf die Nummer 1 aller relevanten deutschen Dance-Charts, erreichte Platz 22 der Single-Sales-Charts und fand seinen Weg in die Top-100 der Airplay-Charts.

Anne Clark lässt sich nicht in irgendwelche Schubladen pressen, dies zeigen ihre akustischen und auch literarischen Arbeiten. Nach ersten Experimenten mit der Vertonung von Gedichten (1992: "The Law is an Anagram of Wealth" mit Gedichten des Lyrikers Friedrich Rückert) widmete sie sich gemeinsam mit ihrem langjährigen Wegbegleiter Marty Bates den Gedichten des österreichischen Dichters Rainer Maria Rilke. 1998 erschien "Just after Sunset". Ein Projekt, das ihr mit ihrer damaligen Plattenfirma jede Menge Ärger einbrachte, denn Sony wollte dieses anspruchvolle Projekt nicht veröffentlichten. Ärger, den sie seit Anfang der 90er Jahre, als sie verstärkt auf akustische Sounds umstieg, immer wieder hatte. In recht schneller Folge wechselte sie von Virgin über Metronome zu Sony und mit dem Rilke-Album dann vorerst zu Warner Chappell. Clark kommentierte das in einem Interview "Ich habe einen Punkt erreicht, an dem ich mit der Wegwerf-Philosophie der kommerziellen Musik-Industrie einfach nicht mehr arbeiten kann." Im November 2002 wurde "Just after Sunset" konsequenterweise auf dem eher kleinen Label "netMusicZone/Zombar" neu veröffentlicht. Auch ihr neues Album "From the Heart" ist dort erschienen.

Poetik keine Wegwerfmusik

Auf die Frage, was sie mit Rilke verbindet, nennt Clark vor allem zwei Dinge: "Schreiben war ein essenzieller Teil seines Lebens" und "auch durch seine Suche nach Spiritualität durch Natur habe ich mich ihm sehr nahe gefühlt." Das Schreiben ist insofern für Clark charakteristisch, als dass sie sich mehr als Dichterin, denn als Sängerin versteht. So sagt sie unumwunden von sich selbst: "Ich bin eine ganz lausige Sängerin, daher die Sache mit dem Sprechgesang." Und so klingt ihre Stimme in den Songs auch eher wie vertonte rhythmische Lesung. Und was die Spiritualität angeht: Für Clark ist Musik "eine Art Religionsersatz", da es "nichts Vergleichbares gibt, das in Menschen so starke Gefühle hervorrufen kann."

Musik als Religionsersatz

"From the Heart" gehört in die Reihe der akustischen Clark-Alben. Die Instrumentierung besteht aus Percussion/Drums, Gitarre, Piano und Cello. Die Musiker, mit denen sie das Album eingespielt hat und mit denen sie im November in Deutschland auf Tour sein wird, sind nicht ohne: Gitarrist Jeff Aug war bereits mit so namhaften Künstlern wie Ice-T, Terrence Trent DArby, Lenny Kravitz oder Dog Eat Dog unterwegs. Der Pianist Murat Parlak spielte u.a. mit Jazzgrößen wie Franco Ambrosetti, Egberto Gismonti und Branford Marsalis und arbeitete in der Abteilung Klassik mit Yehudi Menuhin zusammen. Mit dabei auch der Drummer Niko Lai, der bei Charly Antolini gelernt hat.

Das Live Album versammelt einige wenige neue Sachen, ansonsten aber vor allem eine Art "Best of" älterer Songs. Doch es hat schon was, wenn man "Sleeper in Metropolis" oder "Our Dark-ness" mit klassischen

Instrumenten dargeboten bekommt. Die gewohnt kühle, etwas melancholische und ausdrucksstarke Stimme von Anne Clark tut ein übriges, um dieses Album zum Hörerlebnis zu machen.

DSe, www.rock-links.de

Anne Clark, "From the Heart - Live in Bratislava", netMusicZone, www.anneclark.de. Tourdaten in D.: 7.11. Kempten, venue tba; 8.11. Stuttgart, Liederhalle; 10.11. München, Muffathalle; 11.11. Erfurt, Gewerkschaftshaus; 12.11. Dresden, Lukaskirche; 13.11. Rostock, Nikolaikirche ; 14.11. Berlin, Passionskirche; 15.11. Neu Brandenberg, Konzertkirche; 16.11. Magdeburg, Johanniskirche; 18.11. Kiel, Halle 400; 19.11. Hamburg, Markthalle; 20.11. Hannover, Pavillon; 21.11. Bremen, Modernes ; 22.11. Duisburg, Pulp; 27.11. Freiburg, Jazzhaus; 29.11. Saarbrücken, Garage; 30.11. Mainz, Frankfurter Hof; 4.12. Nürnberg, Hirsch

32. Ohren-Propaganda

Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:18

Linkes Kabarett in Hamburg eröffnet: Polittbüro

Seit fast 19 Jahren sind die beiden KabarettistInnen Lisa Politt und Gunter Schmidt inzwischen als Herrchens Frauchen unterwegs und nicht nur in der linken Szene für ihre beißende Satire bekannt. Am 1. September haben sich die beiden nun einen lange gehegten Traum erfüllt und ihr eigenes Spielhaus eröffnet. Unter dem vieldeutigen Namen "Polittbüro" wird nun in der Nähe des Hamburger Hauptbahnhofes im ehemaligen Neuen Cinema im Steindamm "von unten nach oben gelacht."

Neben linkem Kabarett z.B. vom Bader-Ehnert-Kommando wird künftig auch Thomas Ebermann regelmäßiger Kommentator und Programmgestalter sein. Mindestens einmal im Monat (Montags) gibt es im Rahmen der "Vers- und Kaderschmiede" dann meist eher literarische Abende.

Den Opener in dieser Rubrik gibt es bereits am 22. September anlässlich des 30. Jahrestages des Militärputsches in Chile. Sylvia Wempner, Rolf Becker und Michael Weber werden in einer szenischen Lesung Texte von Ariel Dorfman vortragen. Im November kommt dann z.B. Franz-Josef Degenhardt und im Dezember gibt es Lesungen mit Doris Gercke und Hannelore Hoger. Und natürlich wird Ebermann auch gemeinsam mit seinem Partner Rainer Trampert auftreten.

Angesichts herrschender Krise bei Linken und Unterhaltungsbranche ist der Schritt von Politt und Schmidt, ein solches Kabaretthaus dieser Tage zu eröffnen, sicher als mutig zu bezeichnen. Deshalb: Hingehen und den FreundInnen und Bekannten Geschenkgutscheine zu jedem denkbaren Anlass überreichen. (DSe)

Mehr Infos: www.polittbuero.de

Rotes Haus - 3 CDs zu gewinnen!!!

Rotes Haus haben gerade ihr neues Album "73,29 Minutes to save the world" veröffentlicht. 14 linksradikale Songs, die tief im Herzen einer eher autonomen Szene beheimatet sind, ohne dass das Ganze zum Parolengegröle verkommt. Richtig gut macht das Ganze aber vor allem die überaus vielseitige musikalische Realisierung. Von arabisch-asiatischen Klängen geht's munter über HipHop, House und Elektro bis hin zu Punk-Anleihen. Auch Folk- und Liedermacher-Ähnlichkeiten sind herauszuhören. Dazwischen gestreut Sound- und Geräuschkulissen Marke Gameboy, Demo-O-Töne und Telefonansagen. Was die musikalische Vielfältigkeit angeht, setzen Rotes Haus damit fort, was sie mit ihrem Anfang 2001 veröffentlichten Erstlingswerk "Allemal" begonnen hatten. Deutsche, französische und englische Sprachkenntnisse fördern das Verständnis (können aber auch vom ausführlichen Booklet abgelesen werden). Fortgesetzt wird auch die Zusammenarbeit mit Kai Degenhardt, der zwei Texte mitverantwortet und mit dem Rotes Haus ab Anfang Oktober auf Tour gehen wird. (Dse)

Ihr könnt drei CDs von "73,29 Minutes to save the world" bei uns gewinnen. Schreibt einfach eine Mail an redaktion@akweb.de mit dem Betreff "Rotes Haus" und eurer Postanschrift (bitte nicht vergessen!) an uns und unter allen EinsenderInnen verlosen wir dann die drei Exemplare.

Rotes Haus, 73,29 Minutes to save the world, Pläne-Records, www.roteshaus-musik.de; Tourdaten: 2.10. AJZ Wuppertal, 3.10. Kulturzentrum Pelmke, Hagen, 4.10. Buntes Haus Celle, 8.10. Cafe Zapata, Berlin, 11.10. Wismar, 23.10. Hamburg Hafenklang, 7.11. JZ Herne, 8.11. Cafe Excess, Frankfurt, 21.11. DemoZ, Ludwigsburg, 27.11. Siebenstern, Wien, 28.11. Ann & Pat, Linz, 29.11. Explosiv, Graz, 6.12. Langendeer, Bochum

German Reggae Explosives

Einen schönen Sampler mit den derzeit im deutschen Sprachraum beheimateten und angesagten Reggae-KünstlerInnen hat WEA gerade zusammengestellt und veröffentlicht. Wer sich also mal schnell einen Überblick über die hiesige Reggae-Szene machen will, liegt mit dieser CD vollkommen richtig: Gentleman, Silly Walks, Seeed, Sam Ragga Band, Patrice, D-Flame, Mellow Mark, Jan Delay, Turtle Bay Country Club u.a. sind mit jeweils ein oder zwei Songs auf "German Reggae Explosives 2003" versammelt. Dazwischen aber auch MusikerInnen, von denen man vermutlich erst in den nächsten Monaten noch mehr hören wird. Z.B. von Don

Abi, der vor kurzem sein erstes Mini-Soloalbum veröffentlicht hat. Oder von der aus der Schweiz stammenden schwarzen Rapperin Namusoke. Deren erste EP ist gerade beim Hamburger Buback-Label in der Mache und der Song "Information" auf dem Reggae-Sampler lässt erahnen, dass hier noch einiges zu erwarten ist. (DSe)

Diverse, Sampler: German Reggae Explosives 2003, www.wea.de

33. Aus der Hölle der "politischen Kunst". Die 50. Kunstbiennale in Venedig bietet eine ungeheure Warensammlung

Autor: Peter Birke · Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:26

Die Kunst hat "politisch" zu sein, das erhöht die Aufregung, die um sie herum gemacht werden kann. Auch im Privatleben eher konservative KulturmanagerInnen, wie der für die finanzielle Seite der 50. Kunstbiennale in Venedig zuständige Franco Bernabe, wissen diesen Effekt zu schätzen: Für Bernabe sind es "die Emotionen", die das "Produkt Ausstellung" verkäuflich machen (FAS, 7.6.03). Eine Art, Emotionen zu produzieren ist, sich über das Elend der Welt zu empören. Auf den letzten Megaausstellungen, insbesondere auf der 10. und der letztjährigen 11. Kasseler Documenta war die Kritik an Neoliberalismus, an den Formen der Globalisierung, eben an allem, was derzeit im Fach Kritik gängig ist, kaum zu überhören.

Die Biennale, die noch bis zum 2. November zu sehen ist, schließt an diese Tendenz an, allerdings greift sie dabei zugleich auf postmoderne Muster zurück. Der für die künstlerische Seite der diesjährigen Show verantwortliche Francesco Bonami möchte "die Absurdität der Kriege, der Gewalt und der Diskriminierung" angreifen. Das Motto der Biennale 2003 - "Träume und Konflikte" - soll "die Produktion von Träumen" anregen, die "den Irrsinn der Konflikte angreifen". Im Gegensatz zu den großen internationalen Kunstausstellungen der letzten Jahre will Bonami derart ebenso schwammige wie noble Ziele allerdings durch "eine Vielzahl von Perspektiven" hindurch verwirklichen. Entsprechend wurde die Show von elf KuratorInnen gestaltet, die die vorhandenen Flächen weitgehend unabhängig voneinander bespielen. Zusammen mit den "Länderpavillons", in denen die Nationalstaaten traditionell ihre Haupt- und StaatskünstlerInnen präsentieren, und etlichen mehr oder weniger peripheren Ausstellungen sind über 500 KünstlerInnen beteiligt.

Der erste Eindruck von der Biennale ist deshalb: Unübersichtlichkeit. Die künstlerische Leitung ist der Meinung, dass es Sache der Betrachter/in sei, Ordnung in diese Unübersichtlichkeit zu bringen. Da die Wahrnehmung der Welt ohnehin im Auge der Betrachter/in konstituiert wird, fordert Bonami gleich konsequent eine "Diktatur des Betrachters". Auf den ersten Blick hat diese Forderung ihre emanzipatorische Seite. Auf den zweiten Blick ist sie einfach nur Ausdruck des Umstandes, dass die einzige Ordnung, die sich hinter der ungeheuren Warensammlung, die große internationale Kunstausstellungen darstellen, die des Tauschwertes ist, der sich hier buchstäblich hinter dem Rücken der BetrachterInnen durchsetzt.

Bereits die Topographie der Biennale ist nicht dazu angetan, eine Erzählung zu etablieren, die von den BetrachterInnen selbst entwickelt wird. In den Giardini, dem alten Ausstellungsgelände der Biennale, mühen sich die KünstlerInnen mit den Räumen ab, die von den Länderpavillons vorgegeben sind. Sehr auffällig hat in diesem Jahr der Spanier Santiago Sierra das Problem gelöst. Er hat den Eingang des spanischen Pavillons einfach mit einer Mauer versehen und einen Hintereingang geöffnet, der aber nur für spanische StaatsbürgerInnen geöffnet ist. Weniger plakativ wird im niederländischen Pavillon mit dem Problem umgegangen. Hier stellt u.a. der in Mexiko-City geborene Carlos Amorales sein Projekt "Flame Maquilladora" aus. Unter dem Zuruf "Work for fun! Work for me!" können sich die BesucherInnen hier mit den Arbeits- und Lebensbedingungen auseinandersetzen, die mit der Produktion modischer Schuhe im Trikont verbunden sind.

Anders als in den vergangenen Jahren, hat dagegen der Kurator des deutschen Pavillons 2003 auf jede Dekonstruktion dieses faschistischen Bauwerkes verzichtet. Das Resultat ist niederschmetternd. Martin Kippenbergers "METRO-Net World-Connection" ist in der Mitte der zentralen Halle des Gebäudes eingelassen, ein virtueller U-Bahn-Schacht, der mit der konzeptionellen Illusion verknüpft ist, ein Netzwerk über die ganze Welt herzustellen. Kippenberger kann sich gegen die Art der Präsentation nicht mehr wehren, da er 1997 gestorben ist. Die Fotos von Candida Höfer, die Repräsentationsbauten abgelichtet hat, passen in den affirmativen Gesamteindruck. Wer nicht sehr viel Zeit hat, sollte sich den Besuch des deutschen Pavillons einfach ersparen.

Kunst macht in Politik

Die zweite große Ausstellungsfläche der Biennale ist von ihrer Aufteilung her nicht auf Nationalitäten, sondern auf inhaltliche Aspekte bezogen. Hier gibt es schon eher die Voraussetzungen dafür, jene "Vielfalt"

umzusetzen, die Bonami propagiert hat. Das Arsenale ist schon aus historischer Sicht interessant, handelt es sich doch um ein Werftgelände, das einem Gerücht nach bereits als Vorbild für Dantes Schilderung der Hölle gedient haben soll. In diesem langsam zerfallenden Denkmal der frühen Industrialisierung sind insgesamt acht verschiedene Ausstellungen installiert. Wenn man sich durch sieben dieser Ausstellungen gearbeitet - und zwischendurch die Werbeattacken des Kaffeeherstellers Illy überstanden hat - gelangt man zur "Utopia Station". Hier, sozusagen am äußersten Rand der Biennale, entsteht eine merkwürdige Mischung aus Idylle und lärmenden politischen Parolen. Die Liste der an der "Utopiestation" Beteiligten ist lang, etwa von Marina Abramovic bis Immanuel Wallerstein, und die ausgestellten Projekte sind entsprechend eine Sammlung mehr oder weniger guter Ideen. So dokumentiert die Kopenhagener Gruppe Oleanna ihren Versuch, ein verfallenes Bahngelände vor der profitablen Nutzung zu retten und den EinwohnerInnen eines depravierten Stadtteils zur Verfügung zu stellen. Die Gruppe Superflex zeigt, wie sich Guarana-ProduzentInnen der Kontrolle multinationaler Konzerne entziehen könnten. Andere Projekte, wie das mit dem geschmacklosen Namen "Elchland-Wolfsland" bleiben nicht bei solch zarten Ansätzen, sondern gründen gleich neue (utopische?) Staaten, wobei eine als Aufsichtsperson getarnte Opernsängerin immerhin versichert, dass "this is just propaganda". Sogar Yoko Ono ist an dem "Treffpunkt der Utopien" beteiligt und wünscht sich, dass die ganze Welt sich Frieden wünschte und dadurch Frieden werde. Im Vergleich dazu bringt die von Christoph Schlingensiefs Firma veranstaltete Aktion immerhin ein wenig Ironie gegenüber dem Verkauf von rettenden Ideen auf. Während sie auf dem Gelände der "Utopiestation" eine kleine Kapelle aufgebaut hat, findet zeitgleich am Eingang der Giardini ein Wettbewerb im Pfahlsitzen statt. Allerdings erscheint die Begeisterung, die das bürgerliche deutsche Feuilleton für diese Aktion aufgebracht hat, doch eher unangemessen und peinlich.

Insgesamt wirkt die "Utopiestation" wie ein Marktplatz, an dem diverse Glücksbotschaften vertickt werden (die Kontonummer nicht vergessen!). Selbst die eigentlich gute Idee, den Namen der KünstlerInnen zu verschweigen, wird auf diese Weise karikiert: Superflex, Supermoderno u.s.w. klingen nicht ganz zufällig wie Markennamen. Zugleich wird deutlich, dass ein Teil der "Vielfältigkeit" der Biennale ihre Ursache einfach darin hat, dass auch hier ein Sparprogramm introduziert worden ist. Das meiste Geld mussten die AusstellungsmacherInnen selbst mitbringen. Besonders auffällig wird das in der "Utopiestation", wo viele der Projekte wie vom Publikum geplünderte Messestände aussehen - es fehlt das Personal, das hinterher wieder aufräumen würde. Die Frage, die am Ende der "Station" gestellt wird, ob nämlich die - als Aufforderung zur Negation "der Kunst" gemeinte - Besetzung der Biennalegeländes durch eine situationistische Gruppe im Jahre 1968 nicht doch eine gute Idee war, geht in diesem Gewühl unter - alles ist möglich- und warum nicht auch mal negieren?

Wer sich auf der Biennale umsehen will, tut gut daran, sich nicht an den Titeln der Einzelausstellungen zu orientieren. Überall findet sich durchaus Anregendes, vor allem dort, wo die KünstlerInnen auf allzu aufdringliche "politische" Botschaften verzichtet haben.

Ein Thema, das in mehreren Abteilungen der Ausstellung eine Rolle spielt, ist der Krieg in Israel und Palästina. In der "Utopiestation" hat sich die Gruppe Multiplicity mit dem Einfluss des Personalausweises auf die Reisen durch das Autonomiegebiet beschäftigt, mit dem Resultat, dass ein palästinensischer Pass etwa fünf Mal so viel Zeit (und den entsprechenden Kontrollaufwand) beansprucht wie ein israelischer (oder europäischer). Am Eingang des Arsenale-Komplexes beschäftigt sich eine Video-Installation des israelischen Künstlers Doron Solomons mit dem Aufwachsen von SelbstmörderInnen. Im italienischen Pavillon zeigt Carmit Gil eine Konstruktion aus Stahlrohren, die den Titel "Bus, 2002" trägt. In der Ausstellung "Contemporary Arab Representations" schließlich werden von Bilal Khbeiz die Schatten von an den Mauern von Gaza porträtierten "Märtyrern" gezeigt.

Utopie am Messestand

Überhaupt sind die Beiträge zur internationalen Situation die mit Abstand bemerkenswertesten der Biennale. So beschäftigt sich in der von Carlos Basualdo kuratierten Abteilung "The Structure of Survivel" die deutsch-argentinische Gruppe GAC mit der Geschichte und Aktualität des Staatsterrors und des Aufstandes in Argentinien. Mehrere Beiträge in dieser Ausstellung, wie der Videoreport von Di Bello und Linke, thematisieren die Situation in den Slums der lateinamerikanischen Megastädte, in denen "sich das Bild von der gewohnten Stadt vollkommen auflöst, so dass nur noch von informellen Städten gesprochen werden kann". Ein wichtiges Moment dieser Projekte ist die Einsicht, dass die extreme Armut und Gewaltförmigkeit des Lebens in den

Slums nur eine Seite ihrer Geschichte ist: Die BewohnerInnen sollen zugleich in ihrer Würde als kreative und autonome Menschen geschildert und wahrgenommen werden.

Eine andere Seite des Trikonts zeigt die von Hou Hanru kuratierte Ausstellung "Zone of Urgency" (etwa: Notstandsgebiet), die sich mit dem urbanen Leben (vor allem) in Südostasien befasst. Wohnsilos und Obdachlosigkeit, aber auch Reichtum und Entfremdung sind die Themen dieser Show. Postkoloniale Zustände werden beispielsweise von Wong Hoycheong karikiert, der Österreich zu einer ehemaligen malaysischen Kolonie erklärt und in einer, in einem im Kolonialstil eingerichteten Wohnzimmer präsentierten, Fernsehserie über die "verlorene Provinz" berichten lässt. In derselben Ausstellung zeigt die französische Gruppe Campement Urbain, mittels der Einladung an die BewohnerInnen einer Pariser Vorstadt, an der Biennale teilzunehmen, dass die postkolonialen Zustände auch in den westeuropäischen Metropolen eine konstitutive Rolle spielen - und auf den großen Kunstausstellungen wie der Biennale reproduziert werden.

Neben dem "Notstandsgebiet" und den "Strukturen des Überlebens" ist schließlich auch das von der ehemaligen Documenta-Kuratorin Catherine David verantwortete Projekt "zeitgenössische arabische Repräsentationen" interessant. Hier zeigt u.a. die Atlas-Gruppe, die auf der letzten Documenta mit einer Ausstellung über ein untergegangenes Flüchtlingsschiff im Mittelmeer vertreten war, eine "Geschichte der Autobomben in den libanesischen Kriegen 1975-1991". Tony Chakar versucht ein "unmögliches Portrait" der Stadt Beirut, das den oberflächlichen Charakter des "Friedens" durch den Gegensatz von Ton/Schrift- und Bildmontage verdeutlicht. Schließlich wird in einer DVD-Installation von Paola Yacoub und Michel Lassere die (Vor)-geschichte des letzten (und anhaltenden) Golfkrieges thematisiert. Die Ausstellung von David ist zugleich die einzige, bei der sich etliche KünstlerInnen, die angefragt worden waren, bekanntermaßen der Teilnahme verweigerten. Die Kritik an der Biennale, die in diesem Zusammenhang formuliert wurde, ist wesentlich: Man wolle, gerade angesichts der "politischen" Agenda einer Ausstellung wie der von David kuratierten "nicht mit einer Situation konfrontiert sein, die durch paradoxe Sichtbarkeit gekennzeichnet ist. Diese Sichtbarkeit als Teil eines globalen Ereignisses ist bestimmt durch asymmetrische Zustände, weil Fragen des Budgets, der Strukturen der Produktion und Präsentation (...) nicht offen gelegt werden." (Zit. nach kunstforum international, Nr. 166, S. 183)

Mechanismen des Kunstmarktes aufdecken

Insgesamt zeigen sich auf der Venezianischen Biennale, im Gegensatz zu den großen Ausstellungen der vergangenen Jahre, das Unvermittelte und die offenen Widersprüche deutlicher, in die der Begriff der "politischen Kunst" momentan verwickelt ist. Der Begriff selbst ist verbraucht, die alten Maßstäbe sind ungültig, und es fehlt an neuen Handlungsanweisungen. Die KünstlerInnen müssen sich, ebenso wie die RezipientInnen, ein eigenes Bild machen. Die Schwierigkeit, mit den Mechanismen eines Kunstmarktes umzugehen, der einerseits in der Lage ist, auch radikale Kritik an den herrschenden Verhältnissen zu integrieren und andererseits eine erbarmungslose Auslese gegenüber allem betreibt, das nicht gängig ist, zeigt sich überall auf dieser Ausstellung. Vielleicht bietet sich ein Vergleich zu den sozialen Bewegungen an, die sich augenblicklich ebenfalls im Zwielicht zwischen Integration, Zerfall und Erneuerung befinden. Sich über die Ausstellung einen Überblick zu verschaffen, ist in diesem Jahr fast unmöglich. Wenn man sich auf Überraschungen gefasst macht, lohnt sich ein Besuch trotzdem.

Bianca Buchen/Peter Birke

34. Italien im Sommer 1943. Geschichtspolitische Kontroversen um das Ende des Faschismus

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:01

60 Jahre nach dem "heißen Sommer" des Jahres 1943 sind die historischen Fakten längst geklärt. Die Kontroversen um das Ende des italienischen Faschismus aber dauern an. Vor allem geht es dabei um die Rolle der antifaschistischen Befreiungsbewegung, der Resistenza. Deren Bedeutung zu schmälern ist seit jeher ein vordringliches Anliegen konservativer PublizistInnen.

Nach Mussolinis Sturz am 25. Juli 1943 geriet das faschistische Regime in Auflösung. Die vom König eingesetzte Nachfolgeregierung unter Marschall Badoglio verkündete die Fortsetzung des Krieges an der Seite Nazi-Deutschlands, verhandelte aber insgeheim mit den Alliierten. Als endlich am 8. September, nach 45 Tagen, der Waffenstillstand erklärt wurde, besetzte die deutsche Wehrmacht große Teile des Landes. Badoglio, König Vittorio Emanuele, Generäle und Regierungspolitiker flohen in den befreiten Süden, die italienischen Streitkräfte blieben führungslos. Gleichzeitig begann der bewaffnete Kampf der Resistenza, der schließlich Ende April 1945 mit dem Sieg über die deutschen Besatzer und die von ihnen abhängigen Faschisten der Sozialrepublik von Salò endete.

So weit die Fakten. Die Kontroversen betreffen zunächst Mussolinis Sturz. War der 25. Juli nur eine Palastrevolution, ausgelöst durch den Vormarsch der Alliierten, die kurz zuvor auf Sizilien gelandet waren? Welche Rolle spielte die Bevölkerung, welchen Anteil am Umsturz hatte die Linke? Und markiert schließlich der 8. September 1943 den beklagenswerten "Tod der Nation", wie konservative Historiker behaupten - oder ist dieser Tag nur der unausweichliche Endpunkt einer Katastrophe, die mit dem deutsch-italienischen Kriegsbündnis begonnen hatte?

Mehr als eine Palastrevolution

All das ist seit fast 30 Jahren Gegenstand heftiger geschichtspolitischer Debatten. Das Intermezzo der 45 Tage und die auf den 8. September folgenden Kämpfe bieten aber nicht nur Stoff für eine Fortsetzung des italienischen "Historikerstreits". Sie liefern darüber hinaus bedeutsames Material für den Vergleich der historischen "Faschismen" wie auch für die immer wieder aktuelle Frage, was denn die Geschichte vorantreibe: das Wirken großer "Männer"? der Klassenkampf? der Zufall?

Letzterer ist weitgehend auszuschließen. Denn angesichts der politischen und militärischen Kräfteverhältnisse konnten die Dinge kaum anders laufen. Aber wer waren die Akteure? Da sind zunächst die faschistischen "Verschwörer" um Dino Grandi, die ihren Duce per Mehrheitsbeschluss im Großen Rat zum Abdanken zwangen; König Vittorio Emanuele III., der Mussolini im Oktober 1922 zum Regierungschef ernannt hatte und ihn nun kurzerhand mit den Worten verabschiedete: "Tut mir leid, tut mir leid, aber eine andere Lösung war nicht möglich" - in der Hoffnung, damit die Monarchie moralisch zu rehabilitieren; der abgesetzte, gefangen genommene und schon am 12. September von den Deutschen befreite Diktator; sein Nachfolger Badoglio, der vergeblich auf Zeit spielte, um Italiens bedingungslose Kapitulation zu verhindern.

Eine vereinfachende linke Historiografie hat den Schurken und Intriganten gern das geeinte antifaschistische "Volk" gegenübergestellt, dessen Wille, sich vom Faschismus nicht länger "betrügen" zu lassen, das Regime binnen kurzem "wie ein Kartenhaus" habe einstürzen lassen. Die Zersetzung des Regimes war aber vor allem ein Ergebnis des Kriegsverlaufs: Die Niederlagen von El Alamein und Stalingrad, schließlich der Vormarsch der Alliierten in Italien selbst ließen keinen Zweifel, dass der Krieg verloren war. Während in Deutschland der Glaube an die entscheidende "Wunderwaffe" den Durchhaltewillen selbst der allermeisten MitläuferInnen aufrecht erhielt, suchten in Italien die faschistischen Würdenträger beizeiten ihre Haut zu retten. Aber auch die Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung speiste sich vor allem aus einer realistischen Einschätzung der Lage. Die Bombenangriffe auf italienische Großstädte und die katastrophale Versorgungslage führten, wiederum anders als in Deutschland, zu offener Rebellion.

Schon im März 1943 kam es in der norditalienischen Metallindustrie zu Streiks mit massenhafter Beteiligung. Die Streikenden forderten nicht nur wirtschaftliche Verbesserungen, sondern auch ein Ende des Krieges. Für

die Bündnispartner des Faschismus war das ein Alarmzeichen, wie der Historiker Roberto Battaglia schreibt: "Die März-Streiks versetzten Industrielle und Politiker in die schwierige Lage, sich vom Faschismus befreien und gleichzeitig fürchten zu müssen, dass die Volksbewegung an dieser Befreiung entscheidenden Anteil bekäme." Zumal neben christlich orientierten Gruppierungen die Parteien der Linken, allen voran der PCI, der Bewegung ihren Stempel aufdrückten.

Vom Massenstreik zum Guerillakrieg

Der militärische Widerstand begann erst nach dem 8. September, als die deutschen Truppen ihre Terrorherrschaft installierten und italienische Wehrpflichtige zum Weiterkämpfen zwingen wollten. Die allermeisten jungen Männer entzogen sich dem, indem sie sich versteckt hielten oder in die Berge gingen. Die dort formierten bewaffneten Gruppierungen bestanden tatsächlich überwiegend aus Deserteuren - was die Resistenza allerdings nur in den Augen der italienischen Geschichtsrevisionisten und Apologeten des Faschismus moralisch abwertet. Denn selbst wer nur an das eigene Überleben dachte und den aussichtslosen Kampf für das Regime verweigerte, beschleunigte damit dessen Zusammenbruch. Darüber hinaus griffen die meisten Deserteure erneut zur Waffe - diesmal, um sie gegen ihre Unterdrücker zu richten. Auch die unbewaffneten HelferInnen der PartisanInnen verdienen allergrößten Respekt.

Die linke Geschichtsschreibung nach 1945 ist denn auch weniger für ihre mitunter pathetische Heldenverehrung zu tadeln - wohl aber für manches Loblied auf das einige "Volk", das letztlich auf einen Freispruch für die Millionen AnhängerInnen des Faschismus hinaus läuft, die vom Regime mehr oder weniger profitiert hatten. Wer deren Mitschuld anerkennt, kann um so überzeugender den Versuchen konservativer Historiker und ihrer MultiplikatorInnen in den Medien entgegen treten, die Bedeutung der Resistenza zu schmälern. Die Resistenza war die bedeutendste antifaschistische Widerstandsbewegung Westeuropas. Die italienische Partisanenvereinigung ANPI erinnert in ihrer Erklärung zum 60. Jahrestag des 25. Juli nicht nur an die mehr als 200.000 Opfer des Befreiungskampfes. Sie hebt auch hervor, dass der Absetzung Mussolinis der "Zusammenbruch der Heimatfront" vorausging - verursacht durch Streiks und Revolten der kriegsmüden Bevölkerung. Die Auffassung gewisser "historiografischer Strömungen", den 25. Juli allein als Auseinandersetzung innerhalb des Faschismus und zwischen Faschismus und Monarchie zu interpretieren, heißt es weiter in der Erklärung, seien "ungenügend und oberflächlich". Und von gegenwärtigen politischen Interessen geleitet, ließe sich hinzufügen.

Js.

35. Juden am Ball. Ein fast vergessenes Kapitel der europäischen Sportgeschichte

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte; Sport; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:02

Über den jüdischen Beitrag zum europäischen Kulturleben ist viel geschrieben worden. Kaum bekannt ist allerdings der Anteil, den Juden an der Verbreitung des vielleicht wichtigsten Zweigs der Massenkultur hatten: des Fußballsports. Das von Dietrich Schulze-Marmeling im Göttinger Werkstatt-Verlag herausgegebene Buch "Davidstern und Lederball. Die Geschichte der Juden im deutschen und internationalen Fußball" schließt diese Lücke.

Dass die Erfolge jüdischer Fußballer das antisemitische Stereotyp vom "kraftlosen" Juden sichtbar widerlegten, gab den Ideologen des NS-Sports nicht einen Moment zu denken. Als ihr Lieblingsclub Schalke 04 1939 im "großdeutschen" Finale Admira Wien mit 0:9 unterlag, machten sie die "Verjudung" des österreichischen Fußballs für das Debakel verantwortlich: Der Professionalismus sei das "Gift", das "jahrelang mit teilweise echt jüdischer Geschicklichkeit ins Volk gespritzt worden" sei.

Die starke Stellung des "jüdischen Fußballs" in Deutschland, mehr noch in Ungarn, der Tschechoslowakei und Österreich, hatte mehrere Ursachen. Sicher hat Paul Spiegel recht, der in seinem Grußwort die Faszination hervorhebt, den der Fußball auf jüdische Jungen aus der Arbeiterschaft und dem Kleinbürgertum ausübte. Entscheidend war aber auch das Engagement jüdischer "Fußballpioniere", die sich schon in den Anfangsjahren um die Popularisierung des von deutschnationalen Turnern geschmähten "englischen" Spiels verdient machten.

Der bedeutendste unter ihnen war Walther Bensemann, geboren 1873 in Berlin. Er war aktiver Spieler, Vereinsgründer, Funktionär und als Herausgeber des 1920 von ihm gegründeten Kicker der bedeutendste deutschsprachige Sportjournalist seiner Zeit. Sein Credo "Der Sport ist eine Religion, ist vielleicht das einzig wahre Verbindungsmittel der Völker und Klassen" mutet heute naiv an, sein Werben für Frieden und internationale Verständigung wurde aber nicht nur den Nazis ein Ärgernis. 1933 emigrierte er in die Schweiz, wo er schon ein Jahr später verarmt starb. (Unter dem Titel "Der Mann, der den Fußball nach Deutschland brachte" erzählt Bernd-M. Beyer Bensemanns Lebensgeschichte in der Form eines dickleibigen "biografischen Romans", der fast zeitgleich mit "Davidstern und Lederball" erschienen ist, ebenfalls im Göttinger Verlag Die Werkstatt.)

Der Deutsche Fußballbund (DFB), dessen durch Auslassungen gekennzeichneter Umgang mit der eigenen braunen Vergangenheit bekannt ist, drückt sich bis heute um ein klares Schuldbekenntnis, was den eiligen Ausschluss seiner jüdischen Mitglieder 1933 angeht. Noch in der offiziellen "Geschichte des deutschen Fußballsports", erschienen 1954, wurde der "politische Umbruch" des Jahres 1933 positiv bewertet, weil durch ihn "viele Schranken und Hemmnisse für die Entwicklung des Fußballsports fielen". Erik Eggers schildert in seinem Beitrag die freiwillige Gleichschaltung des DFB und die skandalösen "Gedächtnislücken" seiner Spitzenfunktionäre. Dennoch will er die Hoffnung nicht aufgeben, dass die vom DFB in Auftrag gegebene Studie über den deutschen Fußball während der NS-Zeit ein Umdenken einleiten könnte.

In insgesamt 28 Beiträgen ausgewiesener Kenner der Materie werden jüdische Spieler, Trainer, Funktionäre, Sportjournalisten porträtiert, jüdische Vereine wie Makkabi, Bar Kochba, Schild oder Hakoah vorgestellt - und ebenso die von ihren Gegnern so genannten "Judenclubs" Bayern München und Ajax Amsterdam. Ein lesenswertes Buch, das nicht nur historisches Wissen vermittelt, sondern auch, wie der Herausgeber (und mit ihm der Rezensent) hofft, einen kleinen Beitrag leisten könnte zur "Renaissance jüdischen Lebens in Deutschland".

Js.

Dietrich Schulze-Marmeling (Hrsg.): Davidstern und Lederball. Die Geschichte der Juden im deutschen und internationalen Fußball. Verlag Die Werkstatt, Göttingen, 512 Seiten, 26,90 EUR

Bernd-M. Beyer: Der Mann, der den Fußball nach Deutschland brachte. Das Leben des Walther Bensemann. Ein biografischer Roman. Verlag Die Werkstatt, Göttingen, 560 Seiten, 26,90 EUR

36. Anschläge im Stadtraum II

Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak476/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:41

Nguyen Van tu

1987 kam der 19-Jährige als Vertragsarbeiter aus Vietnam in die DDR.

Im November 1990 wurde er entlassen.

Nach Ablauf seiner Aufenthaltserlaubnis Ende 1992

wollte er nach Vietnam zurückkehren und heiraten.

Am 24. April 1992

wollte er

zwei vietnamesischen Freunden helfen,

die in Berlin-Marzahn

von einer Gruppe

rechter Jugendlicher

verprügelt wurden.

Beim Versuch,

mit den Angreifern

zu diskutieren,

wurde er mit einem Butterfly-Messer

erstochen.

Kajrat Batesov

2001 kam der 23-jährige Russland-Deutsche aus Kasachstan

nach Deutschland. Er wohnte mit seiner Mutter

und seinem Bruder in der Nähe von Wittstock (Brandenburg).

Er hatte die Absicht, seinen 4-jährigen Sohn

und seine Frau aus Kasachstan nachzuholen.

Am 4. Mai 2002

wurde er mit einem Freund

beim Verlassen

einer Diskothek von mehreren

ausländerfeindlichen

jungen Männern

aus der Techno-Szene

angegriffen.

Drei Wochen später

starb er an den schweren Verletzungen,

die ihm durch Schläge,
Tritte und einen schweren
Feldstein zugefügt wurden.
Helmut Sackers
1990 kam er aus Nordrhein-Westfalen nach Halberstadt
(Sachsen-Anhalt), um die ehemalige DDR kennen zu lernen.
Dort begegnete der 50-Jährige seiner Lebensgefährtin.
Der Vater von vier Kindern hatte sich kritisch mit der deutschen
Vergangenheit auseinander gesetzt und war ein begeisterter
Sportler. Bis zu seiner Rente war er selbstständiger Kaufmann.
Am 29. April 2000
wurde er von einem Nazi
im Treppenhaus
eines Plattenbaus
in Halberstadt erstochen.
Er hatte zuvor
die Polizei verständigt
und dem Nazi mit einer Strafanzeige gedroht,
weil aus dessen Wohnung
lautstark nazistisches Liedgut zu hören war,
darunter das verbotene Horst-Wessel-Lied.
Karl-Hans Rohn
1992 lebte der 53-Jährige bereits längere Zeit allein stehend
in Wuppertal (NRW). Nachdem er seine Arbeit als gelernter Metzger verloren hatte,
verdiente er seinen Unterhalt mit Gelegenheitsjobs
und verbrachte seine Freizeit gerne in Kneipen.
Am 13. November 1992
wurde er in einer
Wuppertaler Kneipe von
zwei Skinheads getreten,
mit Schnaps begossen,
angezündet und erstickt,
nachdem er mit ihnen
getrunken und diskutiert
hatte. Er hatte sich
als Jude ausgegeben,

woraufhin der Wirt

die Skinheads

mit antisemitischen

Äußerungen zu der Tat

animierte.

Die Leiche luden die Täter an einer Straße

in Venlo (Niederlande) ab.

Weitere Informationen: " Anschläge im Stadtraum. Ein Ausstellungsprojekt von Rebecca Forner in Essen" (ak 475), www.akweb.de/ak_s/ak475/38.htm, www.kokereizollverein.de/kunst.phtml

37. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak476/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:13

Vom anderen Stern

Keine filmische Dokumentation über die Rote Armee Fraktion kommt ohne diese Bilder aus - auch wenn die eingefangenen Szenen noch zwei Jahre vor Gründung der RAF spielen: Aufnahmen von Gudrun Ensslin, Andreas Baader, Horst Söhnlein und Thorwald Proll während des so genannten Kaufhausbrand-Prozesses. In der Nacht vom 2. auf den 3. April 1968 waren Brandsätze in den Kaufhäusern Schneider und Kaufhof in Frankfurt am Main explodiert. Bereits einen Tag später wurden die vier in der Mainmetropole festgenommen. Im anschließenden Prozess wurden sie zu drei Jahren Haft verurteilt, der Haftantritt bis zur Entscheidung über die Revision ausgesetzt. Ein Jahr später, im November 1969, lehnte der Bundesgerichtshof die Revision ab. Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Thorwald Proll setzten sich daraufhin nach Paris ab, wo später Astrid Proll, Thorwalds Schwester, zur Gruppe stieß. Erst hier beginnt die eigentliche Geschichte. Einen Einblick in die Atmosphäre dieser Zeit gibt Thorwald Proll in dem Buch "Wir kamen vom anderen Stern". In dem Interviewbändchen - die Fragen stellt Daniel Dubbe - schimmern die unbedarfte Ernsthaftigkeit, Intensität und Radikalität durch, die die Protagonisten der StudentInnen-Bewegung antrieben. Thorwald Proll berichtet von den Aktionen der Kommune I, den Happenings, dem Widerstand gegen den Vietnam-Krieg und gegen autoritäre Strukturen, die ihnen auch in Gestalt der eigenen Väter-Generation gegenüber traten. Er berichtet auch über die kurze und intensive Freundschaft mit Andreas Baader, den er in Berlin Ende der 1960er Jahre kennen lernte, über die Zeit im Knast, die Arbeit mit jugendlichen "Heimzöglingen", die Flucht nach Paris. In diesen Beschreibungen bemüht sich Proll, ein etwas anderes Bild des RAF-Gründers zu zeichnen. Hier erscheint Baader weder als "kaltschnäuziger Terrorist" noch als dandyhafte Ikone. Indem Proll ein durchaus widersprüchliches Bild von Baader zeichnet, kommt hinter der Maske der Mensch zum Vorschein. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Thorwald Proll/Daniel Dubbe: Wir kamen vom anderen Stern. Über 1968, Andreas Baader und ein Kaufhaus. Edition Nautilus, 2003, 125 Seiten, 9,90 EUR

HipHop-Dialoge

Der augenscheinlichste Unterschied zwischen der französischen HipHop-Szene und der deutschen besteht darin, dass in Deutschland vorrangig Mittelschichtsjugendliche und junge Erwachsene in den Charts sind, während in Frankreich MigrantInnen und sozial Ausgegrenzte sich mit HipHop Gehör verschaffen und damit auch erfolgreich sind. Während der kommerzielle deutsche HipHop sich in erster Linie um Themen wie Dope, Partys und Mädchen dreht, beschäftigen sich französische Rapper immer wieder mit Themen wie Rassismus, Armut und Gewalt. Warum das so ist, versucht Sascha Verlan in dem Buch French Connection. HipHop zwischen Frankreich und Deutschland zu ergründen. Dafür begab sich der HipHop-Kenner Verlan (Autor von 20 Jahre HipHop in Deutschland) auf die Reise nach Frankreich, um dort HipHop-Größen wie MC Jean Gab'1, K-Rhyme le Roi und DJ DeeNasty, den Urvater der französischen HipHop-Szene, zu interviewen. Auf der anderen Seite beschreibt z.B. die Französin Nathalie Karanfilovic die sehr aktive deutsche HipHop-Szene in Stuttgart. Bei dem Projekt French Connection ist aber nur am Rande ein Buch herausgekommen, zentraler ist der gleichnamige Soundtrack, auf dem sich 14 Tracks befinden, die bei gemeinsamen Sessions von über 40 deutschen und französischen MCs, DJs und Produzenten im Studio der Plattenfirma Kopfnicker entstanden sind. Ziel war es "Barrieren einzureißen, um gemeinsam zu texten und Musik zu machen". Auch wenn French Connection ein Projekt aus der HipHop-Szene für ebendiese Szene ist, so ist das "Begleitbuch" auch für Externe interessant, geben doch die Interviews und die Texte die soziale Realität der Rapper (und, einzige Ausnahme, der Rapperin Warda von der Gruppe Meufia) deutlich wieder. Verlan hat zu Gunsten der Authentizität darauf verzichtet, die Interviews sprachlich zu glätten. Dies und das häufige Name-dropping machen das Buch zunächst schwer zugänglich; hinzu kommen die vielen Exkurse und Porträts, die teilweise willkürlich erscheinen. Wenn mensch sich jedoch auf diese quasi anarchistische Erzählweise einlässt, dann entsteht am Ende ein mehrdimensionales Bild über die deutsche und die französische HipHop-Szene und über den Dialog zwischen beiden.

Sascha Verlan: French Connection. HipHop-Dialoge zwischen Deutschland und Frankreich. Hannibal-Verlag, 167 Seiten, 12,50 EUR. Die French Connection Compilation (CD oder Vinyl) ist erschienen bei Kopfnicker Records.

Aufbruch ins Ungewisse

"Niemand wandert ohne Not aus, niemand wandert ohne Hoffnung aus. Auch heute noch sind Millionen unterwegs", so lautet das Motto des Romans "Die Auswanderer" von Gerd Fuchs. Immer noch wagen viele Menschen, das vertraute Umfeld zu verlassen, um in eine ungewisse Zukunft aufzubrechen. Sie tun dies, um Krieg, Verfolgung und materieller Not zu entgehen und um bessere Lebensbedingungen zu finden. Die von Gerd Fuchs erzählte Geschichte beruht auf historischer Recherche. Zwischen 1890 und 1920 verließen mehr als 30 Millionen Menschen Europa in Richtung neue Welt, die USA. Einige von ihnen werden exemplarisch porträtiert: eine ehemalige Nonne und Missionarin; ein russisches jüdisches Paar mit Sohn, das gerade noch vor einem Pogrom fliehen konnte; ein Arzt, der statt "empor zu heiraten" als Schiffsarzt anheuert; ein Hapag-Werber, der flüchtige Rekruten mit gefälschten Papieren ausstattet und deshalb selbst zum Flüchtenden wird; ein Arbeitersohn, der nach seiner Militärzeit mit dem Tod der Mutter konfrontiert wird. Sie alle treffen 1892, im Jahr der Cholera-Epidemie, in Hamburg zusammen, um auf dem Passagierdampfer Saxonia nach Ellis Island zu reisen. Die lebensgeschichtlichen Brüche und Motive der Einzelnen lassen keine Rückkehr zu. Alle knüpfen große Erwartungen an das neue Leben. Allerdings scheint keiner der AuswanderInnen genau zu wissen, was die konkreten Ziele und nächsten Schritte in der neuen Welt sein könnten. Sie benötigen viel Energie, um die Auswanderung zu realisieren. Das umfasst die materielle Ebene - die Beschaffung von Geld und Papieren - ebenso wie die psychische: Die Einzelnen wägen Vergangenes gegen Mögliches ab, um die Kraft für den entscheidenden Schritt zu finden. Mit dem Blick der dicht gedrängten Menge auf New York endet der Roman. Historische Tatsache ist, dass ein Drittel der AuswanderInnen das erste Jahr nach der Ankunft nicht überlebte.

Gerd Fuchs: Die Auswanderer. Roman. Edition Nautilus, 2003, 22 EUR

38. LESERBRIEF

CD-Datei: daten/aksuche/ak476/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:20

Vorsicht beim Komödienstadl

Betr.: Editorial und "Der Geschichtsrevisionismus hat sich durchgesetzt", ak 475

Liebe Redaktionistas,

In der letzten Ausgabe konnte man wieder einmal der unausrottbaren Krankheit der Linken "Umgang mit unbequemen Realitäten" begegnen:

1) Im Editorial wird launig auf die Pro-ETA-Kundgebungen und ihre TV-Übertragung während der Tour de France hingewiesen und festgestellt, dass bei uns die Sender abgeschaltet hätten, wenn es etwa Kundgebungen für die Revolutionären Zellen bei einem Fahrradrennen gegeben hätte. Unabhängig davon, wie man zur ETA oder Batasuna steht, haben sie zumindest bei Teilen der baskischen Bevölkerung eine Massenbasis. Dies auf Deutschland und die RZ zu übertragen, ist kein schlechter Scherz, sondern zeigt auch linke Blindheit gegenüber der Realität. Oder glaubt in der ak-Redaktion jemand ernsthaft, dass in den 1980er und 1990er Jahren mehrere Tausend Demonstranten für die RZ und ihre Politik mobilisierbar gewesen wären?

2) Im Interview mit Todor Kuljic aus Belgrad über die Rechtsentwicklung im heutigen Serbien bleibt nicht nur der Befragte die Antwort auf die spannendste Frage schuldig, wieso gerade einstige Marxisten heute rechte Nationalisten geworden sind. Auch der Interviewer hakt nicht nach, sondern gibt sich mit einer Nicht-Antwort zufrieden. Vielleicht hätte man sich bei der Antwort mit unangenehmen Fragen beschäftigen müssen? Gab es nicht in vielen "realsozialistischen" Staaten kommunistisch verbrämte nationalistische Versatzstücke in der Staatsideologie? Beispiel Jugoslawien: Die Geschichte des Partisanenkriegs war nicht nur der glorreiche revolutionäre Kampf gegen die deutschen Okkupanten. Es war auch ein unerhört blutig geführter Bürgerkrieg. Ich empfehle da die Kriegs-Memoiren von Milovan Djilas. Dort berichtete er etwa, wie es zwischen Deutschen und Partisanen zeitweilig zu einem Waffenstillstand kam, während sich die Jugoslawen weiter massakrierten. Auch die blutige Rache nach dem Abzug der Deutschen durch Partisanen - die sich nicht nur auf Ustascha-Faschisten oder Cetniks beschränkte: innerhalb der Linken kein Thema.

Auch bei uns beschäftigten sich die Linken ihrerseits mit den schwarzen Flecken in den linken Geschichtsbüchern - etwa bei den Befreiungsbewegungen - kaum. Hier wollte man Helden und Vorbilder, da die Linke bei uns ja nicht allzu viel zu Stande brachte. Da hilft auch nicht, dass der KB in dieser Geschichtsklitterung weniger schwachsinnig vorging wie MLer oder gar die DKP. Grausamkeiten, die von Guerillas und Befreiungsbewegungen begangen wurden, wurden in der linken Debatte schamvoll verschwiegen oder gar geleugnet und das hat der Internationalen Solidarität mehr geschadet als genutzt. Das wirkt negativ bis heute nach.

Die Lektüre des Trüffelschwein-Buches über die Politik des KB ist in diesem Zusammenhang empfehlenswert, zeigt sie doch den instrumentellen Umgang mit Bewegungen auch im KB anschaulich. Vielleicht kennen noch einige die KB-Broschüre über den Hamburger Aufstand 1923. Die Autorin hat mir später einmal erzählt, dass die Leitenden Genossen sie dazu veranlasst hatten, die Ergebnisse ihrer Untersuchung auf Linie zu bringen.

Vorsicht aber, es hilft nicht, rückblickend über diesen linken Komödienstadl zu lächeln. Den zynische Umgang mit der Wahrheit und eine rrrevolutionäre Doppelmoral gibt es auch heute noch innerhalb der Rest-Linken.

Mit freundlichen Grüßen

PR, Stuttgart

39. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak476/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:27

Informelle Organisation

Die Ausstellung Learning from* von der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst thematisiert städtische Realitäten jenseits europäisch verstandener Ordnungs- und Demokratie-Vorstellungen. Vorgestellt werden künstlerische Projekte, die die Ambivalenz städtischen Lebens zwischen Organisationsformen innerhalb vermeintlich chaotischer Strukturen bzw. irreguläre Momente innerhalb scheinbarer Ordnung zeigen. Im Rahmen der Ausstellung gibt es eine Veranstaltungsreihe. So referieren am 28.9. Stefan Thimmel und Ulrich Brandt über Soziale Bewegungen in Argentinien und Brasilien zwischen Konfrontation und Kooperation. Am 2.10. spricht Christine Meisner über die Wirklichkeit ohne Gewähr: Lagos, Abidjan, Yamoussoukro. Am 5.10. gibt es einen Diavortrag zum Thema Informelles Bauen in Ankara und Istanbul, die Vorträge beginnen jeweils um 19 Uhr.

Berlin, 13.9. bis 17.10., täglich 12.00-18.30 Uhr, Neue Gesellschaft für Bildende Kunst (NGBK), Oranienstr. 25, 10999 Berlin, Tel.: 030-615 30 31

Kritische Geschichte

Der AK kritische Geschichte lädt zur geschichtspolitischen Konferenz Making History. Positionen und Perspektiven kritischer Geschichtswissenschaft, die vom 10-12. Oktober an die Münchener Universität stattfindet, ein. Bei der ersten bundesweiten Tagung dieser Art wollen junge WissenschaftlerInnen, aber auch namhafte Professoren wie der Berliner Philosoph Wolfgang Fritz Haug, Richard Evans (Cambridge) und Marcel van der Linden (Amsterdam) zentrale Themen wie Faschismus, soziale Bewegungen sowie jüngste methodische Ansätze in neuem Licht bearbeiten. Bei der Tagung geht u.a. um folgende Fragen: Wie lassen sich politisches Engagement und ergebnisoffene Forschung zusammenbringen? Mit welchem Paradigmen, mit welcher Absicht werden Forschungsthemen ausgewählt? Für wen wird geforscht?

München, 10.-12.10., Universität München, Geschwister-Scholl-Platz 1, www.kritische-geschichte.de

10 Jahre Connection

Am 17. und 18. Oktober findet in Frankfurt/M die Tagung Europa: Militarisierung und Flüchtlingsabwehr statt. Bei der Tagung sind als Referenten u.a. Wolfgang Grenz (amnesty international), Tobias Pflüger (IMI), Coskun Üsterci (KriegsgegnerInnen Izmir), René Burget (Union Pacifiste de France) und Stasa Zajovic (Frauen in Schwarz, Belgrad) vorgesehen. Organisatorin ist der Verein Connection, der sich nun schon seit zehn Jahren international für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure engagiert. Im Anschluss an die Tagung findet eine Feier anläßlich des 10. Geburtstages von Connection e.V. statt.

Frankfurt/M, 17./18.10., Philipp-Jakob-Spener Haus, Dominikanergasse 5, Beginn der Tagung: 12 Uhr, Connection e.V., www.Connection-eV.de

Unternehmen Krieg

Im Neoliberalismus werden nicht nur Staatsbetriebe privatisiert, sondern auch die Kriegsführung. So übernehmen private Militärunternehmen im Auftrag des Pentagon verstärkt Kampfaufträge. In Afrika verwandeln sich reguläre Armeen in bewaffnete Bergbauunternehmen. Zur Aufstandsbekämpfung rüsten in Kolumbien Politiker private Paramilitärs aus. In Afghanistan werden Warlords unter Protektoratsherrschaft mit Regierungsgewalt ausgestattet. Die Zeche Carl lädt am 21. Oktober zur Veranstaltung: Das Unternehmen Krieg. Paramilitärs, Warlords und Privatarmeen als Akteure der Neuen Kriegsordnung ein. Referenten sind die Journalisten und ak-Autoren Dario Azzelini und Knut Rauchfuss. Azzelini hat sich mit Low Intensity Warfare in Kolumbien auseinander gesetzt. Rauchfuss geht auf die Zusammenarbeit von Staat, Paramilitärs und Organisiertem Verbrechen in der Türkei ein. Er zeigt auf, wie in der Türkei eine Allianz aus Politik, Militär und Drogenmafia eine Paramilitarisierung des Kurdistankonfliktes betreibt und dabei Spuren auch nach Deutschland führen.

Essen, 21.10., 19.30 Uhr, Kulturzentrum Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100

Weg mit dem § 129a

Fast ein Jahr ist es her, dass Daniel und Marco - im April diesen Jahres, dann auch noch Carsten, eingeknastet wurden. Seitdem wurden sie immer wieder verlegt, haben also schon eine Odyssee diverser Knäste hinter sich und sind zur Zeit alle in Berlin-Moabit inhaftiert - wo sie Ende Oktober wieder verlegt werden sollen, weil ihnen in Nauenburg die Inszenierung eines Staatsschutz-Prozesses bevorsteht. Da die BAW und das LKA Magdeburg nach fünf Monaten Haft keine glaubwürdigen Beweise präsentieren konnte und bei einer bevorstehenden Haftprüfung eine Freilassung befürchtete, wurde kurzerhand Carsten - der in der Unterstützungsarbeit für Marco und Daniel eingebunden war - als dritter Genosse verhaftet, um das Konstrukt einer terroristischen Vereinigung (juristisch mindestens 3 Personen) zu fabrizieren und um die Haftfortdauer aufrecht zu erhalten. Am 25.10. findet eine bundesweite Demonstration Freiheit für Daniel, Marco und Carsten in Magdeburg statt.

Magdeburg, 25.10.03, Infos unter: www.soligruppe.de

Aufzeichnungen gegen den Krieg

Obwohl das Buch Die Stimme des Menschen. Briefe und Aufzeichnungen aus der ganzen Welt (1939 - 1945) von Hans Walter Bähr letztmals 1963 erschien, ist es auch heute relevant. Im Verlaufe von fünf Jahren hat Bähr Briefe und Aufzeichnungen der Kriegsjahre gesammelt. Gudrun Blumenthal, Jochen Groddeck und Rainer Selmann stellen am 29.10 diese Aufzeichnungen von bekannten und unbekannten AutorInnen vor, darunter befinden sich z.B. Virginia Woolf, Stefan Zweig, Dietrich Bonhoeffer, Jakob van Hoddis und Antoine de Saint-Exupery.

Bonn, 29.10., 20 Uhr, Buchladen Le Sabot, Breitestr. 76, Eintritt frei, www.kultnews.net.tc

40. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak476/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:39

Nur ein paar Tage nach Auslieferung von ak 475 geriet die Hamburger Provinz bundesweit in die Schlagzeilen: Schill entlassen! Der Held der inneren Sicherheit und selbst ernannte "Anwalt der kleinen Leute" stürzte noch rasanter als er - mit Hilfe der Medien und der großen Parteien - aufgestiegen war. Während das Ereignis mit spontanen Freudendemos gefeiert wurde, blieb in der ak-Redaktion der Sekt ungeöffnet. Natürlich freuen auch wir uns über Schills jähen - und hoffentlich endgültigen - Absturz. Andererseits setzt die Hamburger Rechtsregierung ihre Politik auch ohne ihn unverändert fort. Bundesweit hat Schills großmäuliges Auftreten stilbildend gewirkt und so dazu beigetragen, dass die Grenzen zwischen "seriösen Politikern" und "verantwortungslosen Populisten" immer mehr verschwimmen.

Um das deutsche Kollektiv gegen den inneren Feind zusammenzuschließen, ist den einen wie den anderen fast jedes rhetorische Mittel recht. Der Feind - das sind auch die ansonsten staatstreuen MiesmacherInnen in Gewerkschaften und Medien, die sich noch weigern, die Politik des sozialen Kahlschlags als alternativloses Reformwerk zu feiern. "Dieses In-den-Dreck-Ziehen muss ein Ende haben" - Edmund Stoibers Satz bringt den All-Parteien-Konsens auf den Punkt, auch wenn er als Kommentar zu einem außerpolitischen Ereignis gedacht war: Rudi Völlers Verbalattacke gegen die angeblich allzu kritische Sportberichterstattung ("Ich kann diesen Scheißdreck nicht mehr hören!") war in Inhalt und Form so recht nach dem Geschmack der Regierenden. Während der Kanzler seine Zustimmung ein wenig verklausulierte, erklärte sich das SPD-Präsidium formell "solidarisch" mit Völler. Leider hat sich die Hoffnung zerschlagen, das schottische Team könnte mit einem Sieg über die Bundeskicker deren einig pöbelndem Anhang nachhaltig die Laune verderben. Schlechte Zeiten für Fußball-Antideutsche (wie uns) und ihren zutiefst berechtigten Wunsch, die schwarz-rot-goldene Truppe verlieren zu sehen.

Nicht immer ist die Parteinahme so einfach. Im deutsch-italienischen Sommerzerwürfnis etwa kam nur deutliche Abgrenzung von beiden Seiten in Betracht. Verraten sei, dass drei Mitglieder der ak-Redaktion ihren diesjährigen Urlaub in Italien verbracht und damit den von Schröder und Scholz im Bündnis mit der Bild-Zeitung verhängten Boykott beherzt durchbrochen haben - eine kleine, aber feine Aktion gegen nationalen Chauvinismus und rechten Stammtischpopulismus!

Gibt es auch linken Populismus? ak-Autor Albert Sterr meint, ja - in Venezuela. (siehe unseren Schwerpunkt) Ob Hugo Chávez die Bezeichnung "Linkspopulist" verdient, wird noch zu diskutieren sein. Wie so manches, was in dieser Ausgabe problematisiert wird: die (Un-)Tauglichkeit des Begriffs "Antizionismus", "Antiamerikanismus" in der deutschen Linken oder die Idee, dieser Linken mit einem "Kommunismus-Kongress" auf die Sprünge zu helfen. Meinungsäußerungen sind dringend erwünscht. Zur vorliegenden Ausgabe erreichte uns nur ein einziger Leserbrief. Das scheint uns steigerungsfähig.

Eure ak-Redaktion

41. Quelldatei sw_venez.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak476/sw_venez.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:sw_venez

Schwerpunkt: Venezuela. Hoffnung oder populistische Sackgasse?

Für die einen ist er eine der zartesten Versuchungen seit es revolutionäre Umwälzungen gibt, für andere das Teufelswerk eines verantwortungslosen Populisten. Am "bolivarianischen Prozess" scheiden sich die Geister - in Venezuela selbst, aber auch hier zu Lande. Albert Sterr warnt in seiner Analyse der politischen Konfrontation vor vorschnellen Antworten und rät zu einer differenzierten Einschätzung der Politik Chávez'. Warum radikale Linke den bolivarinischen Prozesses und seine Dynamik unterstützen, fragt Raul Zelik in einem Interview den Ex-Vizeplanungsminister Roland Denis. Seine Reportage über einen Freiwilligeneinsatz in Caracas, ebenso wie die Auszüge aus einem Bericht der Menschenrechtorganisation PROVEA geben abschließend jeweils auf ihre Art Einblicke in die widersprüchliche Realität des Landes.

42. SEHTEST: Fit for Sozialstaat - Stufe 1

CD-Datei: daten/aksuche/ak476/zitate.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:476:zitate

"Die Solidarsysteme sind nicht dafür zuständig, dass jeder Senior fit für einen Rentner-Adventure-Urlaub ist." Philipp Mißfelder (Bundesvorsitzender der Jungen Union) "Die Sozialpolitik darf sich deshalb nicht vorrangig an den Wünschen der Bezieher von Sozialleistungen orientieren, sondern muss zunächst die Frage beantworten, welcher Umfang an Sozialleistungen finanzierbar ist, ohne die wirtschaftlichen Grundlagen des Sozialstaates zu gefährden." Memorandum der jungen Bundestagsabgeordneten (CDU, FDP und Grüne) "Der Sozialstaat muss so umgestaltet werden, dass er wirtschaftliche Dynamik nicht erschwert." Olaf Scholz (SPD-Generalsekretär) "Wir sitzen auf einer demographischen Zeitbombe." Katharina Reiche (Sprecherin für Bildung und Forschung, CDU) "Ein politischer Grundwert Gerechtigkeit muss die ökonomische Produktionsseite mit umfassen und auf der sozialen Verteilungsseite Augenmaß zeigen." Thomas Meyer (Stellv. Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission)